

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 7. Juni 2021

Ergänzende Beschlüsse zum Bundestagswahlprogramm 2021

Inhalt

Ein handlungsfähiges und demokratisches Europa in einer partnerschaftlichen internationalen Staatengemeinschaft.....	8
Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU.....	8
Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa stärken	8
Keine politischen Rabatte bei EU-Erweiterung	8
Beitrittsperspektive für Westbalkan	8
Stärkung des Individualrechtsschutzes in der Europäischen Union.....	9
EU-Grundrechtecharta	9
Gemeinnützigkeit ohne Grenzen	9
Europäische Medienöffentlichkeit schaffen – ARTE gezielt stärken	9
Deutsch-französische Zusammenarbeit strategisch vertiefen.....	10
Internationale Handelsverträge stärken – Ökologie und Ökonomie verbinden	10
Kontinent der Innovation und Erfinder	11
EU-Investitionskontrolle.....	11
Lateinamerika – Deutschlands Engagement stärken	11
Mit Ländern Asiens globale Zukunftsaufgaben angehen	11
EU-Handelsbeziehungen im Indo-Pazifik ausbauen	12
Visa und Willkommensprogramm für Hongkonger	12
Strategische Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea forcieren	12
Indien als strategischen Partner aufwerten	12
Stärkung der Nachrichtendienste als wichtiger Akteur unserer Außen- und Sicherheitspolitik.....	13
Parlamentsvorbehalt für gemeinsame EU- und NATO-Einsätze stärken	13
Europäischen Pfeiler in der NATO festigen und Zusammenarbeit mit Bündnispartnern stärken	13
Soldatinnen und Soldaten in den Mittelpunkt rücken	14
Festhalten an der Aussetzung der Wehrpflicht.....	14
Für eine europaweite Rüstungsexportkontrolle – keine Waffen in Krisengebiete	14
Europäische Synergien bei Rüstungsentwicklung und -beschaffung	15
Rüstungskontrolle für Weltraum und Cyberraum	15
Humanitäre Hilfe effizienter und flexibler gestalten.....	15

Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen stärken	15
Deutschen Standort der Vereinten Nationen in Bonn stärken	16
Die Unabhängigkeit der OSZE-Institutionen sicherstellen	16
Schutz und Stärkung des Europarats – Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention	16
Menschenrechte weltweit schützen – „Europäischen Magnitsky Act“ konsequent anwenden	16
Straflosigkeit beenden – Menschenrechte konsequent stärken	17
Frauenrechte weltweit sichern	17
Menschenrechtsverteidiger verteidigen	18
Handel schafft Wohlstand und Chancen – auch in Entwicklungsländern	18
Stärkung der am wenigsten entwickelten Länder.....	18
Digitalisierung und Start-ups in Entwicklungsländern stärker fördern	18
Demokratien vernetzen und Parlamente stärken.....	19
Wirksamkeit staatlicher Entwicklungszusammenarbeit erhöhen – private Investitionen stärken.....	19
Erneuerung des gesellschaftlichen Aufstiegsversprechens, das jedem Menschen die Chance auf Selbstbestimmung und Vorankommen durch Bildung und eigene Leistung eröffnet	20
Bildungsgutscheine einführen.....	20
Flexiblere Betreuungszeiten.....	20
Politische Bildung an Schulen stärken.....	20
Herkunftssprachlichen Unterricht fördern.....	20
MINT-Projekte für die Förderung von Mädchen und Frauen	21
MINT-Regionen gezielt erweitern und vernetzen	21
MINT-Begleitforschung starten	21
Schulteams für neue Qualifikationen öffnen	21
Digitale Kompetenz in Schulen stärken.....	21
Digitale Lernplattformen und -mittel fördern.....	22
Klarer Datenschutz im Unterricht	22
Forschung zu Chancen von digitalem Unterricht fördern	22
Bundeszentrale für digitale Bildung einrichten	22
Von der Uni ins Start-up.....	23
Barrierefreie Prüfungen	23
Studierende nicht zur Mitgliedschaft in der Verfassten Studierendenschaft zwingen	23
Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren	23
Studierenden an forschungsorientierten Fachhochschulen eine Promotion ermöglichen	24
Fairness für Studierende und Promovierende in der Krankenversicherung	24
Anerkennung von Mini-Abschlüssen und informell erworbener Kompetenzen.....	24
Digitale Mitbestimmung ermöglichen	24
Chancen künstlicher Intelligenz bei der Arbeitsvermittlung nutzen	25
Chancengerechtigkeit für ausländische Arbeitnehmer herstellen.....	25
Gerechtes Steuersystem und stabile Finanzmärkte.....	26
Der Staat darf grundsätzlich nicht schneller wachsen als die Wirtschaft	26
Schuldenbremse 2.0.....	26

Subventionen konsequent abbauen	26
Rechtsformneutrale Besteuerung.....	26
Vermögensteuer dauerhaft aufheben	27
Kfz-Steuer abschaffen – Emissionshandel ausweiten	27
Arbeitgeberangebote zur Kinderbetreuung steuerlich besser berücksichtigen	27
Umsatzsteuerreform	27
IST-Besteuerung in der Umsatzsteuer.....	28
Umsatzsteuerbetrug konsequent verhindern.....	28
Faire Zinsen bei Nachzahlung, kürzere Aufbewahrungsfristen.....	28
Digitalisierung und Compliance	28
Ehrliches und nachhaltiges Haushaltswesen nach modernen Standards	28
Modernisierung der Verwaltung – schnelle Steuerauskunft	29
Kein Wegfall von Verlustvorträgen – Wagniskapital stärken.....	29
Mehr Börsengänge in Deutschland ermöglichen.....	29
Außensteuerrecht	29
Dauerhafter Verbleib von Gewinnen im Unternehmen.....	29
Vollendung der Kapitalmarktunion für eine bessere Unternehmensfinanzierung	30
Die Zukunft von Vermögenswerten ist digital.....	30
Abbau von Hindernissen für das grenzüberschreitende Bankgeschäft	30
Europäische Ordnungspolitik für den Bankenmarkt	30
Bankenregulierung smart gestalten.....	30
Geordnete Bankenabwicklung als Schutz der Steuerzahler.....	31
Abbau der Bestände an notleidenden Krediten nach der Krise	31
Erleichterungen für Banken in Coronakrise	31
Geldpolitik der Europäischen Zentralbank: Mandat klar definieren!	31
Geldpolitik der Europäischen Zentralbank transparent machen	31
Geldpolitik der Europäischen Zentralbank: Rat verkleinern und professionalisieren.....	32
Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank stärken – Abkühlphase für neue Mitglieder	32
Für ein geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Währungsgebiet	32
Nichtbeistandsklausel beachten, Tilgung der Corona-Schulden vorziehen	32
Kredite des ESM nur als Ultima Ratio.....	32
Hilfe des ESM nur zusammen mit Laufzeitverlängerung der Staatsanleihen	33
Automatische Sanktionen für den Stabilitäts- und Wachstumspakt	33
Strikte Konditionalität auch in einer Krise.....	33
Rechenschaftspflicht und Transparenz der EU-Kommission.....	33
Krisen-Hilfen möglichst frühzeitig beenden	34
Gestaltung der Digitalisierung, des technologischen Fortschritts und der Mobilität der Zukunft ...	35
Nationale Küstenwache gründen	35
Drohnen und Flugtaxis als Transportmittel der Zukunft	35
ÖPNV im ländlichen Raum – Vernetzung mit privaten Anbietern	35
Transparenz und Rechtsrahmen für neue Mobilitätsangebote	35

Versorgung mit Internet für jede und jeden sicherstellen	35
Das Internet international als gemeinsamen Gestaltungsraum stärken	35
Ausbau-Turbo für digitale Infrastruktur – innovative Verlegetechniken	36
Transparenz und Teilhabe durch Open-Data und Open-Government.....	36
Daten nutzbar machen und Datenkooperationen ermöglichen	36
Europäische Agentur für Sprunginnovationen.....	37
Chancen der künstlichen Intelligenz (KI) durch Bildung vermitteln	37
Risikobasierte Algorithmenkontrolle: Transparenz und zielgerichtete Regeln.....	37
Stiftung für künstliche Intelligenz	37
Digitalisierung als Chance für die Gleichberechtigung nutzen.....	37
Libérale Demokratie, vielfältige Bürgergesellschaft und Garantie eines handlungs- und durchsetzungsfähigen Rechtsstaats.....	38
EU-US Privacy Shield neu verhandeln	38
BSI unabhängig vom BMI machen.....	38
Strafrecht muss Ultima Ratio bleiben	38
Pro-bono-Mandate erleichtern	38
Resozialisierung von Strafgefangenen	39
Öffentlichen Dienst attraktiver und flexibler machen – auch für IT-Fachkräfte	39
Aufstiegsfreundliche öffentliche Verwaltung	39
Englisch als zweite Verwaltungssprache ermöglichen	39
Internetregulierung auf Bundesebene regeln.....	39
Gewalt im Internet effektiv bekämpfen.....	40
Gesetze, Verordnungen und Erlasse maschinenlesbar bereitstellen.....	40
Das Grundgesetz krisenfest machen.....	40
Das Parlament stärken	40
Transparente Entscheidungsfindung zur Stärkung demokratischer Beratungsprozesse.....	41
Direkte Demokratie auf Ebene von Ländern und Kommunen erproben	41
Kommunalpolitikerinnen und -politiker besser vor Angriffen schützen	41
Aufarbeitung des NS-Unrechts fortsetzen	42
Doppelte Staatsangehörigkeit.....	42
Einbürgerungsfeiern für ein weltoffenes und integrierendes Deutschland.....	42
Europäische Asylagentur schaffen	42
Für humanitäre Schutzzonen	42
Schutz und Förderung für nationale Minderheiten	43
Sicherung unserer Sozialsysteme und Zukunftschancen für Jung und Alt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels.....	44
Reform des Medizinstudiums für beste medizinische Versorgung.....	44
Reform der Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte	44
Moderne Reha	44
Stärkung der mobilen geriatrischen Rehabilitation	44
Jedem Kind einen gesunden Start ins Leben ermöglichen – Vorsorge und Kinder- sowie Jugendmedizin stärken	45

Psychische Gesundheit: Aufklärung an Schulen starten	45
Sprechen wir über Sex.....	45
Bessere Empfängnisverhütung für alle	45
Sexuelle Selbstbestimmung – digitales Verzeichnis zur einfachen Arztwahl	45
Mehr Gendermedizin für maßgeschneiderte und effiziente Behandlungen	46
Würdevoller Umgang mit Sternenkindern – Recht auf Bestattung	46
Schutz vor K.-o.-Tropfen	46
Rauchen im Auto im Beisein Minderjähriger verbieten	46
Freigabe von Snus und Mentholzigaretten	46
Gesundheitskompetenz 4.0: Chancen der Digitalisierung in der Medizin nutzen – Patienten und medizinisches Personal bestmöglich schulen	47
Potentiale der Gesundheitsdaten entfalten	47
Haftung von Akteuren im Gesundheitswesen bei der Anwendung von digitalen Gesundheitsinnovationen klären	47
Chief Medical Officer – global besser auf zukünftige Gesundheitsgefahren vorbereiten	47
Nachhaltige Gesundheit durch „One Health“	48
Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Gesundheitswesen.....	48
Gesundheit global denken	48
Pandemiepräventions- und Pandemiereaktionssystem verbessern.....	49
Folgen von Covid-19 ernst nehmen – Patienten mit Long-Covid bestmöglich versorgen	49
Work-Life-Balance in der Pflege verbessern	49
Pflegerische Kompetenzen stärken, Pflegeberuf aufwerten	50
Assistenz Ausbildung in der Pflege bundesweit einheitlich gestalten.....	50
Aufsuchende Beratung in der Pflege ausbauen	50
Angebote des „Pflege-Bahr“ ausbauen.....	50
Vielfalt der Pflegeangebote sichern und fördern.....	50
Gesundheitsversorgung regional denken	51
Demenzhilfe – alternative Wohnkonzepte fördern	51
Sozialversicherungen für Selbstständige weiter öffnen.....	51
Beauftragte Person der Bundesregierung für Selbstständige schaffen	51
Kein bedingungsloses Grundeinkommen.....	51
Regionale Pauschalen bei Unterkunftskosten in Grundsicherung.....	52
Langzeitarbeitslose mit Passiv-Aktiv-Tausch in den ersten Arbeitsmarkt integrieren.....	52
Beratung und Betreuung bei Grundsicherung verbessern.....	52
Aus Jobcentern werden Talentcenter als Schritt zum Liberalen Bürgergeld	52
Online-Vorsorgekonto – mehr Transparenz bei Altersvorsorge	52
Bildung und Teilhabe.....	53
Kinderchancenportal für direkten Zugang zu Angeboten für Kinder und Jugendliche	53
Digitalisierung von Familienleistungen	53
Partnerschutz analog zum Mutterschutz einführen	53
Krisenfeste Infrastruktur für Familien – private Träger entlasten	53
Freie Rufnamenwahl ab 14 Jahren.....	54

Senioren vor finanzieller Ausbeutung besser schützen	54
Rechtsanspruch auf Assistenzhunde – mehr Selbstbestimmung ermöglichen.....	54
Pressekonferenzen des Bundes in Gebärdensprache	54
Sm@rte Rettungskonzepte – Fluchtwege-App entwickeln.....	54
Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie erheblich beeinträchtigten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und Gestaltung einer den Wohlstand für alle fördernden Wirtschaftsordnung	55
EU-Recht ohne zusätzliche Bürokratie umsetzen	55
Privatisierung vorantreiben, Privatisierungsbeirat einberufen.....	55
EU-Mercosur-Freihandelsabkommen abschließen	55
Exportfinanzierung reformieren	55
Schutzschirmverfahren für kleine und mittlere Unternehmen.....	56
Flexible Öffnungszeiten und Digitalisierung – Einzelhandel und Innenstädte zukunftsfit machen	56
Eine Agenda für die Mutigen	56
„Social Entrepreneurship“ stärken.....	56
Nationale Agentur für wissenschaftliches Talent.....	57
Energieeffizienz ermöglichen	57
Fusionsenergie erforschen – technologieoffene Energiepolitik forcieren	57
Chancen der Biotechnologie nutzen	57
Wirksame Bekämpfung des Klimawandels, Schutz von Natur und Artenvielfalt und Nachhaltigkeit durch Innovation	58
Freiraum für nachhaltige Innovationen	58
„Green Deal“ für Wirtschaftswachstum nutzen.....	58
„Sustainable Finance“	58
CO2 vermeiden	59
CO2 nutzen.....	59
CO2 technisch speichern.....	59
Sauberer Wasserstoff aus Sonnenenergie in Afrika	59
EU-Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen	60
Wasserversorgung bei Standards angleichen	60
Sicherer Zugang zu sauberem Trinkwasser	60
Digitalisierung und Sicherheit in der Wasserversorgung vorantreiben	60
Konsequente Bußgelder gegen Abfallsünder.....	60
Lärm- und Lichtemissionen	61
Endlagerung in Deutschland – Bürgerbeteiligung sicherstellen.....	61
Zoologische Gärten für Bildung und Artenschutz erhalten.....	61
Zoll stärken, illegalen Handel mit Wildtieren und Exoten verhindern	61
Naturschutz auf Zeit statt Vermeidungspflege	62
Biotope stärken und regionalen Artenschutz voranbringen	62
Kluger Umgang mit gebietsfremden Arten	62
Mittelstand in Kreislaufwirtschaft stärken.....	62
Europaweite Kreislaufwirtschaft schaffen	63

Mündige Verbraucher für mehr Ressourcenschonung	63
Weg frei für Innovationen bei der Eiweißversorgung	63
Moderne Politik für beste Weine	63
Pflanzenschutz durch Innovationen ermöglichen	63
Zukunftschancen, Vielfalt, Zusammenhalt – Lebensqualität in städtischen und ländlichen Räumen	65
Nachhaltige Städte als Zentren zivilisatorischer Innovationen	65
Nationale Smart-City-Strategie	65
Baufreiheitszonen	65
Bund als Vorbild bei digitalem und schnellem Bauen	65
Teilwärmiete einführen – Klimaschutz für Mieter und Vermieter attraktiv machen	66
Wohnungseigentumsgesetz reformieren – klare Regeln für Hausverwaltung	66
Zeit für ein Freiheitsmietkaufmodell.....	66
Neuaufgabe des „Goldenen Plans“ zur Sportstättenanierung	66
Games-Standort Deutschland stärken	67
Reform des Spitzensports	67
Kulturförderung – transparent, fair und unbürokratisch	67
Diversität in Kultureinrichtungen fördern	67
Masterplan für deutsche Auslandsschulen	67
Auch Kreative und Künstler durch das BMWi fördern	68
Künstlersozialkasse reformieren	68
Elektronische Tanz- und Clubkultur als immaterielles Kulturerbe unterstützen	68
Stiftung Preußischer Kulturbesitz umfassend reformieren.....	68
Blaubuch-Kultur aktualisieren und ausweiten	69
Gedenken an nationalsozialistische Verbrechen	69
Ausländische Fachkräfte für Tourismusbranche	69
Werbeoffensive für Reiseziele in Deutschland	69
Kulturtourismus ausbauen – Auslandsmarketing verstärken	69

Ein handlungsfähiges und demokratisches Europa in einer partnerschaftlichen internationalen Staatengemeinschaft

Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU

Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU. Die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien haben im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik Assoziierungsabkommen angenommen. Dieser Weg der vertieften Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn muss weiter ausgebaut werden. Daher sollte die EU denjenigen Ländern, die sich für die europäische Ausrichtung entschieden haben, differenzierte Angebote machen sowie sicherheitspolitisch verstärkt mit ihnen zusammenarbeiten. Langfristig sollten die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien die Chance haben, sich durch konsequente rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Reformen eine Beitrittsperspektive zu erarbeiten.

Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa stärken

Wir Freie Demokraten unterstützen die Demokratie und die wirtschaftliche Transformation in den östlichen Nachbarländern der EU. Die mutigen Proteste nach der Wahlfälschung vom August 2020 in Belarus zeigen erneut, dass große Teile der dortigen Bevölkerung unsere aktive Unterstützung verdienen. Hierbei setzen wir insbesondere auf den europäischen Demokratiefonds. Wir wollen so die Zivilgesellschaft und die Oppositionskräfte gegen den autokratischen Machthaber stärken und befürworten zielgerichtete Sanktionen gegenüber Regierungsmitgliedern, die für die Unterdrückung demokratischer Freiheiten verantwortlich sind.

Keine politischen Rabatte bei EU-Erweiterung

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass es bei der EU-Erweiterung keine politischen Rabatte gibt. Für uns sind die Kopenhagener Kriterien als Beitrittskriterien der EU nicht verhandelbar. Denn die Beitrittsgespräche müssen mit jedem Kandidaten separat geführt werden; nicht in Gruppen oder Paketen. Politische Rabatte für einzelne Kandidaten oder gar Beitrittsautomatismen lehnen wir ab. Über eine tatsächliche Aufnahme in die EU muss einzeln und jeweils erst am Ende der Gespräche entschieden werden. In keinem Fall dürfen zeitliche Zusagen für Aufnahmedaten gegeben werden, bevor nicht alle Beitrittskriterien erfüllt sind. Dazu gehört auch die unwiderrufliche Lösung aller Territorialkonflikte eines Beitrittskandidaten mit seinen Nachbarn vor dem Abschluss des Beitrittsabkommens.

Beitrittsperspektive für Westbalkan

Wir Freie Demokraten stehen zur EU-Beitrittsperspektive für alle Staaten des Westbalkans. Die Staaten der Region und ihre Gesellschaften sind durch mehrere Generationen von Migrantinnen und Migranten menschlich und wirtschaftlich eng mit der EU verbunden. Falls diese Staaten die Beitrittsbedingungen erfüllen, könnte Südosteuropa erheblich an Stabilität gewinnen. Die Zusammenarbeit der Staaten des Westbalkans untereinander muss jedoch aus eigenem Interesse und unabhängig von der Frage eines möglichen späteren Beitritts zunächst erheblich vertieft werden. Gleiches gilt für bilaterale Differenzen unter den Beitrittskandidaten oder mit EU-Mitgliedstaaten.

Stärkung des Individualrechtsschutzes in der Europäischen Union

Wir Freie Demokraten wollen einen lückenlosen europäischen Rechtsschutz schaffen. Daher müssen natürliche und juristische Personen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen alle EU-Rechtsakte vorgehen können, wenn eine Verletzung eigener Rechte nicht ausgeschlossen werden kann. Die Möglichkeit natürlicher und juristischer Personen, im Rahmen der Nichtigkeitsklage vor dem EuGH zu klagen, ist derzeit jedoch auf Kommissionsentscheidungen und EU-Verordnungen beschränkt, wenn die Klägerin oder der Kläger eine direkte und individuelle Betroffenheit nachweisen kann. Ist das nicht der Fall, kann Rechtsschutz nur indirekt über den Weg eines Vorabentscheidungsverfahrens erreicht werden. Wir wollen die engen Zulässigkeitsvoraussetzungen der Nichtigkeitsklage erweitern und so die Klagemöglichkeiten für Private auf europäischer Ebene verbessern. Damit stärken wir europaweit die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes.

EU-Grundrechtecharta

Wir Freie Demokraten wollen den Grundrechtsschutz in der EU stärken. Dazu sollen die Bürgerinnen und Bürger die Verletzung dieser Grundrechte durch EU-Rechtsakte auch geltend machen können, wenn nationale Behörden bei ihrer Anwendung Ermessen haben. Eine Ausweitung des Anwendungsbereichs der EU-Grundrechtecharta sichert ein einheitliches Mindestmaß an Grundrechtsschutz auf allen Ebenen der europäischen Staatlichkeit und trägt so zur effektiven Gestaltung der Grundrechte bei. Die Charta soll das erste Kapitel der zukünftigen europäischen Verfassung sein und als unmittelbar geltendes Recht alle staatliche Gewalt in Europa binden. So erreichen wir den Grundrechtsschutz auch für nationale Sachverhalte in allen Mitgliedstaaten.

Gemeinnützigkeit ohne Grenzen

Wir Freie Demokraten wollen einen EU-Raum für Gemeinnützigkeit. Denn wir befürworten und unterstützen Initiativen aus der Mitte der Gesellschaft, die das Gemeinwohl fördern. Gemeinnützige Vereine und Stiftungen schaffen in Europa Raum für zivilgesellschaftliches Wirken – so engagieren sich in der EU ca. 147.000 philanthropische Organisationen mit fast 60 Milliarden Euro im Jahr. Doch dabei stoßen sie auf vielfältige Hindernisse: etwa sind die Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus, das Spenden sowie Kooperationen noch immer problematisch, wenn sie grenzüberschreitend erfolgen. Auch sind häufig Stiftungen aus anderen Mitgliedstaaten den inländischen nicht gleichgestellt. Dadurch entstehen jährlich Kosten von über 90 Millionen Euro. Wir wollen daher einen EU-Raum für Gemeinnützigkeit schaffen, der diese Hürden beseitigt. Zudem fordern wir die Schaffung einer neuen europäischen Rechtspersönlichkeit für gemeinnütziges Wirken als zusätzliche Option zum nationalen Vereins- und Stiftungsrecht.

Europäische Medienöffentlichkeit schaffen – ARTE gezielt stärken

Wir Freie Demokraten streben mehr Medienöffentlichkeit für Europa an. Damit europäische Themen nicht durch die nationale Brille sortiert und gefiltert werden, bedarf es verstärkt europäisch aufgestellter Medien, die mehrsprachig senden. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, mit welchen Medien junge Europäerinnen und Europäer gezielt für Informationen erreicht werden können. Ziel sollte es sein, ARTE über die deutsch-französische Kooperation hinaus inklusive einer starken Nachrichten-

komponente auszubauen, ohne einen kostenintensiven öffentlich-rechtlichen Sendeapparat aufzubauen. Gleichzeitig sollten die öffentlich-rechtlichen Sender der Mitgliedstaaten ihren Rundfunkauftrag dadurch erfüllen, dass verstärkt über europäische Themen berichtet wird. Um den Aufbau einer europäischen Identität zu verstärken, soll ein europaweites Medienangebot ohne Markteintrittshürden geschaffen werden.

Deutsch-französische Zusammenarbeit strategisch vertiefen

Wir Freie Demokraten begrüßen den Aachener Vertrag, der die deutsch-französischen Beziehungen auf eine neue vertragliche Grundlage stellt. Dieser Vertrag muss nun mit Leben gefüllt werden: Durch die Förderung des Austausches der Zivilgesellschaft, durch den „Deutsch-Französischen Bürgerfonds“, durch die Umsetzung der „Roadmap Nationales Bildungswesen und Jugend“, die vor allem den gegenseitigen Fremdsprachenerwerb fördern soll, durch ein Städtepartnerschafts-Forum und der verstärkten Kooperation im Hochtechnologie- und Innovationsbereich wie der künstlichen Intelligenz und dem EU-Projekt GAIA-X, dessen Ziel es ist, gemeinsame Anforderungen an eine europäische Dateninfrastruktur zu entwickeln. Bereits vor der Realisierung einer echten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU wollen wir die deutsch-französische Zusammenarbeit über den Vertrag von Aachen hinaus weiter vertiefen. So soll zum Beispiel die deutsch-französische Brigade endlich durchgängig binational einsatzfähig und ausgebaut werden. Deutschland und Frankreich sollen ihr Stimmverhalten in internationalen Organisationen vereinheitlichen. An allen Kabinettsitzungen soll eine ständige Vertreterin oder ein ständiger Vertreter des Partners teilnehmen. Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung wollen wir in ihren Rechten aufwerten. Die deutsch-französische Kooperation bei der Ausrüstung, Ausbildung und beim Einsatz unserer Sicherheitskräfte wollen wir energisch vorantreiben. In der grenzüberschreitenden und grenzübergreifenden Zusammenarbeit wollen wir verhindern, dass sich Grenzschießungen wie in der Coronakrise jemals wiederholen. Und wir wollen den deutsch-französischen Motor ausdrücklich in den Dienst der ganzen EU stellen, indem wir erweiterte Formate wie zum Beispiel das Weimarer Dreieck mit Polen, aber auch gemeinsame Projekte mit der Tschechischen Republik und allen anderen deutsch-französischen Nachbarn entwickeln und vorantreiben.

Internationale Handelsverträge stärken – Ökologie und Ökonomie verbinden

Wir Freie Demokraten wollen den regelbasierten Freihandel und die multilaterale Handelsordnung wieder stärken. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss dringend im Streitschlichtungsmechanismus, in der Regelsetzung und im Monitoring modernisiert werden. Außerdem wollen wir den Freihandel mit unseren internationalen Klima- und Nachhaltigkeitszielen verbinden. Daher unterstützen wir die Politik der EU, in ihren Freihandelsabkommen ein Bekenntnis beider Vertragsparteien zum Pariser Klimaschutzabkommen und der Agenda 2030 aufzunehmen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das „European Union Emissions Trading System“ (EU ETS) erweitert und in Freihandelsverträge aufgenommen wird. Das wäre eine marktwirtschaftliche Alternative zu einer diskutierten CO₂-Grenzsteuer, die auch unter WTO-Regeln fraglich umzusetzen wäre. Auch eine Aufnahme des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft sowie weitere Säulen des „European Green Deal“ in Handelsverträge sind eine sinnvolle Ergänzung. So kann Klima- und Umweltschutz durch marktwirtschaftliche Prinzipien auch in der Handelspolitik funktionieren. Solange sich ein Partner diesbezüglich verweigert

oder kein Freihandelsabkommen mit einem Drittland besteht, sollte aber ein EU-Mechanismus geschaffen werden, der Importe von stark verschmutzenden Industrien mit einer Ausgleichsleistung belegt.

Kontinent der Innovation und Erfinder

Wir Freie Demokraten wollen Europa bis 2030 zur wettbewerbsfähigsten und innovativsten Region der Welt machen. Deutschland sollte den Ehrgeiz haben, entscheidende Impulse für ein Europa der Erfinderinnen und Erfinder zu setzen. Es geht um nicht weniger als den Aufbruch zu einer europäischen Technologieführerschaft. Denn nur, wer international die technologische Führung übernimmt, kann weltweite Standards setzen, die auf unseren gemeinsamen Werten beruhen. Statt 27 nationaler Strategien soll eine Europäische Agentur für Sprunginnovation für eine vernetzte, koordinierte Forschungspolitik aus einem Guss sorgen.

EU-Investitionskontrolle

Wir Freie Demokraten begrüßen die Einführung der EU-Investitionskontrolle zum Schutz kritischer Technologie und Infrastruktur. Die eingeführte Meldepflicht der Mitgliedstaaten für Investitionen ist ein erster Schritt. Mittelfristig muss die Kommission Investitionen auch beschränken und untersagen können. Europa darf sich nicht durch den Ausverkauf von Infrastruktur in eine Abhängigkeit zu autoritären Regimen begeben.

Lateinamerika – Deutschlands Engagement stärken

Wir Freie Demokraten wollen Lateinamerika mehr Gewicht in der deutschen Außenpolitik geben. Dem lateinamerikanischen Kontinent sollte nicht nur aufgrund seiner geostrategischen und geoökonomischen Bedeutung sowie seiner kulturellen Verbindung mit Europa ein höherer Stellenwert zukommen – sondern auch als integraler Bestandteil der transatlantischen Beziehungen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland sein Engagement erhöht, die lateinamerikanischen Gesellschaften in ihrem Kampf gegen Populismus, autoritäre Bewegungen und Diktaturen konsequent zu stärken und die Zusammenarbeit mit den freiheitlichen Demokratien der Region zu vertiefen. Wir bekennen uns zum Ziel eines Freihandelsabkommens mit dem MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens).

Mit Ländern Asiens globale Zukunftsaufgaben angehen

Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit den Ländern Asiens globale Zukunftsaufgaben angehen. Dabei ist uns wichtig, den Blick auf ganz Asien zu weiten und besonders die Beziehungen zu Staaten zu vertiefen, die Wertepartner sind. Japan, Australien, Neuseeland, Südkorea, Indien und demokratische ASEAN-Staaten (Verband Südostasiatischer Nationen) gehören deshalb noch stärker in den Fokus deutscher und europäischer Außenpolitik. Die globale Zukunftsgestaltung setzt neben der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen eine noch engere Zusammenarbeit bei den Themen Klima- und Artenschutz, nachhaltige Energiegewinnung, Sicherung von Ressourcen, Sicherheit und Konnektivität voraus. Auch auf den Gebieten der Forschung, neuer Technologien, Gesundheitsvorsorge sowie der Digitalisierung wollen wir enger kooperieren. Wir Freie Demokraten fordern, dass

die EU mehr politische und finanzielle Anstrengungen unternimmt, um die engen Beziehungen mit Asien endlich mit Leben zu erfüllen.

EU-Handelsbeziehungen im Indo-Pazifik ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen durch EU-Freihandels- und Investitionsschutzabkommen die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten im Indo-Pazifik ausbauen. Handelsvereinbarungen sind ein immer wichtigeres Merkmal für europäische Präsenz in der Region. Neben den bilateralen Abkommen wie mit Südkorea, Singapur, Japan und Vietnam müssen die Freihandelsabkommen mit Indonesien, Australien und Neuseeland zügig zum Abschluss kommen. Die EU sollte aber auch regional stärker vorangehen. Wir setzen uns deshalb langfristig für ein EU-Abkommen mit den Ländern des ASEAN-Raums (Verband Südostasiatischer Nationen) und nach Möglichkeit auch mit dem transpazifischen Wirtschaftsraum ein.

Visa und Willkommensprogramm für Hongkonger

Wir Freie Demokraten fordern, dass Deutschland Hongkongern mit einem speziellen Aufenthaltstitel eine Aufenthaltsperspektive bietet. Die Bürgerinnen und Bürger Hongkongs brauchen das klare Signal, dass die freie Welt an ihrer Seite steht, da die Volksrepublik China mit den neuen Sicherheits- und Wahlgesetzen Hongkongs den 1997 mit Großbritannien geschlossenen völkerrechtlichen Vertrag in wesentlichen Teilen gebrochen hat, was einer faktischen Unterwerfung Hongkongs und das Aus für den historischen Kompromiss „Ein Land - Zwei Systeme“ bedeutet. Qualifizierte und weltoffene Hongkongerinnen und Hongkonger, Start-ups und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftler aus dem hoch entwickelten Hongkong suchen eine neue Perspektive jenseits ihrer Heimat. In einem konkreten Hongkong-Willkommensprogramm soll um diese Menschen geworben werden.

Strategische Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea forcieren

Wir Freie Demokraten wollen die strategische Zusammenarbeit mit Japan und Südkorea forcieren. Für uns gehören Japan und Südkorea als pluralistische Demokratien zu den engsten Wertepartnern in der Region Asien-Pazifik. Als exportorientierte Industrieländer sind sie Deutschlands zweit- und drittgrößter Handelspartner in der Region. Sie sind wie wir Verfechter einer regelbasierten multilateralen Weltordnung. Die Kooperation in Schlüsseltechnologien und bei qualitativen Infrastrukturprojekten soll mit beiden Ländern ausgebaut werden. Das neue Freihandelsabkommen mit Japan stärkt die wirtschaftliche Zusammenarbeit und bietet große Potentiale durch eine erweiterte Drittmarkt-Kooperation. Das Freihandelsabkommen mit Südkorea aus dem Jahr 2011 hat bereits große Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen erzeugt und sollte modernisiert werden, um zusätzliche Potentiale auszuschöpfen.

Indien als strategischen Partner aufwerten

Wir Freie Demokraten wollen Indien als strategischen Partner aufwerten und die im Mai 2000 vereinbarte „Agenda für die deutsch-indische-Partnerschaft“ endlich mit neuem Leben füllen. Die EU muss daher mit großer Dringlichkeit auf die indischen Partner einwirken, damit die Verhandlungen über ein EU-Freihandelsabkommen mit Indien weitergeführt werden. Denn dieses Freihandelsabkommen

ist aus geopolitischer Sicht für Europa von herausragender Bedeutung. Damit Indiens Wachstumspotential voll ausgeschöpft werden kann, dürfen ausländische Unternehmen und Investorinnen sowie Investoren nicht von hohen bürokratischen Hürden abgeschreckt werden. Ferner müssen die Frauen- und Menschenrechte sowie die Bekämpfung des Klimawandels mithilfe der EU gefördert werden. Deutschland sollte das deutsch-indische Umweltforum nutzen, um gemeinsam mit Indien durch Wissens- und Technologietransfer konkrete Lösungsansätze für eine gute Luftqualität, Entsorgungsinfrastrukturen oder Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Indien ist weltweit der drittgrößte Emittent von Treibhausgasen. Die Bundesregierung muss sich verstärkt für verbesserte Bedingungen bei der Visa-Vergabe an indische Fachkräfte und Studentinnen sowie Studenten einsetzen und eine Digitalisierung aller möglichen Teilphasen des Visa-Vergabe-Prozesses vornehmen, um schneller hochqualifizierte Fachkräfte nach Deutschland zu holen und den Fachkräftemangel zu beheben. Eine engere Zusammenarbeit mit Indien muss die EU zur Förderung von Frauen- und Menschenrechten nutzen.

Stärkung der Nachrichtendienste als wichtiger Akteur unserer Außen- und Sicherheitspolitik

Wir Freie Demokraten wollen unsere Nachrichtendienste in einer komplexen und herausfordernden Welt stärken, um früher, substantieller und europäischer auf weltweite Krisen und Konflikte reagieren zu können. Die Arbeit der Nachrichtendienste als Frühwarnsystem in einem Vernetzten Ansatz für die Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik sowie für den zu schaffenden Nationalen Sicherheitsrat gleichermaßen bedeutsam und schafft ein gemeinsames Lagebild für kooperatives europäisches und internationales Handeln. Bei Gesetzesnovellen gilt es, die notwendige Handlungsfähigkeit der Nachrichtendienste zu erhalten. Wir Freie Demokraten fordern daher auch eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit der Nachrichtendienste auf der Basis von Bürgerrechten und wollen langfristig einen Europäischen Auslandsnachrichtendienst unter Kontrolle des Europäischen Parlaments schaffen. Wir unterstützen den mit der „European Union Global Strategy“ ab 2016 eingeleiteten Prozess zur Verbesserung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der die Nachrichtendienste der EU-Mitgliedsländer eindeutig mit dem Ziel integriert, eine bessere Interaktion miteinander und mit der EU selbst zu ermöglichen.

Parlamentarvorbehalt für gemeinsame EU- und NATO-Einsätze stärken

Wir Freie Demokraten wollen den Parlamentarvorbehalt für gemeinsame EU- und NATO-Einsätze stärken. Für uns ist und bleibt die Bundeswehr eine Parlamentararmee. Das Parlamentareteiligungsgesetz hat sich zur Schaffung von Rechtssicherheit bei bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr im Ausland bewährt. Im Licht der angestrebten verstärkten Schaffung gemeinsamer EU- und NATO-Einsatzkräfte wollen wir den Parlamentarvorbehalt des Deutschen Bundestags unter voller Berücksichtigung der Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts so weiterentwickeln, dass gemeinsame Einsätze multinationaler Verbände von EU und NATO verfassungsfest erleichtert werden.

Europäischen Pfeiler in der NATO festigen und Zusammenarbeit mit Bündnispartnern stärken

Wir Freie Demokraten wollen den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und dadurch die Handlungsfähigkeit der EU erhöhen. Zudem wollen wir uns für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen. Nur ein komplementäres Handeln von NATO und EU trägt dazu bei, auf die heutigen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Zusätzlich wollen wir Investitionen in die Bundeswehr so tätigen, dass unsere Streitkräfte stärker mit

unseren Bündnispartnern militärisch interagieren können. Durch diese Zusammenarbeit können die Streitkräfte als integrierte Kräfterequisiten besser gemeinsam in die Einsätze und Missionen entsendet werden.

Soldatinnen und Soldaten in den Mittelpunkt rücken

Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft stärken und die wichtige Arbeit der Bundeswehr in die Öffentlichkeit tragen. Unsere Soldaten verdienen als „Staatsbürgerinnen und -bürger in Uniform“ unsere Anerkennung und Wertschätzung für ihren anspruchsvollen und gefährlichen Dienst. Als Ausdruck der Wertschätzung sollen Soldatinnen und Soldaten, die im Ausland eingesetzt waren, nach ihrer Rückkehr einen besonderen Einsatzstatus für Veteraninnen und Veteranen erhalten. Wir wollen den 12. November, den Gründungstag der Bundeswehr, als Veteraninnen- und Veteranentag zum bundesweiten Gedenktag machen. Wir fordern ein Ehrenmal für die Einsatzkräfte aller Ressorts, die weltweit im Einsatz für die Bundesrepublik Deutschland ihr Leben verloren haben, in der Nähe des Reichstagsgebäudes. Wir unterstützen zudem, wenn Kommunen öffentliche Straßen und Plätze nach gefallenen Angehörigen der Bundeswehr benennen. Partnerschaften zwischen der Bundeswehr und Gemeinden sollen vertieft werden. Die Bundeswehr muss den öffentlichen Diskurs über ihre Aufgaben intensivieren. In Anlehnung an die Arbeit von Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren etwa in Schulen könnten Bürgeroffiziere für alle gesellschaftlichen Interessengruppen dazu beitragen.

Festhalten an der Aussetzung der Wehrpflicht

Wir Freie Demokraten halten an der Aussetzung der Wehrpflicht fest und lehnen eine allgemeine Dienstpflicht ab. Deutschland benötigt gut ausgebildete und voll einsatzbereite Streitkräfte. Sie müssen aus freiwilligen und länger dienenden Soldatinnen und Soldaten bestehen, um allen Aufträgen der Bundeswehr nachkommen zu können. Zentral für die Attraktivität der Bundeswehr sind eine hohe Einsatzbereitschaft, gute Ausbildung und Ausstattung sowie gesellschaftlicher Rückhalt. Um genügend qualifizierten Nachwuchs zu überzeugen, freiwillig Dienst in den Streitkräften zu leisten, fordern wir Freie Demokraten zielgerichtete Lösungen für die Personalgewinnung der Bundeswehr. Eine Wehrpflichtarmee könnte den heutigen Anforderungen an moderne Streitkräfte nicht gerecht werden. Zudem bindet eine solche Wehrpflicht einen großen Teil an Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten im Inland.

Für eine europaweite Rüstungsexportkontrolle – keine Waffen in Krisengebiete

Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenexporte in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen weiter destabilisieren und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen behindern. Für die Ausfuhr von Rüstungsgütern gibt es in den EU-Mitgliedstaaten noch vielfach unterschiedliche Standards. Die EU muss jedoch auch bei der Rüstungsexportpolitik mit einer Stimme sprechen. Wir setzen uns deshalb für eine Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa ein. Wir wollen dieses Ziel durch eine europaweite Rüstungsexport-Verordnung erreichen, die hohe Standards setzt und so den gemeinsamen Standpunkt der EU-Mitgliedstaaten von 2008 über die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgüter rechtsverbindlich weiterentwickelt.

Europäische Synergien bei Rüstungsentwicklung und -beschaffung

Wir Freie Demokraten wollen mehr europäische Synergien für die Rüstungsentwicklung und -beschaffung. Dadurch werden kostspielige Redundanzen und zeitaufwendige Prozesse vermieden. Bei Entwicklung und Beschaffung von militärischem Gerät sowie bei seiner Wartung und Ausbildung wollen wir in Europa grundsätzlich gleiche Anforderungen und Zulassungen für Waffensysteme festlegen. Dafür müssen für die europäischen Armeen langfristig auch einheitliche Dienstvorschriften entwickelt werden. Damit schaffen wir Anreize zur europäischen Entwicklung, Beschaffung und Nutzung von gemeinsamer Wehrtechnik. Dadurch entsteht für die Rüstungsindustrie ein funktionierender Binnenmarkt, der auch weiterhin außereuropäische Exporte ermöglicht. Zur Stärkung von Innovationen und disruptiver Forschung wollen wir zudem eine europäische militärische Innovationsagentur gründen und finanzieren.

Rüstungskontrolle für Weltraum und Cyberraum

Wir Freie Demokraten wollen die diplomatischen und militärischen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen im Cyberraum ausbauen. So wollen wir nicht nur eine Risikominimierung in hochbrisanten Regionen erreichen, sondern auch neue Technologien und Operationsräume wie den Weltraum oder den Cyber- und Informationsraum rüstungskontrollpolitisch stärker verrechtlichen. Dafür wollen wir neben dem wichtigen Dialog die eigenen defensiven Fähigkeiten, insbesondere zu Verifikationszwecken, stärken, um damit auch das gegenseitige Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung zu erhöhen. International wollen wir uns für ein Abkommen zur Einhegung des Einsatzes von Cyberwaffen innerhalb und außerhalb bewaffneter Konflikte einsetzen (sogenannter „ABCD-Waffensperrvertrag“). Bedrohungen durch internationale Cyberkriminelle, aber auch durch von Drittstaaten staatlich gelenkte und initiierte Cyberangriffe brauchen zudem eine starke Antwort des wehrhaften Rechtsstaats durch eine entsprechende Ausstattung sowie Fokussierung der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Humanitäre Hilfe effizienter und flexibler gestalten

Wir Freie Demokraten wollen die Effizienz der humanitären Hilfe weltweit erhöhen und internationale Organisationen dabei unterstützen, schnell und flexibel auf neue Krisen und Herausforderungen zu reagieren. Wir fordern, dass Deutschland 30 Prozent der Mittel für humanitäre Hilfe flexibel und zweckungebunden bereitstellt. Auch der Einsatz von vorausschauender und antizipierender humanitärer Hilfe sowie von neuen Technologien und Innovationen in der humanitären Hilfe muss gestärkt und gefördert werden.

Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) stärken, indem wir ihre Sonderorganisationen endlich auf eine solide finanzielle Grundlage stellen. Internationale Geldgeber müssen dem ordentlichen Haushalt von Welternährungsprogramm (WFP), Bevölkerungsfonds (UNFPA), Kinderhilfswerk (UNICEF), Entwicklungsprogramm (UNDP), Umweltprogramm (UNEP), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem VN-Habitat sowie den Hochkommissaren für Flüchtlinge (UNHCR) und für Menschenrechte (OHCHR) einen höheren Anteil ihrer Beiträge als frei verfügbare

Mittel zur Verfügung stellen. So wird die unwürdige Praxis verspäteter Zuschüsse als gebundene Projektmittel abgewendet, die häufig nur den eigenen nationalstaatlichen Interessen dient, den multilateralen Charakter dieser Organisationen untergräbt und dem Ziel entgegenläuft, gemeinschaftliche Lösungen für globale Herausforderungen zu finden.

Deutschen Standort der Vereinten Nationen in Bonn stärken

Wir Freie Demokraten wollen das deutsche Kompetenzzentrum für Entwicklungszusammenarbeit am deutschen Sitz der Vereinten Nationen (VN) in Bonn stärken. Wir werden das Versprechen halten, das Deutschland der VN bei der Ansiedlung gegeben hat. Gleichzeitig gilt es, Bonn als Ansiedlungsort weiterer internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und VN-Unterorganisationen zu stärken. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum.

Die Unabhängigkeit der OSZE-Institutionen sicherstellen

Wir Freie Demokraten fordern den Schutz der Unabhängigkeit und autonomen Handlungsfähigkeit der drei im Bereich Menschenrechte tätigen Institutionen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE ist mit ihren einzigartigen Instrumenten im politisch-militärischen wie auch im menschenrechtlichen Bereich eine multilaterale Erfolgsgeschichte. Um ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten, setzen wir uns dafür ein, die überkommene Einstimmigkeitsregel durch einen neuen Entscheidungsmechanismus nach dem „Konsens-minus-eins-Prinzip“ zu ersetzen. So könnten Beschlüsse auch ohne Zustimmung des betroffenen Staates gefasst werden.

Schutz und Stärkung des Europarats – Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention

Wir Freie Demokraten begreifen den Europarat als wichtiges Instrument zur Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Europa. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ist ein integraler Teil der Rechtsstaatsarchitektur in den 47 Mitgliedstaaten. Die EMRK und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sind zentrale Errungenschaften des Grundrechtsschutzes in Europa. Versuche einzelner Staaten, ihre Geltung und Rechtsprechung zu beschränken, lehnen wir entschieden ab. Die EMRK und andere verbindliche Konventionen des Europarats schützen die Rechte des Individuums und sollen künftig auch die Organe der EU verpflichten. Diese sollen seit dem Vertrag von Lissabon der EMRK beitreten; dies ist jedoch noch immer nicht erfolgt. Das wollen wir Freie Demokraten schnellstmöglich nachholen. Außerdem wollen wir die Rechte und Arbeitsfähigkeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats stärken und gegen alle Schwächungsversuche autoritärer Europaratsmitglieder verteidigen. Insbesondere soll die Versammlung auch weiterhin selbstständig Überwachungs- und Sanktionsmaßnahmen gegen Mitglieder und Staaten einleiten können, die gegen Regeln der Versammlung verstoßen und die Grundrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger fortgesetzt verletzen.

Menschenrechte weltweit schützen – „Europäischen Magnitsky Act“ konsequent anwenden

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Deutschland und die EU den neu vereinbarten Sanktionsmechanismus nach dem Vorbild des US-amerikanischen „Magnitsky Act“ konsequent anwenden. So wird es möglich, gegen die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen personenbe-

zogene Sanktionen zu verhängen. Auf europäischer Ebene sollte zudem statt der Einstimmigkeit bereits eine qualifizierte Mehrheit für die Verhängung der Sanktionen ausreichen. Humanitäre Interventionen zur Vermeidung und Beendigung schwerster Menschenrechtsverbrechen und Völkermorde im Rahmen der internationalen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen befürworten wir als Ultima Ratio. Wir brauchen wirkungsvolle Reaktionsmöglichkeiten, wenn demokratische Standards verletzt, Menschenrechte mit Füßen getreten und Minderheiten unterdrückt werden.

Straflosigkeit beenden – Menschenrechte konsequent stärken

Wir Freie Demokraten fordern, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) als unentbehrliche Stützen des Menschenrechtsschutzes finanziell und personell besser ausgestattet werden. Eine Instrumentalisierung durch Ressourcenzug muss verhindert werden. Wir sind fest davon überzeugt, dass vor Recht und Gesetz alle Menschen gleich zu behandeln sind. Dazu gehören faire und öffentliche Verfahren sowie unabhängige und unparteiische Richterinnen und Richter. Diese Grundsätze gelten auch vor dem EGMR und dem IStGH. Die Gleichheit vor dem Gesetz erfordert zwingend, dass Regierungen und die politisch Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie die Menschenrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht achten oder selbst schwerste Verbrechen begehen. Der Tendenz einzelner Staaten, sich aus internationalen Verträgen zum Schutz der Menschenrechte zurückzuziehen, muss entgegengewirkt und die Ratifizierung von Konventionen gefördert werden – allen voran die der Vereinten-Nationen-Konvention zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Die grausame Praxis derartiger Taten, die Menschen dem Schutz des Rechts entziehen, foltern und Angehörige im Ungewissen lassen, muss international geächtet werden.

Frauenrechte weltweit sichern

Wir Freie Demokraten wollen Frauenrechte weltweit sichern. Denn die Sicherung von Frauenrechten ist eine der Herausforderungen bei der globalen Durchsetzung von Menschenrechten. Das gilt für umfangreiche politische, wirtschaftliche, soziale sowie religiöse Teilhaberechte und insbesondere für das Menschenrecht auf Bildung. Um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, wollen wir die Investitionen Deutschlands in die „Global Partnership for Education“ verdoppeln. Dazu kommen frauenspezifische Menschenrechtsverletzungen wie weibliche Genitalverstümmelung und Femizide. Wir wollen gezielt in Programme investieren, die die Lebens- und Überlebenschancen von Frauen verbessern, insbesondere in Zeiten von Schwangerschaft und Geburt. Weibliche Genitalverstümmelung wollen wir effektiv bekämpfen. In Deutschland lebende Mädchen gilt es durch die konsequente Umsetzung bestehender Gesetze wie Passenzug bei sogenannten „Ferienbeschneidungen“ zu schützen, betroffenen Frauen bestmögliche Versorgung, zum Beispiel bei der Geburt, zu gewährleisten und das Budget für eine bessere Aufklärung über weibliche Genitalverstümmelung zu erhöhen. Dazu zählt auch der von der Bundesregierung für Eltern und Mädchen herausgegebene Schutzbrief. Wir kritisieren den Rückzug der Türkei aus der Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen und fordern die Bundesregierung und die EU auf, auf die Türkei mit Nachdruck darauf einzuwirken, diesen Schritt wieder rückgängig zu machen.

Menschenrechtsverteidiger verteidigen

Wir Freie Demokraten stellen uns konsequent gegen das weltweit zu beobachtende Ziel autoritärer Staaten, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger einzuschüchtern, mundtot zu machen und entgegen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen aus politischen Gründen strafrechtlich zu verfolgen. Ob Frauenrechte im Iran, der Freiheitskampf von Raif Badawi und so vielen anderen in Saudi-Arabien, die Todesstrafe in vielen Staaten der Erde, politische Gefangene wie Alexej Nawalny in Russland, mutige Freiheitskämpfer in Hongkong – wir Freie Demokraten stehen gegen alle Menschenrechtsverletzungen und für die universelle Geltung individueller Freiheits- und Menschenrechte. Wir sind ausdrücklich gegen das falsche Narrativ angeblich kulturell bedingter, regional unterschiedlich interpretierter Menschenrechte.

Handel schafft Wohlstand und Chancen – auch in Entwicklungsländern

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Entwicklungsländer stärker in den Welthandel einzubeziehen und den regionalen Handel zu stärken. Hierfür wollen wir den Zugang zum europäischen Binnenmarkt erleichtern und fairer gestalten. Europa ist das beste Beispiel dafür, dass Handel nicht nur zu nachhaltigem Wohlstandswachstum führt, sondern vor allem auch Frieden fördert. Wir wollen neben Zöllen auch sonstige Handelshemmnisse abbauen, die den Marktzugang für Entwicklungsländer erschweren. Regeln, die der Gesundheit und dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU dienen, bleiben davon unberührt.

Stärkung der am wenigsten entwickelten Länder

Wir Freie Demokraten wollen die Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder („Least Developed Countries“ – LDCs) stärken. Denn die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) sind für uns nicht bloß ein Lippenbekenntnis, sondern eine Richtschnur für unsere Politik. Wir fordern, dass bis spätestens 2030 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorrangig durch multilaterale Projekte für die am wenigsten entwickelten Länder bereitgestellt werden. Dabei muss insbesondere die Resilienz der LDCs gegenüber Krisen gestärkt werden, um die bisherigen Entwicklungserfolge bei Ausnahmesituationen, wie zum Beispiel der Covid-19-Pandemie, nicht zu gefährden. Wir Freie Demokraten setzen auf einen verstärkten Ausbau der Bildungs- und Weiterbildungsangebote im Rahmen einer neuen internationalen Bildungsinitiative vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern. Vor allem der Zugang für Mädchen und Frauen muss dabei im besonderen Fokus stehen. Bildung zu verbessern ist ein entscheidender Schlüsselfaktor für die Bekämpfung von Armut und die Stärkung der Resilienz von Entwicklungsländern.

Digitalisierung und Start-ups in Entwicklungsländern stärker fördern

Wir Freie Demokraten wollen Innovation und Digitalisierung in Entwicklungsländern fördern, damit die Menschen vor Ort die sich daraus ergebenden Chancen besser nutzen können. Dafür wollen wir vor allem den Unternehmergeist der jungen Generation fördern und einen besonderen Fokus auf Frauen legen. Dabei setzen wir insbesondere auf innovative Lösungen für Entwicklungsländer, die geeignet sind, technologische Schritte zu überspringen („Leap-Frogging“), ohne jedoch außer Acht zu lassen, dass technologische Entwicklungen vorgenommen und grundlegende Qualifikationen aufge-

baut werden müssen. Wir setzen auf neue Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und Kooperationen zwischen Start-up-Firmen in Industrie- und Entwicklungsländern in der Informations- und Kommunikationstechnik sowie vor allem für kleine und mittlere Unternehmen auf innovative Finanzierungsinstrumente der Wirtschaftsförderung. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die digitale Spaltung mit Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern, der Land- und Stadtbevölkerung, aber auch zwischen den Geschlechtern überwunden wird. Gleichzeitig treten wir für eine Regulierung ein, die informationelle Selbstbestimmung gewährleistet und dem Schutz personenbezogener Daten vor unerlaubtem Zugriff höchste Priorität einräumt. Insbesondere wollen wir die Erfolgsgeschichte der Mikrokredite an Frauen durch erhöhte Mittelvergabe weiter stärken.

Demokratien vernetzen und Parlamente stärken

Wir Freie Demokraten fordern, mehr in die Demokratie- und Rechtsstaatsentwicklung von Entwicklungsstaaten zu investieren. Das ist ein Beitrag zum 17. Ziel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Es braucht den Aufbau robuster Partnerschaften für nachhaltigen Wandel, um die Abhängigkeit zu autoritären Staaten zu verringern. Dafür wollen wir als Europäische Union auf Augenhöhe gegenüber Entwicklungsstaaten auftreten, Investitionsabkommen abschließen und so demokratischen Wandel durch Handel ermöglichen. Wir sind davon überzeugt, dass es jetzt eine Allianz der Demokratien braucht, die sich dem Multilateralismus verpflichtet fühlen. Für uns sind Demokratien lernende Systeme, die im Vergleich zu autoritären oder technokratischen Regierungsformen besser in der Lage sind, nachhaltige Entwicklung als Such-, Lern- und Gestaltungsprozess zu gewährleisten. Dafür wollen wir die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten als den Herzkammern lernender Demokratien intensivieren, vermehrt auf bi- und multinationale Konsultationen nach deutsch-französischem Vorbild setzen – parlamentarische Versammlung inklusive regelmäßiger Regierungskonsultationen – und uns diese Art der Kooperation für jedes kommende multinationale Handelsabkommen vornehmen.

Wirksamkeit staatlicher Entwicklungszusammenarbeit erhöhen – private Investitionen stärken

Wir Freie Demokraten setzen verstärkt darauf, die öffentlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zum Katalysator zu machen, um nationale und internationale Privatinvestitionen sowie philanthropisches Engagement zu mobilisieren und staatliche Eigeneinnahmen zu generieren. Denn die Agenda 2030 betont die Eigenverantwortung der Staaten, die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Nur mit zusätzlichen privaten Investitionen werden die Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen in der Breite ermöglicht. Eine entscheidende Voraussetzung für den Zufluss von privatem Kapital ist aber gute Regierungsführung, die gefördert und gefordert werden muss. Der Einsatz öffentlicher Mittel muss wirkungsorientiert eingesetzt und für die Öffentlichkeit transparent gemonitort werden. Zudem nutzen wir die öffentlichen Mittel gezielt, um faire Handelsbeziehungen und den Transfer von Wissen und Technologie zu fördern.

Erneuerung des gesellschaftlichen Aufstiegsversprechens, das jedem Menschen die Chance auf Selbstbestimmung und Vorankommen durch Bildung und eigene Leistung eröffnet

Bildungsgutscheine einführen

Wir Freie Demokraten fordern, die Finanzierung der Schulen, Kindergärten und Kitas auf Bildungsgutscheine umzustellen. Für jedes Kind gewährt der Staat Grundfinanzierungsbeiträge. Staatliche, kommunale und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft erhalten pro Kind den gleichen Betrag, damit die Eltern nicht nur die freie Wahl zwischen verschiedenen öffentlichen Angeboten, sondern auch zwischen öffentlichen und freien Trägern haben. Der Gegenwert der Gutscheine kann sich nach Lebensalter, zeitlichem Umfang der wöchentlichen Betreuung sowie bei besonderem pädagogischen Betreuungsbedarf unterscheiden. So entsteht ein transparenter Qualitätswettbewerb um die besten Bildungsleistungen.

Flexiblere Betreuungszeiten

Wir Freie Demokraten wollen die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten flexibilisieren und so Eltern mehr Flexibilität ermöglichen. Hierzu brauchen wir mehr Notfallangebote über Nacht und am Wochenende sowie 24-Stunden-Kitas. Die Arbeitszeiten vieler Eltern stimmen mit den Öffnungszeiten vieler Kitas nicht überein. Das erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Gleichzeitig ist für uns klar, dass längere Öffnungszeiten nur mit mehr Personal machbar sind. Eine Verlängerung der Betreuungszeiten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf es nicht geben. Ziel ist, Eltern und Kindern mehr Spielräume zu verschaffen.

Politische Bildung an Schulen stärken

Wir Freie Demokraten fordern eine „Exzellenz-Initiative Politische Bildung“ des Bundes, die besonders wirkungsvolle Programme politischer Bildung öffentlich würdigt, finanziell fördert und zu ihrer Verbreitung ermutigt. Jede Schule soll ein dezentral selbst verantworteter Lernort sein, an dem Kinder und Jugendliche jene kritische Urteilsfähigkeit lernen, mit der sie einen Unterschied für ihre Lebenswelt machen können. Politische Bildung muss bereits im Sachunterricht der Primarstufe verankert sein. Politische Bildung steht in Zeiten der Digitalisierung, Zuwanderung und des Populismus vor der Herausforderung, Wissen und Handwerk für eine weltoffene Demokratie zu vermitteln. Dazu gehört die Bildung zu Fluchtursachen, aber auch zur Befähigung, Quellen kritisch zu hinterfragen. Unser Ziel muss sein, allen Menschen echte Medienpartizipation zu ermöglichen.

Herkunftssprachlichen Unterricht fördern

Wir Freie Demokraten wollen den herkunftssprachlichen Unterricht an Schulen besser fördern. Darin sehen wir eine große Chance für die Verbesserung der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten. Deshalb ermutigen wir die Schulen und Schulträger, verstärkt herkunftssprachlichen Unterricht anzubieten. Von den Ländern fordern wir klare und attraktive Rahmenbedingungen für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Dabei ist auch das Engagement von Ehrenamtlichen besser zu nutzen und Lehr- und Lernwillige sind auch außerhalb des Schulbetriebs in Sprachkursen zusammenzubringen. Herkunftssprachlicher Unterricht hilft auch beim Erlernen der deutschen Sprache und ist damit ein Motor der Integrationspolitik.

MINT-Projekte für die Förderung von Mädchen und Frauen

Wir Freie Demokraten fordern ein Maßnahmenpaket, das die Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) in den Blick nimmt. Als Teil des Pakets sollen Handlungsempfehlungen formuliert sowie vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse neue Projekte und Aufklärungskampagnen insbesondere für Eltern beauftragt werden. Bis zum 14. Lebensjahr ist die Neugier bei MINT-Themen zwischen Mädchen und Jungen noch recht ausgewogen. Allerdings nimmt das Interesse von Mädchen danach deutlich ab. Eine Studie der Universität Rostock zeigt, dass die eigene Sozialisation insbesondere durch das Elternhaus einen großen Einfluss auf die Wahl eines technikwissenschaftlichen Studiums hat und Modellprojekte sowie eventorientierte Angebote allein wenig zur Motivation und Wahl eines MINT-Studiums beitragen. Insofern müssen alle – Mädchen, Frauen und Eltern – in die Begleitforschung, Aufklärung und in Handlungsprojekte involviert sein.

MINT-Regionen gezielt erweitern und vernetzen

Wir Freie Demokraten fordern die Erstellung eines schlüssigen Gesamtkonzepts für alle vorhandenen und künftigen MINT-Regionen sowie die Identifizierung weißer Flecken auf der Landkarte und die Schließung von Lücken mit zielgerichteten Projekten. Die erste bundesweite Bestandsaufnahme von MINT-Regionen wurde 2013 durchgeführt und seitdem stetig erweitert. Schwachstellen beziehungsweise weiße Flecken auf der Landkarte sind deshalb schon längst erkennbar. So sind die östlichen Bundesländer noch vielfach unterrepräsentiert. Neben der Stärkung schon existierender Initiativen müssen stärkere Anreize für neue Initiativen geschaffen werden. Die Initiative „MINT-Cluster“ der Bundesregierung ist ein unvernetztes Projekt, das dringend mit dem Konzept der MINT-Regionen vernetzt beziehungsweise darin integriert werden muss.

MINT-Begleitforschung starten

Wir Freie Demokraten fordern eine Begleitforschung für MINT-Fächer. Lehrpläne müssen ständig an die Entwicklung und Forschung angepasst werden. Motivation, Sozialisation und Prägungen – auch und gerade in der frühkindlichen Phase – müssen besser erforscht werden. Damit wollen wir die MINT-Fächer fördern.

Schulteams für neue Qualifikationen öffnen

Wir Freie Demokraten fordern die Öffnung der Schulen für neue Berufsfelder. Schulleitungen, Lehrkräfte, Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sowie Hausmeisterinnen und Hausmeister können die Transformation der Schule nicht allein bewältigen. Zur neu gewonnenen Möglichkeit, auch Administratorinnen und Administratoren über den DigitalPakt Schule finanzieren zu können, muss es Spielraum für weitere Personalkategorien, beispielsweise im Qualitätsmanagement, geben. Damit schaffen wir moderne Schulen.

Digitale Kompetenz in Schulen stärken

Wir Freie Demokraten fordern bundesweit einheitliche und ambitionierte Standards für die digitale Bildung sowie eine Stärkung des Themas in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und

Lehrern. Darüber hinaus wollen wir Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten ausstatten. Das schließt auch neue didaktische Methoden ein, die die neuen technischen Möglichkeiten inklusiv nutzen, statt nur Frontalunterricht zu digitalisieren. Damit wollen wir die digitale Bildung stärken.

Digitale Lernplattformen und -mittel fördern

Wir Freie Demokraten wollen den Einsatz von Lern-Managementsystemen und freier Lern- sowie Lehrmaterialien mit einer offenen Lizenz fördern. Gute Programme und Lernmittel der Bildungswirtschaft und EduTech-Szene müssen qualitäts- und datenschutzgeprüft in den Unterricht integriert werden können. Damit schaffen wir neue Möglichkeiten beim Lernen.

Klarer Datenschutz im Unterricht

Wir Freie Demokraten fordern klare Handreichungen zum Datenschutz, um die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) an Schulen umzusetzen. Die Konferenz der Kultusministerinnen und -minister (KMK) und die Datenschutzkonferenz (DSK) sollen sich auf gemeinsame Leitlinien verständigen, die den Einsatz digitaler Tools ermöglichen und gleichzeitig den Datenschutz wahren. Dabei wollen wir neben dem Schutz der Schülerdaten auch den Schutz der Lehrerdaten gewährleisten. Dafür sollen Lehrkräfte auch mit dienstlichen E-Mail-Adressen ausgestattet werden. Bei der Nutzung von digitalen Lernmitteln fallen zahlreiche Daten an, doch derzeit ist der Schutz der Daten nicht gewährleistet. Schulen und Lehrkräfte bewegen sich in rechtlichen Grauzonen. Deshalb brauchen wir Klarheit.

Forschung zu Chancen von digitalem Unterricht fördern

Wir Freie Demokraten wollen Forschungsprojekte in den Bereichen „Educational Data Mining“ und „Learning Analytics“ sowie die Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Bildung fördern. Sofern die Rechte der Schülerinnen und Schüler gesichert sind, könnten die erfassten Daten durch die Technologien „Learning Analytics“ und „Educational Data Mining“ dazu genutzt werden, unser Bildungssystem immer weiter zu verbessern. Mit ihrer Hilfe können künftig nicht mehr nur die Schülerinnen und Schüler lernen, sondern auch die Lernmittel selbst.

Bundeszentrale für digitale Bildung einrichten

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen. Die erste Säule stellt Informationen, Materialien und Kurse bereit, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern, damit sie als aufgeklärte und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalisierten Welt agieren können. Dabei sollen insbesondere Themen wie Desinformation, IT-Sicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz, aber auch Hatespeech, Cybermobbing und Online-Sucht abgedeckt werden. Die zweite Säule ist die Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr- und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pädagogischer Mindeststandards. Die Ergebnisse werden in einer Positivliste (Weißliste) für Bildungssoftware zusammengefasst und in einer digitalen Bibliothek bereitgestellt. Bildungsinstitutionen können Anfragen zur Prüfung an die Bundeszentrale richten, die sie zügig bearbeitet. Die dritte Säule be-

fasst sich mit der digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Didaktik und der Aus- sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien. Dabei sollen sowohl konkrete Angebote für Lehrende zur Weiterbildung angeboten als auch Konzepte der Lehre und Schule der Zukunft erarbeitet und in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder umgesetzt werden.

Von der Uni ins Start-up

Wir Freie Demokraten wollen Hürden für das Gründen aus Studium und Forschung abbauen und den Gründungswillen von Studierenden fördern. Denn deutsche Hochschulen sind Treiber für Ideen, Innovationen sowie Kreativität und dieses Potential wollen wir stärker nutzen. Studierende sollen daher die Möglichkeit eines Gründungssemesters in Anspruch nehmen können, welches sich zeitlich nicht negativ auf ihre Studienzeit und ihren BAföG-Anspruch auswirkt. Weiter soll gründungswilligen Studierenden die Anrechnung von ECTS-Punkten (European Credit Transfer System) für das Gründungsvorhaben in Aussicht gestellt werden. Außerdem wollen wir Gründerstipendien ausweiten und gründungsunterstützende Projekte wie Gründerzentren, Wettbewerbe und Hackathons finanziell unterstützen.

Barrierefreie Prüfungen

Wir Freie Demokraten wollen Menschen mit Behinderungen auch bei Prüfungen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung garantieren. Für Menschen mit Behinderungen sollten Prüfungs- oder Examenssituationen ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Persönliche Gespräche zur Klärung der offenen Fragen zwischen Prüfling und Prüfungsamt sollten obligatorisch sein. Zusätzliche Barrieren, wie eine selbst zu organisierende und selbst zu finanzierende Diktierkraft für sehbehinderte Prüflinge sind zu vermeiden. Der Einsatz von Assistenten in Prüfungssituationen darf umgekehrt nicht als Vorteil gegenüber nicht behinderten Prüflingen eingestuft werden. Damit sorgen wir für Chancengerechtigkeit.

Studierende nicht zur Mitgliedschaft in der Verfassten Studierendenschaft zwingen

Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung der verpflichtenden Mitgliedschaft in der Verfassten Studierendenschaft (VS) und stattdessen die Einführung einer Opt-out-Lösung, wie sie gegenwärtig beispielsweise in Sachsen-Anhalt existiert. Der anfallende Beitrag an den jeweiligen Allgemeinen Studierendenausschuss soll nur bei einer freiwilligen Mitgliedschaft entrichtet werden müssen. Bis zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der VS sollen Studienbeitragsersatzmittel erhalten bleiben sowie die Möglichkeit bestehen, den Semesterbeitrag im Härtefall erstatten zu lassen. Nach dem Austritt der Studierenden aus der VS soll der letzte gezahlte Mitgliedsbeitrag auf Antrag erstattet werden. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Opt-out-Möglichkeit für spezifische Haushaltsposten.

Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren

Wir Freie Demokraten wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren. Denn ein zu hoher Anteil befristeter Stellen in der Wissenschaft belastet insbesondere junge Forscherinnen und For-

scher. Parallel sollte eine Expertenkommission ausgehend vom Zielkonflikt zwischen planbaren Karrieren, Generationengerechtigkeit sowie der notwendigen Flexibilität der Wissenschaftseinrichtungen praktikable Lösungen entwickeln. Wir wollen Promotionen von Beginn an über ihre gesamte erwartbare Laufzeit absichern, Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten knüpfen und partnerschaftliche Initiativen für cross-sektorale Personalentwicklung in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung unterstützen. Darüber hinaus fordern wir, das Wissenschaftszeitvertragsgesetz künftig alle vier Jahre zu evaluieren, um dessen Regelungen im Zielkonflikt zwischen planbaren Karrieren, Generationengerechtigkeit sowie der notwendigen Flexibilität der Wissenschaftseinrichtungen gegebenenfalls nachjustieren zu können.

Studierenden an forschungsorientierten Fachhochschulen eine Promotion ermöglichen

Wir Freie Demokraten fordern eine Möglichkeit für Universitäten, mit Fachhochschulen kooperierende Promotionsverfahren durchführen zu können. Die Fachhochschulen bieten durch ihre Praxisnähe ein Studium, das für die Wirtschaftskraft von Regionen als Wachstumsquelle fungieren kann. Wir fordern, den Fachhochschulen, die sich schwerpunktmäßig mit Forschung beschäftigen sowie ihren Studierenden breite Kenntnisse im Bereich der Techniken wissenschaftlichen Arbeitens vermitteln, in den jeweiligen Landeshochschulgesetzen ein gesondertes Promotionsrecht zu ermöglichen.

Fairness für Studierende und Promovierende in der Krankenversicherung

Wir Freie Demokraten fordern Beitragsfairness für Studierende und Promovierende in der Krankenversicherung. Die Beitragshöhe muss sich am tatsächlichen Einkommen bemessen. Aktuell lohnt sich für viele Studierende ein höheres Einkommen nicht, da sie dann der allgemeinen Versicherungspflicht unterliegen und die höheren Beiträge den Einkommenszuwachs übersteigen. Bei Studierenden der Medizin im praktischen Jahr darf nicht mehr ein fiktives Einkommen als Berechnungsgrundlage herangezogen werden. Promovierende dürfen nicht länger gegenüber Studierenden benachteiligt werden. Ein Promotionsstipendium stellt kein Erwerbseinkommen dar und sollte deshalb auch in der Krankenversicherung nicht als solches behandelt werden. Damit sorgen wir für Fairness und Leistungsgerechtigkeit.

Anerkennung von Mini-Abschlüssen und informell erworbener Kompetenzen

Wir Freie Demokraten wollen neben Bachelor- und Masterabschlüssen auch Mini-Abschlüsse („Micro Degrees“) im Hochschulrahmengesetz verankern. In der beruflichen Bildung wollen wir Teilqualifizierungen und Bildungsbausteine auf allen Fortbildungsstufen ausbauen. Zur verbesserten Anerkennung informell erworbener Kompetenzen fordern wir einen bundesweiten Orientierungsrahmen. Weiterbildung muss flexibel gestaltbar sein und sich der individuellen Lebenssituation anpassen. Die Nachfrage nach Bildungsbausteinen, die man berufsbegleitend absolvieren kann, steigt. Sie ermöglichen schrittweise Bildungsaufstiege, aber auch den Erwerb interdisziplinärer Kompetenzen auf demselben Qualifikationsniveau. Damit fördern wir die Bildungsmobilität.

Digitale Mitbestimmung ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen Betriebsräten und anderen Gremien der betrieblichen Mitbestimmung dauerhaft und rechtssicher die betriebliche Mitbestimmung mittels Video- und Telefonkonferenzen

ermöglichen. Gleiches muss für die Mitglieder der Sprecherausschüsse gelten. Betriebsratswahlen sollen auf Wunsch der Wahlberechtigten digital durchgeführt werden können. Für Betriebsratsmitglieder stellen virtuelle Sitzungen mitunter eine erhebliche Erleichterung dar, insbesondere für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit verschiedenen Arbeitszeitmodellen, im Homeoffice oder bei mobiler Arbeit.

Chancen künstlicher Intelligenz bei der Arbeitsvermittlung nutzen

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen künstlicher Intelligenz (KI) auch für die Arbeitsvermittlung nutzen. Die Bundesagentur für Arbeit sammelt bereits heute zahlreiche Arbeitsmarktdaten zur Beobachtung, Untersuchung und Auswertung der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes. Mithilfe von KI können diese Daten effektiver verwendet werden. Selbstlernende Algorithmen sollen eingesetzt werden, um mehr Arbeitssuchende erfolgreich zu vermitteln, das Verschwinden und Entstehen von Berufen frühzeitig zu erkennen und individuell passende sowie für den Arbeitsmarkt relevante Weiterbildungsmaßnahmen vorzuschlagen. Das entlastet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So bleibt mehr Zeit zur individuellen Beratung von Arbeitssuchenden.

Chancengerechtigkeit für ausländische Arbeitnehmer herstellen

Wir Freie Demokraten fordern, dass abgelehnte Anträge zur Gleichwertigkeitsfeststellung von ausländischen Berufsabschlüssen nach Ablauf einer angemessenen Sperrfrist erneut überprüft werden können. Das soll analog für Bildungsabschlüsse wie Schul- und Hochschulabschlüsse gelten. Oftmals kommt es durch unterschiedliche Berufsabschlüsse, die sich nicht vollständig decken, durch formale Fehler oder durch Überforderung der Antragstellenden zu Fehleinordnungen, die im Nachhinein nicht mehr korrigiert werden können. Für ausländische und vor allem geflüchtete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es aber wichtig, schnell wieder arbeiten zu können. Daher sind bürokratische Hürden für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse abzuschaffen. Auch dem Fachkräftemangel können wir so entgegenwirken.

Gerechtes Steuersystem und stabile Finanzmärkte

Der Staat darf grundsätzlich nicht schneller wachsen als die Wirtschaft

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Staatsausgaben grundsätzlich höchstens so stark steigen dürfen wie das Wachstum des Privatsektors. Deutschland braucht einen schlanken und zugleich handlungsfähigen Staat. Doch schon vor der Coronakrise wuchsen die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zur Wirtschaft immer weiter auf. Wenn der Staat dauerhaft stärker wächst als die Wirtschaft, ist eine immer stärkere steuerliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger die logische Folge und Entlastungen werden auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Für Konjunkturerinbrüche wie zuletzt im Zuge der Coronakrise sollen Ausnahmen gelten. Langfristig hat unser Gemeinwesen aber nur eine Zukunft, wenn der Staat die Wirtschaft nicht schleichend immer stärker dominiert.

Schuldenbremse 2.0

Wir Freie Demokraten wollen die Schuldenbremse stärken: Sie soll auf staatliche Beteiligungsgesellschaften, Sondervermögen und den deutschen Anteil an Verbindlichkeiten der Europäischen Union ausgeweitet werden. Ausnahmen von der Schuldenbremse sollen nur noch mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament beschlossen werden dürfen. Die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Schuldenbremse ist. Sie funktioniert allerdings nur, wenn sie nicht umgangen werden kann. Durch Auslagerung der öffentlichen Ausgaben auf Sondervermögen, auf eigens gegründete Gesellschaften privaten Rechts und auf die EU-Ebene können Maßnahmen dem Anwendungsbereich der Schuldenbremse entzogen werden. Deshalb brauchen wir mehr Zugkraft bei der Schuldenbremse.

Subventionen konsequent abbauen

Wir Freie Demokraten wollen Subventionen des Bundes stufenweise abschmelzen. Dazu werden wir die Kapitel des Bundeshaushalts auf die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der jeweils vorgesehenen Ausgaben hin überprüfen. Für neue Subventionen soll eine „One in, two out“-Regelung gelten. Demnach ersetzt eine neue Subvention zwei alte, damit die Subventionen stetig weniger werden. Der Staat greift viel zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein, indem er Unternehmen und Verbraucherinnen sowie Verbrauchern für ein bestimmtes Verhalten Geld zahlt oder Steuervergünstigungen gewährt. Solche Subventionen kosten viel, nützen meist nur wenigen und schaden dem Gemeinwohl. So etwa die Kaufprämie für Elektroautos, von der nur große Automobilkonzerne profitieren – bezahlen müssen sie alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Durch Abschmelzen der Subventionen sorgen wir für Generationengerechtigkeit.

Rechtsformneutrale Besteuerung

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland rechtsformneutral ausgestaltet wird. Aus diesem Grund muss die Thesaurierungsbegünstigung in § 34a Einkommensteuergesetz so reformiert werden, dass einbehaltene Unternehmensgewinne, die der Einkommensteuer unterliegen, den nicht ausgeschütteten Gewinnen von Kapitalgesellschaften in der Steuerlast gleichgestellt werden. Darüber hinaus müssen die vorgeschriebene Verwendungsreihen-

folge sowie die Umstrukturierungshemmnisse abgeschafft werden. Des Weiteren soll geprüft werden, ob der Anwendungsbereich des Optionsmodells auf Gesellschaften des bürgerlichen Rechts erweitert werden kann.

Vermögensteuer dauerhaft aufheben

Wir Freie Demokraten wollen die Vermögensteuer dauerhaft aufheben. Denn kaum etwas schädigt den Standort Deutschland so sehr wie eine Debatte um Enteignungen. Wir wollen zudem die Behandlung von thesaurierten Gewinnen verbessern und eine Neuregelung für die Begünstigung nicht entnommener Gewinne erreichen, die eigenkapitalfördernd wirkt. So senden wir ein klares Signal, dass Eigentum und Investitionen in Deutschland vor dem Zugriff der Politik geschützt sind.

Kfz-Steuer abschaffen – Emissionshandel ausweiten

Wir Freie Demokraten wollen die Kfz-Steuer vollständig abschaffen, sobald der Emissionshandel auf den Verkehrssektor ausgeweitet ist. Damit würde die bürokratische Erhebung einer gesamten Steuer entfallen, ohne dass es zu Mindereinnahmen kommen muss. Der Emissionshandel ist der wirksamste Weg, CO₂-Emissionen zu reduzieren. Die Kfz-Steuer ist dann nicht mehr nötig und kann ersatzlos entfallen. Dadurch können wir umfangreich Steuerbürokratie abbauen und die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Arbeitgeberangebote zur Kinderbetreuung steuerlich besser berücksichtigen

Wir Freie Demokraten fordern eine bessere Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Arbeitgeber. Die vom Arbeitgeber finanzierte Unterbringung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern der Arbeitnehmer in Kindergärten oder vergleichbaren Einrichtungen muss steuerlich absetzbar sein. Das muss auch für die Betreuung von schulpflichtigen Kindern des Arbeitnehmers bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres in Horten oder vergleichbaren Einrichtungen gelten. Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern finanzielle Unterstützung für eine private Kinderbetreuung geben, sollen das ebenfalls steuerlich absetzen können. Viele kleinere und mittlere Unternehmen würden gern familienfreundliches Arbeiten anbieten. Wir wollen deshalb die vorhandenen Beratungsangebote bekannter machen.

Umsatzsteuerreform

Wir Freie Demokraten wollen die Umsatzbesteuerung reformieren und vereinfachen. Ermäßigungen sollen grundsätzlich nur zur Abdeckung des materiellen und kulturellen Grundbedarfs sowie zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt bestehen bleiben. Vergleichbare Sachverhalte sollen auch gleichbehandelt werden. Im Gegenzug soll der allgemeine Steuersatz aufkommensneutral abgesenkt werden. Die Steuern vom Umsatz (Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer) tragen am meisten zum deutschen Steueraufkommen bei. Das Umsatzsteuersystem in Deutschland ist durch die Anwendung verschiedener Steuersätze undurchsichtig. Wir wollen eine klare und nachvollziehbare Umsatzsteuer.

IST-Besteuerung in der Umsatzsteuer

Wir Freie Demokraten wollen den Grundsatz der IST-Besteuerung bei der Umsatzsteuer durchsetzen. Das verhilft den Unternehmen gerade in Krisenzeiten zu mehr dringend benötigter Liquidität. In der Regel gilt für Unternehmen in Deutschland die sogenannte SOLL-Besteuerung. Unternehmen müssen dabei die Umsatzsteuer für einen Auftrag an den Staat zahlen, egal ob der Kunde bereits bezahlt hat. Nur Unternehmen mit geringem Umsatz (bis 600.000 Euro) können davon abweichen. Für Start-ups ist die Schwelle der IST-Versteuerung jedoch zu niedrig, da Umsätze durch Digitalisierung und Dynamik neuer Produkte schnell über diese Schwelle steigen können.

Umsatzsteuerbetrug konsequent verhindern

Wir Freie Demokraten wollen dem über Jahre leider stabilen und mit großer krimineller Energie sowie erheblichem Schaden begangenen grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrug endlich ein Ende setzen. Unter besonderer Berücksichtigung von Datenschutzaspekten und ergebnisoffener Auswertung der Erfahrungen mehrerer europäischer Partnerländer wollen wir die für die Umsatzsteuererhebung notwendigen Informationen in einfacher und effizienter Weise über digitale, sichere und inklusive elektronische Dienste erheben lassen. So senken wir die Betrugsanfälligkeit unseres Mehrwertsteuersystems erheblich und modernisieren und entbürokratisieren gleichzeitig die Schnittstelle zwischen der Verwaltung und den Betrieben.

Faire Zinsen bei Nachzahlung, kürzere Aufbewahrungsfristen

Wir Freie Demokraten wollen die Zinsen im Steuerrecht an die Realität anpassen. So sind etwa die momentan von der Finanzverwaltung verwendeten Zinssätze für Nachzahlungen deutlich zu hoch. Wir wollen eine modernere Besteuerung von Erträgen der „Sharing Economy“. Außerdem wollen wir die Aufbewahrungsfristen verkürzen und gleichzeitig die zeitnahe Betriebsprüfung als Regelfall einführen. Damit entlasten wir Bürgerinnen und Bürger sowie den Mittelstand.

Digitalisierung und Compliance

Wir Freie Demokraten fordern, dass Compliance-Systeme durch die Nutzung digitaler Möglichkeiten unbürokratisch durch die Finanzverwaltung anerkannt werden. Denn viele Unternehmen haben gerade auch im Steuerbereich bereits umfassende Compliance-Systeme. Durch die entstehende Kooperation, die Transparenz und das hierdurch aufgebaute Vertrauen zwischen Unternehmen und Verwaltung können Verfahren vereinfacht und so auch eine zeitnahe Betriebsprüfung endlich Wirklichkeit werden.

Ehrliches und nachhaltiges Haushaltswesen nach modernen Standards

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Rechnungswesen einführen. Der Bundeshaushalt erfasst derzeit nicht den Werteverzehr an öffentlicher Infrastruktur sowie Risiken und Kosten zulasten künftiger Generationen. Das erhöht das Risiko politischer Fehlentscheidungen.

Modernisierung der Verwaltung – schnelle Steuerauskunft

Wir Freie Demokraten wollen den Dienstleistungsgedanken in der Steuerverwaltung stärken. Dazu wollen wir einen Rechtsanspruch des Steuerbürgers auf eine verbindliche Auskunft zu fairen Gebühren. Rechts- und Planungssicherheit sind bei Investitionen entscheidende Faktoren. Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Investorinnen und Investoren sollen auch durch eine moderne und transparente Verwaltung vom Standort Deutschland überzeugt werden.

Kein Wegfall von Verlustvorträgen – Wagniskapital stärken

Wir Freie Demokraten wollen bessere Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland. Daher wollen wir den Wegfall von Verlustvorträgen bei Anteilseignerwechseln vollständig beseitigen. Investoren müssen sich nach einem gewissen zeitlichen Engagement von ihrem Investment trennen können. Droht bei diesem Übergang der Verlust bestehender Verlustvorträge, stellt dies eine gravierende Benachteiligung gerade junger deutscher Unternehmen im internationalen Wettbewerb dar.

Mehr Börsengänge in Deutschland ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen den Kapitalmarkt stärken, indem wir mehr Börsengänge in Deutschland ermöglichen. Denn Deutschland hatte vergleichsweise wenige Börsengänge in den letzten Jahren zu verzeichnen. Mit BioNTech und CureVac sind namhafte Unternehmen in den USA an die Börse gegangen, weil die Rahmenbedingungen hierzulande nicht optimal sind. Neben der Stärkung der Aktienkultur, dem Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge, der Bereitstellung von mehr Wachstumskapital, verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen und einer Stärkung der ökonomischen Bildung wollen wir auch das Börsen- und Aktienrecht überarbeiten. Ob bei den Regeln für Kapitalerhöhungen, Mehrfachstimmrechten oder zum Streubesitz - andere Länder sind beim Aktien- und Börsenrecht flexibler aufgestellt. Gleiches gilt beim Thema SPACs („Special Purpose Acquisition Company“). Wir müssen bei Börsengängen wettbewerbsfähiger werden. Bei den Reformen ist uns der Anleger-schutz wichtig.

Außensteuerrecht

Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Steuerwettbewerb. Dazu gehört zwingend, dass deutsche Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben. Hierzu ist die Niedrigsteuergrenze von 25 Prozent an das globale Steuerniveau anzupassen, denn der Steuersatz wurde das letzte Mal vor 20 Jahren geändert. Darüber hinaus müssen die Wegzugsbesteuerung reformiert und der Globalisierung und Mobilität von Unternehmen und Gesellschaftern Rechnung getragen werden.

Dauerhafter Verbleib von Gewinnen im Unternehmen

Wir Freie Demokraten sehen das Bedürfnis für eine rechtliche Gestaltungsoption, um unternehmerische Tätigkeit mit einem dauerhaften Verbleib der Gewinne im Unternehmen („Asset Lock“) zu verbinden. Wir wollen prüfen, welche Wege im Gesellschafts- oder Stiftungsrecht dafür sinnvoll erscheinen. Damit dürfen jedoch keine steuerrechtlichen Privilegierungen oder sonstigen Vorteile verbunden sein.

Vollendung der Kapitalmarktunion für eine bessere Unternehmensfinanzierung

Wir Freie Demokraten wollen die europäische Kapitalmarktunion konsequent vorantreiben. Dazu bedarf es neben einem integrierten Bankenmarkt auch eines besseren Zugangs zur Risikokapital- und Beteiligungsfinanzierung für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Start-ups. Eine tiefere Integration der europäischen Kapitalmärkte führt zu einem effizienteren Kapitaleinsatz und einer günstigeren Finanzierung der Unternehmen. Dadurch erhöht sich zugleich die private grenzübergreifende Risikoteilung. Die Wirtschaft und der Euro werden stabiler und krisenfester.

Die Zukunft von Vermögenswerten ist digital

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung von Vermögenswerten konsequent vorantreiben. Das aufkommende Blockchain-Ökosystem wird im nächsten Jahrzehnt einer der stärksten Gamechanger am Kapitalmarkt und im Bereich Finanzdienstleistungen. Das betrifft zunächst große Teile börsennotierter Aktien, Schuldverschreibungen oder Fonds-Anteilen. Unser Ziel ist es, auch sonstige Geschäftsanteile und bisher illiquide Assets von Unternehmen aus der Industrie, Infrastrukturprojekten und gerade auch nicht an der Börse notierte Unternehmen, die über Zukunftstechnologien verfügen, der Allgemeinheit unter anderem über die Blockchain-Technologie zugänglich zu machen. Wir Freie Demokraten fordern eine Anpassung des nationalen und europäischen Rechtsrahmens für die Nutzung neuer Technologien am Kapitalmarkt und im Bereich der Finanzdienstleistungen.

Abbau von Hindernissen für das grenzüberschreitende Bankgeschäft

Wir Freie Demokraten wollen Hindernisse für das grenzüberschreitende Bankgeschäft und für grenzüberschreitende Bankenfusionen konsequent abbauen. Zur Förderung des europäischen Bankenmarktes schlagen wir vor, noch bestehende Wahlrechte der einzelnen Mitgliedstaaten im Bankenaufsichtsrecht weitgehend zu beseitigen. Das Unternehmens- und Insolvenzrecht (zum Beispiel im Bereich der Kreditsicherheiten) wollen wir weiter harmonisieren. So kann sich frei von einzelstaatlicher Einflussnahme im Interesse der europäischen Unternehmen und Verbraucher ein starker, global wettbewerbsfähiger europäischer Bankensektor entwickeln.

Europäische Ordnungspolitik für den Bankenmarkt

Wir Freie Demokraten wollen in der EU eine wettbewerbsneutrale Behandlung des Bankensektors – auch in der Coronakrise. Der Bankenmarkt ist für uns ein europäischer Markt; das schließt regionale Bankenmärkte in den einzelnen europäischen Volkswirtschaften nicht aus. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Bestandsgarantien für bestimmte Strukturen am Bankenmarkt abzugeben – sei es für einzelne Banken oder für bestimmte Bankengruppen. Es ist auch nicht Aufgabe der Politik, bestimmte Strukturen am Bankenmarkt zu schaffen wie zum Beispiel sogenannte nationale Champions, also besonders große Banken im jeweiligen Heimatmarkt. Eine Bankenpolitik zugunsten einzelner Institute oder Institutsgruppen lehnen wir ab.

Bankenregulierung smart gestalten

Wir Freie Demokraten wollen eine smarte Bankenregulierung einführen. Finanzinstituten, die freiwillig mehr Eigenkapital beziehungsweise Einlagen vorhalten, wollen wir mehr Spielraum bei der Regulierung einräumen, zum Beispiel durch längere Prüfungszeiträume. Die Bankenregulierung ist in den

vergangenen Jahren verschärft worden. Das ist im Grundsatz richtig, trifft aber kleine und mittlere Institute unverhältnismäßig hart, von denen jedoch weniger Risiken ausgehen als von großen Kreditinstituten. Deshalb wollen wir eine passgenaue Regulierung.

Geordnete Bankenabwicklung als Schutz der Steuerzahler

Wir Freie Demokraten fordern, dass bei Bankenpleiten in erster Linie Aktionärinnen und Aktionäre sowie Gläubigerinnen und Gläubiger in Haftung genommen werden und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler („Bail-in“). Im Insolvenzfall müssen zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden. Erst dann kann der Abwicklungsfonds herangezogen werden, in den die europäischen Banken einzahlen. Der Aufbau des Abwicklungsfonds sollte beschleunigt werden, damit die beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) angesiedelte steuerfinanzierte Letztsicherung im Zuge einer geordneten Bankenabwicklung möglichst nicht mobilisiert beziehungsweise in Anspruch genommen werden muss.

Abbau der Bestände an notleidenden Krediten nach der Krise

Wir Freie Demokraten fordern, dass der Abbau der notleidenden Kredite nach Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie wieder konsequent vorangetrieben wird. Zudem wollen wir im Sinne der Stärkung der europäischen Banken und ihrer Widerstandsfähigkeit möglichst keine neuen notleidenden Kredite entstehen lassen.

Erleichterungen für Banken in Coronakrise

Wir Freie Demokraten wollen den Banken Erleichterungen in der Bankenaufsicht gewähren, bis die Folgen der Coronakrise überwunden sind. Bis dahin streben wir ein Moratorium in der Bankengesetzgebung an.

Geldpolitik der Europäischen Zentralbank: Mandat klar definieren!

Wir Freie Demokraten wollen das Ziel der Preisstabilität als Auftrag der Geldpolitik in den Europäischen Verträgen klarer definieren und als messbare Größe festschreiben. Preisstabilität soll als erreicht gelten, solange die Inflationsrate zwischen null und zwei Prozent beträgt. Ein Zielkorridor für die Inflationsrate würde in Zeiten hartnäckig niedriger Teuerung den Druck von der Europäischen Zentralbank nehmen, die Geldpolitik immer weiter zu lockern. Auf diese Weise ließe sich der Ankauf von Staatsanleihen deutlich beschränken, der die Grenze zwischen Geld- und Finanzpolitik gefährlich verwischt.

Geldpolitik der Europäischen Zentralbank transparent machen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Europäische Zentralbank (EZB) regelmäßig eine umfassende Verhältnismäßigkeitsprüfung ihrer geldpolitischen Entscheidungen veröffentlicht und erläutert. Die Geldpolitik des EZB-Rates muss transparenter und nachvollziehbarer gemacht werden. Die Deutsche Bundesbank als integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken kann einen Beitrag hierzu leisten, indem sie dem Deutschen Bundestag zur Geldpolitik regelmäßig Rede und Antwort steht.

Geldpolitik der Europäischen Zentralbank: Rat verkleinern und professionalisieren

Wir Freie Demokraten fordern die Verkleinerung des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB) auf sieben Expertinnen und Experten. Die Auswahl soll nach einer weltweiten offenen Ausschreibung und nur nach fachlicher Qualifikation getroffen werden. Das gegenwärtige Rotationsprinzip für die Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Zentralbanken kann dann entfallen. Bisher besteht die Gefahr, dass sich die nationalen Zentralbankpräsidenten als Interessenvertreter ihrer Staaten missverstehen. Zudem ist der EZB-Rat mit seinen derzeit 25 Mitgliedern zu groß. Deshalb wollen wir einen rein fachlich besetzten und handlungsfähigen EZB-Rat.

Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank stärken – Abkühlphase für neue Mitglieder

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung einer mehrjährigen „Abkühlphase“ für Wechsel von nationalen Ministerinnen und Ministern oder anderen Politikerinnen und Politikern in den EZB-Rat. Dazu gehört, dass nationale Finanzministerinnen und -minister nicht mehr unmittelbar in den EZB-Rat wechseln dürfen. Die personellen Bande zwischen Geld- und Finanzpolitik werden immer enger. Insgesamt sitzen inzwischen fünf ehemalige nationale Minister im EZB-Rat, darunter die EZB-Präsidentin. Das untergräbt das Vertrauen in die politische Unabhängigkeit. Wir wollen die Europäische Zentralbank gegenüber politischer Einflussnahme stärken.

Für ein geregeltes Austrittsverfahren aus dem Euro-Währungsgebiet

Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Verträge so anpassen, dass Mitgliedstaaten als Ultima Ratio nach einem geregelten Verfahren im Einvernehmen mit der Eurogruppe aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren. Wenn ein Staat dauerhaft überfordert ist, seine Wettbewerbsfähigkeit und Schuldentragfähigkeit innerhalb der Währungsunion wiederherzustellen, kann der zeitweilige Austritt aus dem Euro sinnvoll und notwendig sein. Staaten scheuen diesen Weg aber, weil er bislang rechtlich an den Austritt aus der Europäischen Union gekoppelt ist. Diese Koppelung wollen wir beenden.

Nichtbeistandsklausel beachten, Tilgung der Corona-Schulden vorziehen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Nichtbeistandsklausel in der EU auch weiterhin beachtet wird. Diese besagt, dass weder die EU noch einzelne Mitglieder zur Haftung für die Schulden eines anderen Staates verpflichtet werden können. Die Klausel soll sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten die Folgen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik selbst tragen und somit Haushaltsdisziplin wahren. Wir wollen die Tilgung der im Rahmen des Corona-Nothilfeprogramms aufgenommenen Kredite vorziehen, da der Rückzahlungshorizont bis 2058 zu weit gefasst ist. Zudem fordern wir einen verbindlichen Tilgungsplan, wie ihn die Schuldenbremse für den Bundeshaushalt verlangt.

Kredite des ESM nur als Ultima Ratio

Wir Freie Demokraten wollen, dass Hilfskredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nur als Ultima Ratio und gegen Auflagen gewährt werden (Konditionalität). Der Instrumentenkasten des ESM muss unter diesem Aspekt überprüft und vereinfacht werden. Die Möglichkeit, einzelne Länder im Krisenfall zu unterstützen, halten wir für den Fortbestand der Währungsunion auch weiterhin im

Grundsatz für sinnvoll, sofern in jedem Anwendungsfall verpflichtende strukturelle Reformmaßnahmen mit dem jeweiligen Empfängerland verbindlich vereinbart werden.

Hilfe des ESM nur zusammen mit Laufzeitverlängerung der Staatsanleihen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Gewährung von Finanzhilfen des Europäischen Stabilitätsmechanismus künftig stets mit einer automatischen Laufzeitverlängerung aller auf dem Markt befindlichen Staatsanleihen des betreffenden Landes einhergeht. So tragen auch die Gläubigerinnen und Gläubiger eines Staates, der Finanzhilfe benötigt, zu dessen finanzieller Erholung bei. Dadurch gibt es ähnlich den Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch im Euroraum einen Dreiklang aus Gläubigerbeteiligung, Anpassungsprogramm und Hilfskrediten. Voraussetzung dafür ist die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung; ist diese nicht gegeben, hilft am besten eine geordnete Staatsinsolvenz.

Automatische Sanktionen für den Stabilitäts- und Wachstumspakt

Wir Freie Demokraten wollen nach Überwindung der Coronakrise automatische Sanktionen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU durchsetzen. Denn die bestehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen funktionieren nicht. Schon vor der Coronakrise haben EU-Staaten laufend gegen die Euro-Stabilitätskriterien verstoßen, ohne dass es je zu finanziellen Sanktionen gekommen ist. Daher brauchen wir neue Regeln, die die EU-Staaten spürbar zu mehr Haushaltsdisziplin bewegen. Zentral ist für uns dabei, dass die Sanktionen bei Vorliegen weniger, objektiver Kriterien automatisch in Kraft treten. Denn wenn Sanktionen ständig aus politischen Gründen ausgesetzt werden, sind sie unglaubwürdig.

Strikte Konditionalität auch in einer Krise

Wir Freie Demokraten fordern bei Hilfsmaßnahmen in der EU einen harten und unverhandelbaren Rechtsstaatsmechanismus zur Einhaltung der gemeinsamen Werte. Die Umsetzung der Reformempfehlungen des Europäischen Semesters ist für uns ebenfalls Voraussetzung für Hilfsmaßnahmen, denn mehr Wettbewerbsfähigkeit ist nur durch Strukturreformen zu erreichen. Hilfen der Gemeinschaft dürfen auch in einer Krise keine „Einbahnstraße“ sein. Wir sind überzeugt, dass Hilfsmaßnahmen der Gemeinschaft auch in einer ökonomischen Krise eine Mitwirkung der betreffenden Mitgliedstaaten voraussetzen.

Rechenschaftspflicht und Transparenz der EU-Kommission

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Europäische Kommission dem Rat, dem Europäischen Parlament und der europäischen Öffentlichkeit zeitnah, regelmäßig und transparent berichtet, wie die Hilfsmaßnahmen umgesetzt und die betreffenden Auflagen durch die Mitgliedstaaten eingehalten werden. Die wirtschaftliche Erholung in allen Mitgliedstaaten und die Rückkehr aller Volkswirtschaften auf den Wachstumspfad sind wichtige Voraussetzungen für eine Fortsetzung und Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Die neuen Maßnahmen dürfen aber auch nicht dazu führen, dass wichtige Grundlagen der Europäischen Union und der Europäischen Währungsunion außer Kraft gesetzt werden.

Krisen-Hilfen möglichst frühzeitig beenden

Wir Freie Demokraten wollen, dass Krisen-Hilfsmaßnahmen möglichst früh beendet werden. Die Kredite, die die EU-Kommission hierzu am Kapitalmarkt aufgenommen hat, sollten sehr viel zügiger als bisher vorgesehen getilgt werden, sobald die wirtschaftliche Lage in der EU dies erlaubt. Die Kreditaufnahme der EU für Aufgaben des EU-Haushalts muss eine einmalige Ausnahme bleiben. Wir wollen, dass die Tilgung dieser ausnahmsweise kreditfinanzierten Haushaltsanteile schnellstmöglich erfolgt.

Gestaltung der Digitalisierung, des technologischen Fortschritts und der Mobilität der Zukunft

Nationale Küstenwache gründen

Wir Freie Demokraten wollen eine Nationale Küstenwache gründen. Nach der Zusammenführung der Aufgaben des Bundes in einem ersten Schritt soll die Integration der Landesaufgaben erfolgen. Küstenschutz bedeutet Schutz von Menschen, Tieren und Biotopen. Bis heute gibt es keine Organisationsstruktur, die bei Schiffsunfällen an Nord- und Ostsee schnell und effektiv eingreifen kann. Durch Doppelstrukturen und unklare Zuständigkeiten kommt es erfahrungsgemäß zu Verzögerungen im Ablauf. Das gefährdet im Ernstfall Leben und schafft unnötige Risiken; gerade auch für ökologisch sensible Gebiete wie das Weltnaturerbe Wattenmeer. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten bündeln.

Drohnen und Flugtaxis als Transportmittel der Zukunft

Wir Freie Demokraten wollen die Entwicklung von Drohnen und Flugtaxis in Deutschland und Europa unterstützen und den Einsatz auf eine rechtliche Grundlage stellen. Neue Transportmittel für Menschen und Waren können in der Kurzstreckenmobilität eine wichtige Alternative werden. In immer mehr praktischen Einsatzgebieten kommen Drohnen zum Einsatz. Dazu gehört neben dem Transport von eiligen Gütern wie etwa medizinischen Produkten auch der Transport von Menschen. Besonders der ländliche Raum hat Chancen auf eine schnellere und kostengünstigere Versorgung. Diese Entwicklung wollen wir unterstützen.

ÖPNV im ländlichen Raum – Vernetzung mit privaten Anbietern

Wir Freie Demokraten fordern eine flexible und bedarfsgerechte Organisation des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Als Ergänzung wollen wir eine intelligente Vernetzung öffentlicher und privater Verkehrsträger durch „Seamless Mobility“ und „Ridepooling“. Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung und den Zugang zu Bildung sowie Arbeit – gerade im ländlichen Raum.

Transparenz und Rechtsrahmen für neue Mobilitätsangebote

Wir Freie Demokraten fordern, die Mobilitätsdaten des öffentlichen Personenverkehrs (nah und fern) frei zugänglich zu machen. Mit einem modernen Rechtsrahmen wollen wir zugleich die Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel und die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle vorantreiben. Die Möglichkeit, verschiedene Mobilitätsangebote flexibel, einfach und verkehrsanbieterübergreifend nutzen und kombinieren zu können, ist ein wichtiger Bestandteil der Mobilität der Zukunft.

Versorgung mit Internet für jede und jeden sicherstellen

Wir Freie Demokraten wollen eine Versorgung mit schnellem Internet für jede und jeden sicherstellen. Die Versorgung mit Internet darf nicht weiterhin von der Kreditwürdigkeit und der Schnelligkeit des Netzanbieters nach einem Umzug abhängen.

Das Internet international als gemeinsamen Gestaltungsraum stärken

Wir Freie Demokraten verstehen das Internet als Ort grenzübergreifender gemeinsamer Zusammenarbeit im Rahmen einer friedlichen Nutzung. Wir wollen deshalb das „Internet Governance Forum“

(IGF) stärken und uns für die Aushandlung eines international verbindlichen „Cyberpeace“-Abkommens einsetzen. Sinnbildlich für die gemeinsame Arbeit an Regelungen für die friedliche Nutzung des Internets steht der Multi-Stakeholder-Ansatz des von den Vereinten Nationen getragenen IGF, der neben der politischen Ebene auch international relevante Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft einbezieht. Das schafft Transparenz und Vertrauen in vereinbarte Regeln. Als vertrauensbildende Maßnahme im Cyberraum wollen wir außerdem den gemeinsamen Austausch und die Unterstützung beim Aufbau defensiver Fähigkeiten sowie Notfallmaßnahmen (zum Beispiel sogenannter „Cyber Emergency Response Teams“) voranbringen.

Ausbau-Turbo für digitale Infrastruktur – innovative Verlegetechniken

Wir Freie Demokraten fordern einen Turbo beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. Wir wollen verstärkt auf innovative Verlegetechniken wie das „Micro Trenching“ setzen, um kostengünstig und zeitsparend voranzukommen. Als Hochtechnologieland braucht Deutschland endlich eine leistungsstarke Mobilfunk- und Breitbandversorgung in der Fläche. Menschen und Unternehmen benötigen heute oftmals gigabitfähige Verbindungen. Hierfür muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur dringend beschleunigt und ausgeweitet werden. Wir brauchen mehr Wettbewerb und weniger Bürokratie. So sollen gerade Projekte im ländlichen Raum und für Gewerbe attraktiver werden.

Transparenz und Teilhabe durch Open-Data und Open-Government

Wir Freie Demokraten fordern eine „Open Data“- und „Open Government“-Strategie für Deutschland. Nicht-unternehmensbezogene oder nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung sollen in maschinenlesbarer Form frei zugänglich gemacht werden. Das führt zu mehr Transparenz und einer größeren Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe für informierte Bürgerinnen und Bürger. Für Unternehmen können öffentlich zugängliche Daten wertvolle Informationen zu Absatzmärkten und Standortentscheidungen liefern und neuartige sowie attraktive Angebote für Kundinnen und Kunden ermöglichen. Daher sollten auch Ergebnisse staatlich finanzierter Forschung grundsätzlich öffentlich zur Verfügung gestellt werden („Open Access“). Dabei müssen Datenschutz und -sicherheit gewährleistet sein. Bei der Bereitstellung hochwertiger Daten für die kommerzielle Nutzung ist ein Lizenzsystem denkbar. Damit Bund, Länder, Kommunen und alle weiteren öffentlichen Stellen an einem Strang ziehen, fordern wir die Vereinbarung eines „Open Data Pakt“ zwischen allen staatlichen Ebenen.

Daten nutzbar machen und Datenkooperationen ermöglichen

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bessere wirtschaftliche Nutzarmachung und die Erleichterung der Ausübung von Selbstbestimmung über die eigenen Daten ein. Wir fordern deshalb die Ermöglichung und Einrichtung von Datenpools und Datendrehscheiben. Hierfür wollen wir rechtliche Hürden abbauen, die für die Zusammenführung von Daten und die Durchführung von Datenkooperationen bestehen. Datenpools, in denen qualitativ hochwertige Daten beispielsweise für das Training von Algorithmen oder die Auswertung durch „Data Scientists“ zusammengeführt werden, sind für Wirtschaft und Wissenschaft sowie gesellschaftsrelevante Innovationen elementar. Für Akteure, die nicht in gleicher Weise zum Aufbau von Datenpools beitragen können, aber dennoch am Austausch aufbereiteter Daten und aus Daten gewonnener Informationen interessiert sind, fordern wir sogenannte Datendrehscheiben. Der Austausch von Daten und der Zugang zu Informationen soll zu fairen, zumutbaren und diskriminierungsfreien Bedingungen ermöglicht werden.

Europäische Agentur für Sprunginnovationen

Wir Freie Demokraten fordern die Schaffung einer Europäischen Agentur für Sprunginnovationen. Diese soll besonders mutige und vorausschauende Innovationen fördern, indem sie Forschung und Entwicklung europaweit koordiniert und Rahmenbedingungen verbessert. Damit bringen wir Europa im Erfinderwettbewerb mit Asien und den USA wieder nach vorne.

Chancen der künstlichen Intelligenz (KI) durch Bildung vermitteln

Wir Freie Demokraten wollen das Thema „Künstliche Intelligenz“ (KI) in die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer integrieren und KI-Hubs an Universitäten und Hochschulen schaffen. Durch eine breite Wissensvermittlung über KI auf allen Ebenen der lebenslangen Bildungsbiographie sollen alle Bürgerinnen und Bürger die Chancen dieses Zukunftstrends nutzen können. Vorurteile können abgebaut werden. Damit fördern wir Innovationen, neue Geschäftsmodelle und Talente.

Risikobasierte Algorithmenkontrolle: Transparenz und zielgerichtete Regeln

Wir Freie Demokraten wollen bei der Regulierung von künstlicher Intelligenz mehr Transparenz und einen risikobasierten Ansatz für passgenaue Regeln auf europäischer Ebene. Algorithmische Entscheidungssysteme haben bereits heute einen starken Einfluss auf jede Einzelne und jeden Einzelnen sowie auf unsere Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, in die Forschung von „Explainable Artificial Intelligence“ zu investieren und Entscheidungen von algorithmischen Entscheidungssystemen so für alle Betroffenen besser begreifbar zu machen.

Stiftung für künstliche Intelligenz

Wir Freie Demokraten schlagen die Gründung einer „Stiftung Künstliche Intelligenz (KI)“ vor. Sie soll gezielt in die Entwicklung KI-basierter Dienste und Technologien für Bürgerinnen sowie Bürger und den Mittelstand sowie zur Modernisierung der Verwaltung investieren. Die Stiftung soll unsere Stärken bündeln, Synergien schaffen und Anreize für die intensivere Forschung sowie Entwicklung dieser wichtigen Zukunftstechnologien unterstützen. Dadurch ergeben sich auch starke Impulse für die Forschungs- und Start-up-Landschaft in unserem Land.

Digitalisierung als Chance für die Gleichberechtigung nutzen

Wir Freie Demokraten wollen Digitalisierung als Chance für mehr Gleichberechtigung nutzen. Digitale Teilhabe ist der Schlüssel zu mehr Selbstbestimmtheit und Chancenverwirklichung. Wir wollen Mädchen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) begeistern, Frauen für digitale Berufe gewinnen sowie Homeoffice und Jobsharing stärken. Das trägt dazu bei, sich aus veralteten Rollenbildern zu lösen, die digitale Transformation und Zukunft aktiv mitzugestalten und Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Davon können besonders Frauen im ländlichen Raum profitieren.

Liberaler Demokratie, vielfältige Bürgergesellschaft und Garantie eines handlungs- und durchsetzungsfähigen Rechtsstaats

EU-US Privacy Shield neu verhandeln

Wir Freie Demokraten fordern eine schnelle Neuverhandlung des „EU-US Privacy Shields“. So können wir eine rechtssichere Lösung für den transatlantischen Datenverkehr finden, die keine Abstriche beim Grundrechtsschutz macht. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat den „EU-US Privacy Shield“ im Juli 2020 für ungültig erklärt. Seitdem gibt es im transatlantischen Wirtschaftsverkehr erhebliche Unsicherheiten und Erschwernisse. Unternehmen benötigen dringend und schnell einen verlässlichen Rechtsrahmen für den Datenaustausch im internationalen Wirtschaftsverkehr.

BSI unabhängig vom BMI machen

Wir Freie Demokraten wollen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) lösen. Es soll als nationale Cybersicherheitsbehörde möglichst dem neuen Ministerium für Digitale Transformation zugeordnet werden. Sonst werden Unternehmen davon abgehalten, ihre Sicherheitslücken dem BSI zu melden. Denn das weisungsgebende BMI versucht gleichzeitig, Schwachstellen von IT-Systemen zur Durchführung von Online-Durchsuchungen und Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) auszunutzen. Wir wollen diesen Interessenkonflikt beenden und dadurch für mehr IT-Sicherheit sorgen.

Strafrecht muss Ultima Ratio bleiben

Wir Freie Demokraten wollen eine Expertinnen- und Expertenkommission einsetzen, die die Straftatbestände auf Praktikabilität, Bedeutung und auch auf Wertungswidersprüche prüft. Abgeschafft werden sollten Delikte, welche die Behörden aufgrund ihrer großen Zahl besonders belasten, aber einen geringen Schaden verursachen und eher zivilrechtlicher Natur sind, aber auch opferlose Straftatbestände (wie zum Beispiel der Besitz geringer Mengen weitverbreiteter weicher Drogen zum Eigenkonsum). Ebenso Delikte, die manchmal nur moralischen Unwert bestrafen. Denn das Strafrecht ist das schärfste Schwert des Rechtsstaates und darf nur als Ultima Ratio eingesetzt werden.

Pro-bono-Mandate erleichtern

Wir Freie Demokraten wollen Pro-bono-Mandate erleichtern. Hierzu soll es Anwältinnen und Anwälten künftig gestattet sein, den Verzicht auf ein Honorar schon bei Annahme eines Mandats zu erklären. Das ist in vielen Staaten üblich, doch in Deutschland ist es Anwältinnen und Anwälten bisher aber untersagt und darf erst nach der Erledigung des Auftrags geschehen. Eine rechtssichere Übernahme von Pro-bono-Fällen ist daher nicht möglich. Eine liberale Gesellschaft sollte der gemeinnützigen Arbeit von Anwältinnen und Anwälten keine Steine in den Weg legen, sondern sie durch Rechtssicherheit unterstützen.

Resozialisierung von Strafgefangenen

Wir Freie Demokraten fordern einen moderneren Ansatz bei der Aufgabenbewältigung der Resozialisierung von Strafgefangenen. Dazu gehören auch Angebote von Gründerkursen in den Justizvollzugsanstalten.

Öffentlichen Dienst attraktiver und flexibler machen – auch für IT-Fachkräfte

Wir Freie Demokraten wollen den Wechsel zwischen der Privatwirtschaft und dem Öffentlichen Dienst vereinfachen, etwa durch eine Ausweitung des Altersgeldes. Außerdem wollen wir Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst ausbauen, um ihn attraktiver zu machen. Außerdem brauchen wir eine eigene IT-Laufbahn im Öffentlichen Dienst. Sonst wird es die öffentliche Hand nicht schaffen, qualifizierte Beschäftigte in ausreichender Zahl zu finden.

Aufstiegsfreundliche öffentliche Verwaltung

Wir Freie Demokraten fordern eine moderne Verwaltung, die bürgerfreundlich und effizient, gleichzeitig unparteiisch und professionell ist. Die Bedeutung der Anzahl der Dienstjahre für die Bezahlung von Beschäftigten der Verwaltung ist zugunsten leistungsbezogener Elemente abzusenken. Durch eine ausdifferenzierte Vergütungsstruktur sind mehr Aufstiegschancen zu schaffen. Auch projektbezogene Mehr- und Sonderarbeit und Zuschläge für besondere Aufgaben sind verstärkt zu nutzen. Personen mit besonderer Expertise, zum Beispiel in der IT, sollen durch eine flexiblere Vergütung und attraktive Spezialistenlaufbahnen verstärkt für den öffentlichen Dienst gewonnen werden. Die Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst müssen mehr Flexibilität zulassen und Sabbaticals verstärkt ermöglicht werden. Homeoffice und mobiles Arbeiten sollen auch nach der Coronapandemie unkompliziert möglich sein. Die notwendige IT-Ausstattung für Homeoffice oder mobiles Arbeiten muss den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bereitgestellt werden.

Englisch als zweite Verwaltungssprache ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen Englisch neben Deutsch als zusätzliche Verwaltungssprache in Behörden ermöglichen. Damit erleichtern wir international agierenden Unternehmen die Tätigkeit in Deutschland und vereinfachen die Gründung neuer Unternehmen sowie Behördengänge für Bürgerinnen und Bürger aus anderen EU-Mitgliedstaaten.

Internetregulierung auf Bundesebene regeln

Wir Freie Demokraten fordern, dass der Bund die Gesetzgebungskompetenz für die gesamte Regulierung von Telemedien erhält. Bisher ist die Regulierung von Internetangeboten (Telemedien) zwischen Bund und Ländern geteilt. Dies führt immer wieder zu Abgrenzungsproblemen. Die inhaltliche Regulierung von auch weltweit abrufbaren Internetangeboten liegt bei den Ländern, während technische und wirtschaftliche Zusammenhänge in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Diese Zersplitterung der Zuständigkeiten ist nicht mehr zeitgemäß. Deshalb wollen wir sie ändern.

Gewalt im Internet effektiv bekämpfen

Wir Freie Demokraten fordern, der Bekämpfung von Gewalt im Internet Priorität einzuräumen. Ergänzend zu spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz sowie Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollen in allen Bundesländern elektronische Verfahren zur Stellung von Strafanzeigen, die auch anonyme Anzeigen sowie Anzeigen von Nichtregierungsorganisationen zulassen, eingeführt werden und über Zentralstellen laufen. Um Straftaten insbesondere gegenüber Frauen besser zu bekämpfen, müssen geschlechterspezifische digitale Straftaten in Kriminalitätsstatistiken aufgenommen werden. So können konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet und umgesetzt werden. Wir wollen die Opfer von Gewalt im Internet und von Hasskriminalität in die Lage versetzen, sich zu wehren, indem sie einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider erhalten. Mit Medienbildung bei Kindern und Jugendlichen sowie Weiterbildungen und Schulungen für Polizei und Justiz möchten wir Betroffene besser unterstützen.

Gesetze, Verordnungen und Erlasse maschinenlesbar bereitstellen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Gesetze, Verordnungen, Erlasse und deren Ausführungsbestimmungen in maschinenlesbarer Form veröffentlicht werden und den Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Das Grundgesetz krisenfest machen

Wir Freie Demokraten wollen den Schutz des Verfassungsgerichts stärken, indem wir grundlegende Regelungen zur Amtszeit, Wahl und Anzahl der Bundesverfassungsrichter sowie zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (BVerfGG) in das Grundgesetz aufnehmen. Das Grundgesetz, verfasst unter dem Eindruck der Erfahrungen aus der gescheiterten Weimarer Republik, ist im Großen und Ganzen krisenfest. Nicht zuletzt dank der starken Stellung der Länder im Staatsgefüge, die der Übermacht einer wie auch immer gearteten Zentralgewalt entgegensteht, ist Deutschland besser gegen Demokratiekrise gewappnet als andere Länder. Die Entwicklungen in Polen und Ungarn haben vor Augen geführt, wie eine Regierung bereits mit einfacher Mehrheit unsere Demokratie umgestalten könnte, um ihre Macht dauerhaft zu sichern. Darum wollen wir zusätzliche Regelungen in die Verfassung aufnehmen, die sich in der bundesdeutschen Geschichte als elementar für unsere demokratische Grundordnung bewährt haben.

Das Parlament stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Kontrollfunktion des Bundestages gegenüber der Bundesregierung stärken. Internationale Entscheidungsprozesse dürfen für die Exekutive keine Ausrede sein, das Parlament auszuhebeln. Jeder internationale Gipfel oder jede Konferenz mit den Bundesländern, die wesentliche Entscheidungen beinhaltet, braucht eine Vorbereitungs- und eine Nachbereitungsdebatte im Bundestag. Das Instrument der Regierungsbefragung als „Stunde der Opposition“ muss mit freier Themenwahl, Ausweitung des Zeitbudgets, Antwort durch die zuständige Ministerin oder den zuständigen Minister und qualitativen Mindeststandards aufgewertet werden. Zudem soll die Bundeskanzlerbefragung regelmäßig erfolgen sowie auf Antrag einer qualifizierten Minderheit von 25 Prozent möglich sein.

Transparente Entscheidungsfindung zur Stärkung demokratischer Beratungsprozesse

Wir Freie Demokraten stärken die Bedeutung der Wissenschaften für eine sachliche Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. Wir bekennen uns zum wichtigen Beitrag der Wissenschaften in demokratischen Beratungsprozessen, um faktenbasierte, redliche und vernünftige Entscheidungen zu ermöglichen. In unserer lernenden Demokratie sind wissenschaftliche Erkenntnisse eine unverzichtbare Grundlage, aber niemals ein Ersatz von politischer Debatte, Entscheidung und politischem Interessenausgleich. Technokratische Vorstellungen von einer Herrschaft der Expertinnen und Experten sind zutiefst undemokratisch. Wir lehnen sie ab. Vielmehr dienen wissenschaftliche Beiträge der demokratischen Aufklärung von Fakten, Optionen und Szenarien. Fortschritt entsteht gerade auch aus Widerspruch, Zweifeln und kritischer Diskussion. Deshalb müssen wir die Wissenschaften vor Vermachtung und (Selbst-)Politisierung schützen. Als Beitrag zur Versachlichung öffentlicher Meinungsbildung schlagen wir vor, Expertinnen- und Experten-Anhörungen in Parlamenten regelmäßig öffentlich zu übertragen. Das gilt auch für Anhörungen von Enquete-Kommissionen. Die Vielfalt der Beiräte in der Bundespolitik wollen wir auf den Prüfstand stellen, um sie neu und sinnvoll an Kriterien der Versachlichung, der Transparenz und der Priorität der Beratung von Parlamenten, nicht von Regierungen, ausrichten zu können. In umstrittenen Fragen sollten verstärkt Verfahren der gemeinsamen Faktenklärung („Joint Fact Finding“) durchgeführt werden.

Direkte Demokratie auf Ebene von Ländern und Kommunen erproben

Wir Freie Demokraten wollen die Kommunen stärken und ihnen möglichst viel Handlungsspielraum einräumen, um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Entscheidungen vor Ort direkt zu beeinflussen und so politisches und demokratisches Engagement zu stärken und zu fördern. Als Freie Demokraten steht für uns die repräsentative Demokratie im Zentrum. Nur sie ermöglicht eine Kompromissfindung. Die Erfahrungen mit dem Brexit haben die Nachteile der direkten Demokratie vor Augen geführt. Denn im Rahmen von parlamentarischen Verfahren haben Minderheiten mehr Chancen, ihre berechtigten Minderheiteninteressen einfließen zu lassen. Differenzierte Aushandlungs- und Kompromissprozesse lassen sich in Volksabstimmungen jedenfalls nicht in der Weise abbilden. Darum bleiben Elemente direkter Demokratie auf Bundesebene für uns nur in den im Grundgesetz vorgesehenen Ausnahmefällen eine Option. Gleichzeitig respektieren wir es, wenn Länder und Kommunen verstärkt von diesen Instrumenten Gebrauch machen, und wollen deren Erfahrungen auswerten.

Kommunalpolitikerinnen und -politiker besser vor Angriffen schützen

Wir Freie Demokraten fordern einen besseren Schutz für Kommunalpolitikerinnen und -politiker vor Angriffen. Denn körperliche Attacken, Bedrohungen und Beleidigungen haben in den letzten Jahren immer weiter zugenommen. Als demokratische Gesellschaft dürfen wir das nicht akzeptieren. Das Engagement dieser Menschen verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Die Polizeibehörden müssen daher stärker sensibilisiert sein, aktiv auf die Gefährdeten zugehen und ihnen präventiv Beratung und Unterstützung anbieten. Darüber hinaus muss die Justiz in den Bundesländern personell besser ausgestattet werden, damit auf Taten schnell Konsequenzen folgen. Die Einrichtung von Ombudspersonen, an die sich Opfer von Gewalt und Drohungen wenden können, kann zudem zusätzliche Sicherheit vermitteln.

Aufarbeitung des NS-Unrechts fortsetzen

Wir Freie Demokraten wollen das Personal der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen aufstocken. Aufgrund des Alters möglicher Täter ist die Arbeit zu beschleunigen. Wir fordern mittelfristig eine Stiftung zur Dokumentation der Aufarbeitung des NS-Unrechts in Deutschland. Die Aktenbestände der Zentralstelle sollen der Wissenschaft dann als Archiv zugänglich gemacht werden. Damit sichern wir die fortgesetzte Aufarbeitung des NS-Unrechts.

Doppelte Staatsangehörigkeit

Wir Freie Demokraten wollen, dass Menschen grundsätzlich eine doppelte Staatsangehörigkeit besitzen können; allerdings bis maximal durch die Enkelinnen und Enkel der Ersteingebürgerten. Dies soll nicht gelten, wenn die zweite Staatsangehörigkeit die eines Mitgliedstaates der EU ist oder wenn es nicht zumutbar ist, ohne rechtliche oder wirtschaftliche Nachteile auf sie zu verzichten. Grundsätzlich sollen alle Herkunftsländer außerhalb der EU im Staatsangehörigkeitsrecht gleichbehandelt werden. Personen, die ihre zweite Staatsangehörigkeit aus rechtlichen Gründen nicht ablegen können, müssen ihre deutsche Staatsbürgerschaft ebenfalls behalten oder sie erwerben können. Einwanderinnen und Einwanderer müssen zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern werden können, ohne ihre Wurzeln und etwa Eigentum in ihrem Herkunftsland aufgeben zu müssen.

Einbürgerungsfeiern für ein weltoffenes und integrierendes Deutschland

Wir Freie Demokraten fordern die flächendeckende Durchführung von Einbürgerungsfeiern mit einheitlichem Konzept und unter Verwendung der Symbole der Bundesrepublik. Dabei sollen das Grundgesetz überreicht und unsere Nationalhymne gespielt werden. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Neubürgerinnen und Neubürger und zugleich für die Bundesrepublik Deutschland. Denn mit ihrer Einbürgerung bekennen sich Menschen nicht nur zum Grundgesetz, unser Land bekennt sich mit einem feierlichen Willkommen auch zu seinen Neubürgerinnen und Neubürgern. Wir stehen im globalen Wettbewerb um Talente, die wir auch als alternde Gesellschaft dringend brauchen. In vielen Ländern wird die Einbürgerung neuer Bürger gefeiert. Das stärkt den Respekt vor der Staatsangehörigkeit und dem Grundgesetz und damit unsere freie Gesellschaft.

Europäische Asylagentur schaffen

Wir Freie Demokraten wollen das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu einer europäischen Asylagentur weiterentwickeln. Diese soll in europäischen Aufnahmezentren an den Hauptankunftsstellen sowie möglichst bereits in Hotspots in den Herkunfts- und Transitländern eine Vorprüfung in einem zügigen und fairen Verfahren durchführen. Auch Registrierungen, Sicherheitskontrollen, Identitäts- und Gesundheitschecks sollen dort durchgeführt werden. Bei der Verteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollen Faktoren wie familiäre Bindungen, Ausbildung, Sprachkenntnisse und dergleichen eine entscheidendere Rolle spielen.

Für humanitäre Schutzzonen

Wir Freie Demokraten fordern die Einrichtung humanitärer Schutzzonen unter der Aufsicht der UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) und/oder der EU im Einvernehmen mit

den jeweiligen Staaten und mit EU-Finanzierung. In solchen offenen Schutzzonen sollen Flüchtlinge vor bewaffneten Konflikten, Gewaltanwendung und anderen Menschenrechtsverletzungen sicher sein. Insbesondere in Nordafrika können solche Zonen dazu dienen, ankommende Flüchtlinge von den derzeit teils unmenschlichen Bedingungen zu befreien und ihnen vorübergehend Obhut zu bieten. Außerdem könnten dort, nach Vorbild der EU-Hotspots, noch vor einer Einreise nach Europa Asylverfahren durchgeführt werden, nach deren Abschluss Schutzberechtigte auf legalem und geordnetem Weg nach Europa einreisen und auf die Mitgliedstaaten verteilt werden können.

Schutz und Förderung für nationale Minderheiten

Wir Freie Demokraten unterstützen die besonderen Rechte und den Schutz der Kultur der nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland: der dänischen Minderheit, friesischen Volksgruppe, des sorbischen/wendischen Volkes sowie den deutschen Sinti und Roma. Wir sprechen uns unter anderem für eine aktive Sprachförderung, die umfassende Anwendung der öffentlichen Zweisprachigkeit in den entsprechenden Siedlungsgebieten und die Berücksichtigung bei digitalen Medienangeboten aus. Zudem wollen wir im deutschen Namensrecht sprachkulturelle Merkmale wie weibliche sorbische Familiennamen ermöglichen. Das finanzielle Engagement des Bundes für die Stiftung für das sorbische Volk zur Bewahrung und Entwicklung sowie Förderung und Verbreitung von Sprache, Kultur und Traditionen wollen wir fortsetzen.

Sicherung unserer Sozialsysteme und Zukunftschancen für Jung und Alt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels

Reform des Medizinstudiums für beste medizinische Versorgung

Wir Freie Demokraten wollen das Medizinstudium von heute an die Herausforderungen von morgen anpassen. Deshalb fordern wir die schnelle Umsetzung der bereits breit diskutierten Novellierung der Ärztlichen Approbationsordnung. Nur mit einem praxisnahen, wissenschaftlich fundierten und optimal auf die Bedarfe der Patientenversorgung abgestimmten Medizinstudium kann das Gesundheitssystem zukunftsfähig gemacht werden. Exzellente Versorgung geht Hand in Hand mit exzellenter Ausbildung.

Reform der Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Gebührenordnung zur Abrechnung privatärztlicher Leistungen endlich reformiert wird. Auch die Gebührenordnung der Zahnärzte ist reformbedürftig. Wir setzen uns für eine moderne, der Therapiefreiheit verpflichtete neue Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte ein.

Moderne Reha

Wir Freie Demokraten wollen die medizinische und berufliche Rehabilitation stärken und modernisieren. Eine gute Versorgung mit Rehabilitationsangeboten ist von hoher Bedeutung, um das Leben nach Unfällen und Erkrankungen privat wie beruflich so selbstbestimmt wie möglich leben zu können. Durch Rehabilitation wieder in den Beruf einsteigen zu können, ist für alle Seiten besser und auch günstiger als eine durch geeignete Rehabilitationsmaßnahmen vermeidbare Erwerbsminderungsrente. Auch die längere Lebensarbeitszeit erfordert die Stärkung der Rehabilitation. Die Deckung des Reha-Budgets in der Rentenversicherung halten wir daher für nicht mehr zeitgemäß. Hier muss die Deutsche Rentenversicherung (DRV) zu modernen Steuerungsmechanismen nach Rehabilitationsbedarf und -prognose kommen. Beratung und Leistungsgewährung müssen zudem wohnortnah und bürokratieärmer gestaltet sein. Auch die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung und Online-Beratung sollen auch in der Rehabilitation stärker Verbreitung finden. Die DRV und Bundesagentur für Arbeit sollen künftig enger zusammenarbeiten, damit die Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt noch erfolgreicher gelingt. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass bis 2030 bis zu 400.000 Menschen zusätzlich von innovativen Angeboten der Rehabilitation geholfen werden könnte.

Stärkung der mobilen geriatrischen Rehabilitation

Wir Freie Demokraten fordern die Stärkung von Angeboten der mobilen geriatrischen Rehabilitation. Ziel ist es, ältere Menschen nach einer Erkrankung in ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben zurückzuführen und eine dauerhafte Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Um individuell auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten eingehen zu können und die Genesung in der gewohnten häuslichen sowie familiären Umgebung zu ermöglichen, muss das Versorgungsangebot ausgebaut werden.

Jedem Kind einen gesunden Start ins Leben ermöglichen – Vorsorge und Kinder- sowie Jugendmedizin stärken

Wir Freie Demokraten fordern, dass jedes Kind ab der Geburt unabhängig von seiner sozialen Herkunft Zugang zu einer guten Vorsorge und Versorgung hat. Die Grundsteine für die gesundheitliche Entwicklung werden früh gelegt. Rechtzeitige Früherkennung und ein schneller Beginn notwendiger Therapien sind essenziell. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern müssen dabei berücksichtigt werden. Eine solide Finanzierung der Pädiatrie muss sichergestellt sein. Zudem wollen wir erreichen, dass sich mehr junge Menschen für den Arztberuf und eine Spezialisierung auf die Kinder- und Jugendmedizin entscheiden.

Psychische Gesundheit: Aufklärung an Schulen starten

Wir Freie Demokraten wollen eine verstärkte Aufklärung über psychische Gesundheit an Schulen. Außerdem fordern wir eine Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Entstigmatisierung psychischer Krankheiten. Die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen führt dazu, dass Menschen zu spät eine Behandlung beginnen, unter Diskriminierung leiden und langsamer genesen. Aufklärung erleichtert es den Betroffenen, sich frühzeitig Hilfe zu holen und so schneller zu genesen.

Sprechen wir über Sex

Wir Freie Demokraten wollen die sexuelle Aufklärung an Schulen stärken und die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten verbessern. Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Identität, der sexuellen Selbstbestimmung, zum Konsens sexueller Handlungen und zur Prävention von Missbrauch müssen in der Schule viel stärker thematisiert werden. Ziel ist es, junge Menschen zur selbstbestimmten Wahrnehmung der eigenen und zur Achtung fremder sexueller Autonomie zu befähigen.

Bessere Empfängnisverhütung für alle

Wir Freie Demokraten wollen Empfängnisverhütung für alle Geschlechter besser machen. Deshalb wollen wir die Forschungsförderung für Verhütungsmittel anheben. Neue Verhütungsmittel können so auf den Markt kommen und auch die Nebenwirkungen bereits existierender Mittel können deutlich reduziert werden. Damit Verhütung gleichberechtigter und besser wird, brauchen wir neue und verbesserte Verhütungsmittel.

Sexuelle Selbstbestimmung – digitales Verzeichnis zur einfachen Arztwahl

Wir Freie Demokraten wollen ein digitales Verzeichnis einführen, in das sich Ärztinnen und Ärzte sowie Einrichtungen, die Sterilisationen auch bei jungen und kinderlosen Frauen vornehmen, freiwillig eintragen lassen können. Vor allem junge kinderlose Frauen finden oftmals nicht die Möglichkeit, ihren Wunsch nach einer Sterilisation zu verwirklichen, obwohl es rechtlich problemlos möglich ist. Wir vertrauen in die Mündigkeit von volljährigen Frauen sowie Männern und möchten ihnen den Weg zu einer von ihnen gewünschten Sterilisation deshalb erleichtern.

Mehr Gendermedizin für maßgeschneiderte und effiziente Behandlungen

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Gendermedizin zwingend Teil des Medizinstudiums und der Ausbildung in den Gesundheitsberufen wird. Curricula und Fortbildungen aller Gesundheitsberufe müssen die geschlechterspezifische Medizin berücksichtigen. Zudem müssen Geschlechterunterschiede bei Forschungsprojekten und bei der Erstellung von Leitlinien besser einbezogen werden. In Deutschland ist die Gendermedizin in Forschung und Lehre unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern.

Würdevoller Umgang mit Sternenkindern – Recht auf Bestattung

Wir Freie Demokraten wollen die Abschaffung der rechtlichen Unterscheidung zwischen Tot- und Fehlgeburten sowie ein Recht der Eltern auf Bestattung ihrer Sternen Kinder auf Wunsch eines Elternteils. Das Recht muss unabhängig vom Gewicht, von der Schwangerschaftsdauer und der Todesart bestehen. Die gegenwärtige Rechtslage nimmt eine Trennung von Tot- und Fehlgeburten vor, die keine Entsprechung im Empfinden der Eltern findet, die stets den Verlust ihres Kindes betrauern. Insbesondere die Verweigerung der Bestattung und die Behandlung als medizinischen Abfall wird als pietätlos empfunden. Im Interesse der Eltern wollen wir einen würdevollen Rechtsrahmen schaffen.

Schutz vor K.-o.-Tropfen

Wir Freie Demokraten fordern, dass frei verkäufliche Lösungsmittel, die wie K.-o.-Tropfen wirken, nur noch mit dem Zusatz von Bitterstoffen verkauft werden dürfen. So wird das Lösungsmittel Gamma-Butyrolacton verwendet, um zumeist Frauen in einen willenlosen Zustand zu versetzen und zu missbrauchen. Durch den Zusatz von Bitterstoffen könnte ein Teil der Verbrechen verhindert werden, da kaum jemand mehr die Tropfen unbemerkt – etwa in seinem Getränk – zu sich nehmen würde.

Rauchen im Auto im Beisein Minderjähriger verbieten

Wir Freie Demokraten wollen das Rauchen im Auto im Beisein minderjähriger Personen verbieten. Passivrauchen ist gesundheitsschädlich. Im Auto besteht anders als in der Öffentlichkeit keine Möglichkeit, sich dem Passivrauchen zu entziehen. Während wir bei Erwachsenen annehmen können, dass sie sich des Risikos bewusst sind und sich diesem entziehen können, ist dies bei Minderjährigen oftmals nicht der Fall. Deshalb ist zum Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ein Verbot erforderlich.

Freigabe von Snus und Mentholzigaretten

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Reform der EU-Tabakrichtlinie ein. Das Verbot von Snus und Mentholzigaretten sowie Tabakprodukten mit Aromastoffen wollen wir aufheben. Dennoch sind wir uns der Gefahren des Tabakkonsums bewusst. Deshalb unterstützen wir Aufklärungs- und Warnhinweise und setzen uns für den Ausbau von Präventionsprogrammen und Suchtberatungsstellen ein. Verbote lehnen wir aber ab. Der Staat ist nicht zum Sitten- und Gesundheitswächter über seine Bürgerinnen und Bürger berufen. Wir vertrauen auf mündige Verbraucherinnen und Verbraucher.

Gesundheitskompetenz 4.0: Chancen der Digitalisierung in der Medizin nutzen – Patienten und medizinisches Personal bestmöglich schulen

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass der Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung leisten kann. Um die Potentiale und Vorteile digitaler Gesundheitsleistungen für Patienten und medizinisches Personal voll ausschöpfen zu können, wollen wir alle Akteure im Gesundheitswesen in die Lage versetzen, E-Health-Anwendungen zu verstehen. Für Patientengruppen, die besondere Schwierigkeiten bei der Anwendung digitaler Medien haben, wollen wir spezielle Angebote schaffen, um sie systematisch zu unterstützen. Denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern muss stets ausgehend von Patientinnen und Patienten gedacht werden und die bestmögliche Versorgung absichern. Die digitale Transformation der Medizin führt auch zu einer Veränderung des Berufsbildes von Versorgenden. Wir Freie Demokraten wollen den Ärztinnen sowie Ärzten und dem medizinischen Personal alle Kompetenzen und Qualifikationen an die Hand geben, um moderne Kommunikations- und Kooperationsformen sowie digitale Tools in ihren Versorgungsalltag einzubinden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt aus unserer Sicht in der Qualifizierung durch eine entsprechend veränderte Aus-, Weiter- und Fortbildung.

Potentiale der Gesundheitsdaten entfalten

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und den Forschungsstandort Deutschland stärken. Im Rahmen der Digitalisierung im Gesundheitswesen werden wichtige Daten zum individuellen Gesundheitszustand der Patientinnen und Patienten gesammelt. Diese Daten bilden ein enormes Potential für die Gesundheitsforschung in unserem Land. Durch künstliche Intelligenz können aus Gesundheitsdaten Krankheitsbilder wie Tumorerkrankungen sowie seltene Erkrankungen frühzeitig erkannt und personalisiert behandelt werden. Wir fordern daher, dass die Nutzung von Gesundheitsdaten grundsätzlich vollständig ermöglicht und die Datenspende auch für die private Forschung nutzbar gemacht wird. Dabei bedarf es jeweils der Einwilligung der Patientin oder des Patienten oder des Ausschlusses der Rückverfolgbarkeit des Personenbezugs.

Haftung von Akteuren im Gesundheitswesen bei der Anwendung von digitalen Gesundheitsinnovationen klären

Wir Freie Demokraten fordern, dass hinsichtlich der Haftung von Leistungserbringern bei der Verwertung und Weitergabe von digitalisierten Patientendaten endlich Klarheit geschaffen wird. Akzeptanz für Innovationen kann nur geschaffen werden, wenn es klare Spielregeln gibt, wann und wo welche Sorgfaltspflichten gelten. Wir streben hier eine faire Regelung für Anwenderinnen und Anwender sowie Herstellerinnen und Hersteller von digitalen Innovationen im Gesundheitsbereich an.

Chief Medical Officer – global besser auf zukünftige Gesundheitsgefahren vorbereiten

Wir Freie Demokraten wollen einen „Chief Medical Officer“ einsetzen, zum Beispiel in Personalunion mit der Präsidentin oder dem Präsidenten des Robert-Koch-Instituts (RKI). Zudem muss der Bundessicherheitsrat reformiert werden, damit Deutschland auf aufkommende Krisen besser reagieren kann. Wir wollen die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Konzept „Health in all Policies“ sowie Gesundheitssysteme weltweit stärken und einen neuen Nationalen Sicherheitsrat einrichten. Damit wollen wir auch global besser auf zukünftige Gesundheitsgefahren vorbereitet sein.

Nachhaltige Gesundheit durch „One Health“

Wir Freie Demokraten wollen regionale, nationale und internationale transdisziplinäre Zusammenarbeit für die ganzheitliche Gesundheit für Mensch, Tier und Natur. Eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Humanmedizin, Tiermedizin und Umweltmedizin ist erforderlich. Ebenso ein wirtschaftliches Anreizsystem für ein nachhaltiges „One Health Unternehmertum“. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der die weltweiten Bedrohungen durch Epidemien und Pandemien sektorenübergreifend erforscht werden müssen.

Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Gesundheitswesen

Wir Freie Demokraten fordern Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Gesundheitswesen. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen. Für eine nachhaltige Produktion medizinischer Instrumente und Bedarfsmaterialien sollen zukünftig mehr recycelte Kunststoffe verwendet werden; sogenannte „Medical Grade Plastics“. Wir wollen Medizintechnikunternehmen Anreize geben, neue Technologien zu nutzen und zum Beispiel den Einsatz von Biokunststoffen in der Verarbeitung zu Medizinprodukten zu verwenden. Wo medizinisch und hygienisch möglich, soll Verpackungsmüll reduziert werden, zum Beispiel durch die Verwendung von Großgebinden für regelmäßig benötigte Materialien sowie das Weglassen von Umverpackungen. Der Anteil an biologisch abbaubaren Reinigungsmitteln kann deutlich erhöht werden. Verfahrensabläufe sollen auf ihre tatsächliche Notwendigkeit überprüft werden. Die Möglichkeiten des seit 2016 gültigen E-Health-Gesetzes sollen optimal genutzt werden. Analoges Röntgen wollen wir wegen der dazu notwendigen Chemikalien und Verbrauchsgüter durch digitales Röntgen flächendeckend ersetzen. Förderprogramme für Digitalisierung und Förderung der Nachhaltigkeit im medizinischen Sektor müssen ausgebaut werden.

Gesundheit global denken

Wir Freie Demokraten treten für eine stärkere multilaterale Zusammenarbeit und Koordination in der globalen Gesundheitspolitik ein. Denn das ist wegen drängender Gesundheitsprobleme wie Infektionskrankheiten, Antibiotikaresistenzen sowie Todesfällen und Erkrankungen aufgrund von globaler Erwärmung, Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzungen unerlässlich. In unserer vernetzten Welt kann Gesundheit und Wohlergehen nicht mehr allein auf nationaler Ebene gesichert werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nimmt hierfür eine zentrale Rolle ein. Sie stellt eine unverzichtbare fachliche Kompetenz für die internationale Gemeinschaft zur Verfügung und muss in ihrer Ausstattung und ihrem Mandat als koordinierende Organisation der globalen Gesundheit gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der aktuell zu bewältigenden Pandemie und zukünftiger gesundheitlicher Herausforderungen kommt der Rolle der EU und Deutschlands in der globalen Gesundheitspolitik große Bedeutung zu. Die EU-Strategie zur globalen Gesundheit muss aktualisiert und mit der außenpolitischen Strategie verknüpft werden. Um Schwächen der Koordinierung und Kohärenz in der globalen Gesundheitspolitik Deutschlands zu reduzieren und entschlossen die Globale Gesundheitsagenda national und international zu bespielen, setzen wir uns für eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle ein. Außerdem wollen wir einen Aktionsplan „Globale Gesundheit“, um Ziele und Prioritäten umzusetzen. Nur so kann Deutschland mehr Verantwortung in der globalen Gesundheitspolitik übernehmen. Der Schwerpunkt des deutschen Engagements muss auf der Stärkung von Gesund-

heitssystemen liegen, sodass Menschen überall auf der Welt, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, gleichberechtigten Zugang zu bedarfsgerechten Gesundheitsdienstleistungen haben. Hierfür halten wir es für erforderlich, dass alle Akteure – also staatliche, zivilgesellschaftliche, akademische und privatwirtschaftliche – konstruktiv zusammenarbeiten und nachhaltige Lösungen entwickeln. Wir wollen einen Wandel in der globalen Gesundheitspolitik hin zu mehr Gesundheitsförderung. Hierfür wollen wir digitale Systeme nutzen, um die Transformation von einer reaktiven Therapie zu einer proaktiven Prävention von Krankheiten zu unterstützen. Digitale Technologien können die weltweite Gesundheitsversorgung verbessern, das Tempo zur Erreichung von „Universal Health Coverage“ beschleunigen und die Zukunft von „Primary Health Care“ gestalten.

Pandemiepräventions- und Pandemiereaktionssystem verbessern

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften gestärkt und durch einen „Periodic Review“ ergänzt werden. Die Covid-19-Pandemie hat die Schwächen unserer internationalen Instrumente und Regelwerke zur Vorbeugung, Überwachung und Bekämpfung von Gesundheitsgefahren zum Vorschein gebracht. Wir unterstützen einen internationalen Pandemievertrag, der Lücken in der Pandemievorsorge sowie -reaktion füllt und einen intersektoralen Ansatz im Sinne von „One Health“ verfolgt. Zudem setzen wir uns für eine Weiterentwicklung und Verbesserung von Frühwarnsystemen ein. Um besser auf zukünftige Gesundheitsbedrohungen vorbereitet zu sein und dringend benötigte Arzneimittelinnovationen gegen neue Erreger mit Pandemiepotential zu entwickeln, ist es wichtig, internationale Forschungsinitiativen auszubauen und eine nachhaltige Finanzierung für die Grundlagenforschung zur Verfügung zu stellen.

Folgen von Covid-19 ernst nehmen – Patienten mit Long-Covid bestmöglich versorgen

Wir Freie Demokraten wollen die Erforschung der von den Langzeitfolgen einer Covid-19-Infektion ausgehenden Gefahren namens Long-Covid priorisieren und die Erhebung klinischer Daten, die Analyse von Langzeitfolgen, die Entwicklung wirksamer Therapien und deren Implementierung in die Regelversorgung forcieren. Angesichts der Verteilung auf alle Altersgruppen und der Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, die Wirtschaft und die sozialen sowie familiären Beziehungen der Betroffenen, bedarf es einer nationalen Long-Covid-Strategie, die der Wissenschaft und dem Gesundheitssystem die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, um das Phänomen stärker zu erforschen und zu behandeln. Hierfür müssen Fördermittel bereitgestellt und Forschungsnetzwerke aufgebaut werden. Zudem muss das Phänomen Long-Covid als vordringliches Thema des von der Berliner Charité koordinierten bundesweiten Netzwerks der Universitätskliniken zur Erforschung von Covid-19 behandelt werden.

Work-Life-Balance in der Pflege verbessern

Wir Freie Demokraten setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen und damit einen besseren Ausgleich zwischen Arbeit und Privatleben in der Pflege ein. Dazu gehören ein verlässlicher Dienstplan mit ausreichend Ruhezeiten ebenso wie flexiblere Arbeitszeiten und die Möglichkeiten, Dienstplanwünsche einzubringen. Weiterhin muss für ausreichend Personal gesorgt sein, sodass das „Frei“ auch bei Krankheitsausfällen ein „Frei“ bleibt. So können Fort- und Weiterbildungen mit Konzentration absolviert werden und Auszubildende finden ein gutes Lernumfeld vor. Ein pauschales Verbot der Zeitarbeit in der Pflege lehnen wir ab.

Pflegerische Kompetenzen stärken, Pflegeberuf aufwerten

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Übernahme von ärztlichen Tätigkeiten durch erfahrenes Pflegepersonal ein. An vielen Stellen ist das heute schon Realität. Wir wollen diese Kompetenzen dauerhaft und rechtssicher bei den Pflegefachkräften verankern. Die Substitution und Delegation von definierten ärztlichen Leistungen an Pflegefachkräfte, vor allem mit akademischer Ausbildung, soll unter sicheren Rechts- und Haftungsverhältnissen ermöglicht werden. Damit tragen wir der Situation im Arbeitsalltag Rechnung und werten den Beruf auf.

Assistenzausbildung in der Pflege bundesweit einheitlich gestalten

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Ausbildung von Pflegeassistentinnen und -assistenten nach bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards erfolgen muss. So verhindern wir langwierige Anerkennungsverfahren beim Umzug in ein anderes Bundesland und steigern gleichzeitig das Versorgungsniveau für Patientinnen und Patienten. Die Pflegeassistenten müssen nach einheitlichen Qualitätsstandards ausgebildet werden, um so die Mobilität und Attraktivität des Berufes zu steigern. Eine einheitliche Ausbildung schafft auch ein einheitliches Qualitätsniveau in der Versorgung der Pflegebedürftigen. Das wird das Vertrauen der Pflegeempfänger in die Pflegeassistenten als Teil des Pflegeteams stärken.

Aufsuchende Beratung in der Pflege ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen gerade bei der Beratung zum Thema „Pflege und Pflegebedarf“ Servicequalität statt Servicewüste. Wir fordern, die Pflegeberatung, vor allem im eigenen Zuhause, auszubauen und zu stärken. Das Antragsverfahren für Hilfsmittel soll dauerhaft vereinfacht und die Liste der Hilfsmittel um digitale Hilfen sowie Anwendungen erweitert werden. Bei der Beratung können wir Lehren aus der Coronapandemie ziehen und auf die jährliche Grippewelle umlegen: etwa bei notwendiger Schutzausrüstung und Hygienekonzepten.

Angebote des „Pflege-Bahr“ ausbauen

Wir Freie Demokraten fordern, dass der Eigenanteil beim „Pflege-Bahr“ bei Nicht-Pflegebedürftigkeit in eine Sterbegeldversicherung umgewandelt oder für die private Altersvorsorge genutzt werden kann. Außerdem soll der Eigenanteil bei Nicht-Pflegebedürftigkeit an die Nachkommen (zum Beispiel ersten Grades) vererbbar sein. Der „Pflege-Bahr“ wird bisher nicht hinreichend nachgefragt. Deshalb wollen wir Anreize setzen, das Angebot des „Pflege-Bahr“ stärker zu nutzen.

Vielfalt der Pflegeangebote sichern und fördern

Wir Freie Demokraten bekennen uns ganz klar zu einer Versorgungslandschaft, in der private, öffentliche und kirchliche Träger gleichwertig nebeneinanderstehen. Regionale Anbieter und mittelständische Pflegeunternehmen sorgen für wohnortnahe, vertrauensvolle und transparente Angebote in der Pflege. Sie bieten die ambulanten, teilstationären und stationären Strukturen, die Angehörigen und Pflegebedürftigen wichtig sind, und stärken gleichzeitig den regionalen Arbeitsmarkt. Ohne private Anbieterinnen und Anbieter wäre die Sicherstellung der Versorgung derzeit nicht nur unmöglich, auch würde das vielfältige Angebot wegfallen, aus dem die Betroffenen wählen können.

Gesundheitsversorgung regional denken

Wir Freie Demokraten fordern, Gesundheitsversorgung und Pflege zusammen zu denken und regional weiterzuentwickeln. Darum setzen wir uns neben einer modernen Krankenhausplanung auch dafür ein, leer stehende Krankenhausbetten zu Kurzzeitpflegeplätzen umzuwidmen, anstatt sie abzuschaffen. So können wir die regionale und wohnortnahe Versorgung stärken. Kurzzeitpflegeplätze müssen flächendeckend ausgebaut werden, um in Zukunft auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser zu fördern. Eine Umwidmung würde gerade pflegende Angehörige für die Kurzzeitpflege entlasten.

Demenzhilfe – alternative Wohnkonzepte fördern

Wir Freie Demokraten wollen mehr Selbstbestimmung in der Pflege. Um die Selbstbestimmung und Selbstständigkeit pflegebedürftiger Menschen so lang wie möglich zu erhalten, müssen wir unsere Quartiere und Strukturen vor Ort entsprechend entwickeln. Dem Ehrenamt kommt eine tragende Rolle zur Unterstützung im Alltag und gegen die wachsende Vereinsamung zu. Wir brauchen innovative Wohnkonzepte und Demenzdörfer. Pflegemodelle wie die niederländische Form der Nachbarschaftshilfe müssen über Modellprojekte hinaus möglich gemacht werden. Dabei setzen wir uns dafür ein, die Selbstständigkeit älterer Menschen so lange wie möglich zu erhalten. Denn eine Versorgung im gewohnten Umfeld bringt Sicherheit und fördert Eigenständigkeit. Ebenso wichtig ist die Stärkung des Ehrenamtes, dem eine tragende Rolle zur Unterstützung im Alltag und gegen die wachsende Vereinsamung zukommt.

Sozialversicherungen für Selbstständige weiter öffnen

Wir Freie Demokraten wollen die Beiträge für Selbstständige und Existenzgründerinnen sowie -gründer zur gesetzlichen Krankenversicherung fair bemessen und an den tatsächlichen Einnahmen orientieren. Die freiwillige Versicherung in der Arbeitslosenversicherung soll für Selbstständige weiter geöffnet werden – insbesondere für Gründer. Heute zahlen Selbstständige mitunter mehr als identisch verdienende Angestellte. Wir sorgen für Fairness und sichern Gründer besser ab.

Beauftragte Person der Bundesregierung für Selbstständige schaffen

Wir Freie Demokraten wollen eine Beauftragte oder einen Beauftragten der Bundesregierung für Selbstständige. Die Bundesregierung muss ihre Belange besser kennen und dafür einen ständigen koordinierten Dialog ermöglichen. Die Coronakrise hat gezeigt, dass für Selbstständige, Freelancerinnen und Freelancer sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler keine zentrale Ansprechperson in der Bundesregierung vorhanden ist. Zuständigkeiten und Kompetenzen sind über unterschiedliche Bundesministerien verteilt. Das wollen wir ändern. Denn Selbstständige, Freelancerinnen und Freelancer sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler sind für unsere moderne Wissensgesellschaft unersetzlich.

Kein bedingungsloses Grundeinkommen

Wir Freie Demokraten lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Die Grundsicherung muss aber unbürokratischer, würdewahrender und chancenorientierter werden – unser Modell dafür ist das einkommens- und vermögensabhängige Liberale Bürgergeld. Ein Grundeinkommen wäre leistungsfeindlich, teuer und ungerecht.

Regionale Pauschalen bei Unterkunftskosten in Grundsicherung

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung regional ausdifferenzierter Pauschalen für Unterkunft- und Heizkosten in der Grundsicherung ein. Das Verfahren zur Bestimmung der Pauschalen wollen wir vereinfachen. Wer Grundsicherung bekommt, sollte seinen Mietvertrag auch nicht diskutieren müssen. Die Berechnung angemessener Kosten für die Unterkunft ist aufwendig und führt in der Einzelfallbetrachtung zu gewaltigem Verwaltungsaufwand. Eine pauschale Lösung behebt das Problem und nimmt auch Grundsicherungsempfänger in ihrer Selbstbestimmung auch ernster.

Langzeitarbeitslose mit Passiv-Aktiv-Tausch in den ersten Arbeitsmarkt integrieren

Wir Freie Demokraten wollen, dass aktive und passive Leistungen in der Grundsicherung miteinander getauscht werden können. Gelder aus dem Arbeitslosengeld II sollen in Lohnkostenzuschüsse für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz umgewandelt werden können. So schaffen wir Anreize für Unternehmen, Langzeitarbeitslose einzustellen, und ermöglichen die flächendeckende Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Der Passiv-Aktiv-Tausch ermöglicht auch die bessere Finanzierung von Umschulungen und damit Zukunftsperspektiven für Langzeitarbeitslose. So fördern wir Personen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt wenig Chancen haben.

Beratung und Betreuung bei Grundsicherung verbessern

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Grundsicherungsbezieher zukünftig durch die Arbeitsagenturen betreut werden und die Betreuungsrelation in den Jobcentern verbessert wird. Bei der Kommunikation ist eine professionelle Ausbildung wichtig. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsqualität steigern und die Vermittlungs- oder Gründungschancen erhöhen.

Aus Jobcentern werden Talentcenter als Schritt zum Liberalen Bürgergeld

Wir Freie Demokraten wollen aus Jobcentern Talentcenter machen. In einem Talentcenter wird nicht der erstbeste Job vermittelt. Ein Talentcenter unterstützt Menschen dabei, ihre Talente zu entwickeln und sich fortzubilden oder in eine Selbstständigkeit zu gehen. Dazu brauchen die Talentcenter ein modernes Fallmanagement, Unterstützung durch künstliche Intelligenz und eine Crowdsourcing-Plattform sowie den Wegfall des automatischen Vorrangs der Vermittlung in Anstellung anstelle von Gründungen. Nicht jede oder jeder kann sofort in seine Traumtätigkeit aufsteigen, aber ein Talentcenter kann Menschen auf dem Weg dorthin und zur Selbstverwirklichung unterstützen. Wichtig hierfür ist eine Beratung, die auf die Einzelne oder den Einzelnen eingehen kann.

Online-Vorsorgekonto – mehr Transparenz bei Altersvorsorge

Wir Freie Demokraten wollen ein verbraucherfreundliches Online-Vorsorgekonto. Innerhalb von Sekunden sollen alle aktuellen Ansprüche aus allen drei Säulen der Altersvorsorge einsehbar sein, perspektivisch europaweit. Wir wollen mehr Transparenz bei der Altersvorsorge, damit jede Bürgerin und jeder Bürger möglichst schnell erkennen kann, welche Leistungen sie oder er im Rentenalter zu erwarten hat.

Bildung und Teilhabe

Wir Freie Demokraten wollen Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Verhältnissen gezielt fördern und die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes deutlich erhöhen und die Verfahren entbürokratisieren sowie digitalisieren.

Kinderchancenportal für direkten Zugang zu Angeboten für Kinder und Jugendliche

Wir Freie Demokraten wollen ein Kinderchancenportal einführen. Um die Angebote des Kinderchancengelds effektiv zu nutzen, erhalten Kinder und Jugendliche einen unbürokratischen, direkten und digitalen Zugang über ein Onlineportal. Es liefert einen schnellen individuellen Überblick über die aktuellen Bildungs- und Förderangebote in der Region. Es ermöglicht auch die Kommunikation mit den Leistungserbringern. Damit wollen wir abschreckende Bürokratie überwinden und die Chancen der Digitalisierung für Kinder und Jugendliche nutzen.

Digitalisierung von Familienleistungen

Wir Freie Demokraten wollen die Beantragung und Berechnung aller familienpolitischen Leistungen umfassend digitalisieren. Die Beantragung und Berechnung etwa von Elterngeld und anderen Leistungen dauern derzeit zu lange. Die Eltern gehen dabei ein hohes finanzielles Risiko ein. Wir wollen den Eltern den Zugang zu Familienleistungen so einfach und schnell wie möglich machen. Eine vollständig digital arbeitende Verwaltung und Bearbeitung der Anträge stellen eine schnelle Auszahlung sicher.

Partnerschutz analog zum Mutterschutz einführen

Wir Freie Demokraten wollen einen „Partnerschutz“ einführen – analog zum „Mutterschutz“: Nach der Geburt eines Kindes hat der andere Elternteil das Recht, zehn Arbeitstage in Partnerschutz zu gehen. Dieser darf auch halbtägig beansprucht werden und besteht dann für die doppelte Zeitdauer. Die Finanzierung des Partnerschutzes erfolgt äquivalent zum Mutterschutz. Alleinerziehende haben das Recht, eine andere Person für den Partnerschutz zu benennen – zum Beispiel Familienangehörige. Damit wollen wir dem erhöhten Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt Rechnung tragen und die gemeinsame Verantwortung für Familie und Kind von Anfang an stärken.

Krisenfeste Infrastruktur für Familien – private Träger entlasten

Wir Freie Demokraten wollen Eltern mehr Wahlfreiheiten bei Arbeitsmodellen gewähren und bürokratische Auflagen für private Träger von Kindertagesstätten reduzieren. Die bereits vorhandene soziale Infrastruktur für Familien ist ein wichtiger Pfeiler bei der Förderung der Familien, aber vor allem auch bei der präventiven Unterstützung. Familien brauchen verlässliche Anlaufstellen in sozialen, finanziellen oder psychischen Krisen. Die Arbeit der verschiedenen Einrichtungen und Gruppen muss daher jederzeit aufrechterhalten werden.

Freie Rufnamenwahl ab 14 Jahren

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren ihren Rufnamen frei wählen dürfen. Das geltende Namensrecht wollen wir ändern, damit junge Menschen unabhängig von der Zustimmung ihrer Eltern ein Recht auf eine ergänzende Rufnamenwahl bekommen. Die Beweislast der Antragstellenden, dass eine psychische Belastung vorliegt, ist aufzuheben. Damit schaffen wir mehr Freiheit zur Selbstbestimmung.

Senioren vor finanzieller Ausbeutung besser schützen

Wir Freie Demokraten wollen ältere Menschen besser vor einem Missbrauch von Vorsorgevollmachten schützen. Die Vorsorgevollmacht ist ein gutes und richtiges Instrument. Aber es muss besser über die damit verbundenen Risiken aufgeklärt werden. Dafür sollen eine Datengrundlage zu bisherigen Missbrauchsfällen geschaffen, ein begleitender Prozess bei der Ausstellung von Vorsorgevollmachten etabliert und alle vorhandenen Vollmachten dokumentiert werden. Wir müssen ältere Menschen, die zwar völlig gesund und geschäftsfähig, aber in ihrem Willen formbar sind, sowie ihre Familien und die zahlreichen gewissenhaft arbeitenden Bevollmächtigten schützen.

Rechtsanspruch auf Assistenzhunde – mehr Selbstbestimmung ermöglichen

Wir Freie Demokraten fordern einen Rechtsanspruch auf Assistenzhunde als Teilhabeleistung. Assistenzhunde müssen überall mitgeführt werden dürfen. Es muss einen Rechtsrahmen für eine Kostenübernahme geben. Viele Menschen mit Behinderungen sind in ihrem Leben auf einen Assistenzhund angewiesen. Ohne diese Unterstützung wird ihnen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unnötig erschwert.

Pressekonferenzen des Bundes in Gebärdensprache

Wir Freie Demokraten fordern, dass alle Pressekonferenzen des Bundes live in Gebärdensprache übersetzt werden. Menschen mit Hörbehinderung sind derzeit von wichtigen Informationen ausgeschlossen. Das ist nicht mit dem im Grundgesetz verankerten Diskriminierungsverbot vereinbar. Der Zugang zu Informationen ist für alle Bürgerinnen und Bürger unerlässlich. In vielen Ländern der Welt ist die Übersetzung wichtiger Pressekonferenzen in Gebärdensprache selbstverständlich. Auch in Deutschland muss die Übersetzung von Live-Statements aller Ministerien und untergeordneter Behörden in Gebärdensprache sichergestellt werden.

Sm@rte Rettungskonzepte – Fluchtwege-App entwickeln

Wir Freie Demokraten wollen mit einer Fluchtwege-App Menschen mit Behinderungen im Notfall die schnelle Flucht von der Gefahrenstelle ermöglichen. Viele sensorisch oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen können auf Basis der vorhandenen Informationen im Notfall nur schwer ein Gebäude verlassen. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um das Leben von Menschen mit Behinderungen besser zu schützen.

Wiederaufbau der durch die Corona-Pandemie erheblich beeinträchtigten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und Gestaltung einer den Wohlstand für alle fördernden Wirtschaftsordnung

EU-Recht ohne zusätzliche Bürokratie umsetzen

Wir Freie Demokraten fordern, dass europäische Richtlinien sinnvoll und ohne zusätzliche Bürokratie in nationales Recht umgesetzt werden (1:1-Umsetzung). So wollen wir Hemmnisse abbauen und für einen gut funktionierenden Binnenmarkt sorgen. Ebenso sollte auf europäischer Ebene keine Regelung beschlossen werden, die von einem Mittelständler nicht umgesetzt werden kann (KMU-Test). Für jede neue Bürokratie-Euro-Belastung sollen zudem zwei Bürokratie-Euro-Belastungen wegfallen („one in, two out“).

Privatisierung vorantreiben, Privatisierungsbeirat einberufen

Wir Freie Demokraten wollen einen Privatisierungsbeirat nach Vorbild des Normenkontrollrats einberufen. Er soll Vorschläge erarbeiten, wie sich der Bund sozialverträglich und kapitalmarktschonend von Unternehmensbeteiligungen trennen kann. Die Verflechtung zwischen Staat und Unternehmen führt zu Interessenskonflikten und der Verzerrung von Marktstrukturen. In der Sozialen Marktwirtschaft soll der Staat Schiedsrichter sein, nicht Mitspieler.

EU-Mercosur-Freihandelsabkommen abschließen

Wir Freie Demokraten wollen das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Gemeinsamer Markt Südamerikas) abschließen und ratifizieren. Das Abkommen schafft den zweitgrößten Wirtschaftsraum der Welt und bietet beiden Seiten Möglichkeiten für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus dient es der Förderung nachhaltiger Entwicklung, indem es eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte, die gemeinsame Bekämpfung des Klimawandels sowie eine Verbesserung des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes festschreibt. Die Aufforstung des Regenwaldes ist ein Bestandteil des Freihandelsabkommens. Eine stärkere wirtschaftliche Teilhabe in den Mercosur-Staaten ist das beste Rezept gegen Populismus und Autoritarismus in der Region.

Exportfinanzierung reformieren

Wir Freie Demokraten wollen den Zugang zur Exportfinanzierung Hermes für kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Denn die Hermes-Deckung ist für Auftragswerte zwischen 0,5 und fünf Millionen Euro zu komplex und zu teuer. Für den Mittelstand ergeben sich daraus erhebliche Nachteile. Andere Länder bieten bereits Versicherung und Exportkredit aus einer Hand an. Mit einem besseren Zugang zur Hermes-Deckung wollen wir daher für den deutschen Mittelstand faire Bedingungen beim Export ermöglichen. Denn es sind nicht mehr nur große Konzerne, die Großanlagen oder U-Bahnen für den Export absichern müssen – es sind auch „Hidden Champions“, die mit Hightech "Made in Germany" die Märkte der Welt erobert haben.

Schutzschirmverfahren für kleine und mittlere Unternehmen

Wir Freie Demokraten wollen ein vereinfachtes und kostengünstiges Schutzschirmverfahren für insolvenzbedrohte Unternehmen einführen. Dazu muss die EU-Restrukturierungs-Richtlinie schnellstmöglich in nationales Recht umgesetzt werden. Unser Ziel ist es, insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen einen niedrigschwelligen und möglichst kostengünstigen Zugang zu Sanierungsinstrumenten vor einer Insolvenz zu ermöglichen, wenn sie durch Corona in eine unverschuldete Krise geraten sind.

Flexible Öffnungszeiten und Digitalisierung – Einzelhandel und Innenstädte zukunftsfit machen

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung für mehr hybride Vertriebswege im Einzelhandel fördern. Wir wollen außerdem darauf hinwirken, das allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen gemäß den verfassungsmäßigen Vorgaben zu lockern und dabei für Rechtssicherheit zu sorgen. In jeder Stadt wollen wir einen Innenstadt-Manager etablieren. Dieser soll Initiativen koordinieren und Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für die lokalen Akteure sein. Kleine und mittlere Unternehmen des Einzelhandels haben es wegen der Coronapandemie zusätzlich besonders schwer. Deshalb wollen wir den vielfältigen Einzelhandel gezielt vor Ort zukunftsfit machen und so die Lebensqualität in unseren Innenstädten erhalten.

Eine Agenda für die Mutigen

Wir Freie Demokraten wollen mit einer Agenda für die Mutigen Gründergeist und Unternehmertum fördern und eine lebendige Gründerkultur in Deutschland etablieren. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft heißt Innovation. Hierfür brauchen wir frische Ideen, die sich im Wettbewerb behaupten. Unternehmensgründungen und Start-ups müssen daher endlich in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik rücken; beispielsweise durch eine Vereinfachung der Gründung und bessere Bedingungen für Wagniskapital. Zugleich wollen wir den Generationswechsel in kleinen und mittleren Unternehmen so schnell, kostengünstig und bürokratiearm wie möglich gestalten.

„Social Entrepreneurship“ stärken

Wir Freie Demokraten wollen eine zentrale Koordinationsstelle für soziale Innovationen auf Bundesebene. Für die Entstehung eines vitalen Ökosystems wollen wir eine gleichwertige Integration in das Vergabewesen der öffentlichen Hand sowie den Aufbau Sozialer Gründer- und Innovationszentren unterstützen. Um die Finanzierungssituation zu verbessern, wollen wir neben einer Öffnung bestehender Förderprogramme eine verlässliche Finanzierung durch einen „Social Impact Fonds“ einrichten, der die Gelder „nachrichtenloser Vermögenswerte“ mobilisiert, ohne die wahren privaten Eigentümerinnen und Eigentümer dieser Gelder zu enteignen oder den Steuerzahler zu belasten. Ebenso fordern wir Reformen im Gesellschaftsrecht für Betriebe, die zugleich gemeinnützig und unternehmerisch tätig sind. Der Bund sollte zudem Pilotprojekte zu „Social Entrepreneurship“ an Schulen und Hochschulen fördern. Die sozialen Herausforderungen erfordern neue zivilgesellschaftliche Antworten. „Social Entrepreneurship“-Unternehmerinnen und -Unternehmer können als Hybride zwischen klassischen Start-ups und traditionellen Non-Profit-Organisationen entscheidend dazu beitragen.

Nationale Agentur für wissenschaftliches Talent

Wir Freie Demokraten wollen eine Nationale Agentur für wissenschaftliches Talent. Sie soll als subsidiär genutzte Serviceagentur sowohl auf aktuelle Trends in der Wissenschaft achten als auch Hochschulen mit modernsten Methoden der Personalrekrutierung bei der Gewinnung der klügsten Köpfe unterstützen. Denn der Innovationsstandort Deutschland steht in einem scharfen internationalen Wettbewerb – beispielsweise auf dem Feld der künstlichen Intelligenz. Wir wollen Deutschland für die Besten in Wissenschaft und Forschung attraktiv machen.

Energieeffizienz ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen alle Ansätze für Energieeffizienz unterstützen und erleichtern. Dabei wollen wir bürokratische Vorgaben reduzieren – beispielsweise bei technischen Grenzwerten und im Baurecht. Denn Energieeffizienz ist der Schlüssel, um die Klimaziele zu erreichen. Die effiziente Nutzung von Energie liegt im wirtschaftlichen Interesse jedes Unternehmens und jedes Verbrauchers. Die Preise für die Energie sind dabei der wesentliche Anreiz zu einem sparsamen Energieeinsatz und zu Investitionen in Energieeffizienz.

Fusionsenergie erforschen – technologieoffene Energiepolitik forcieren

Wir Freie Demokraten wollen verstärkt in die Erforschung der Fusionsenergie investieren. Sie ist eine saubere und risikoarme Zukunftstechnologie. Nur Technologieoffenheit bietet einen Innovationswettbewerb um die effizienteste, emissionsärmste und günstigste Energieversorgung. In der Kernfusion steckt großes Potential. Deutschland kooperiert mit dem ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) mit 34 anderen Staaten im Bereich der Kernfusionsforschung an der Weltspitze. Diese Kooperation darf die Forschung an neuen Konzepten und Reaktordesigns nicht ausschließen. Deswegen fordern wir zusätzliche Anstrengungen in der Fusionsforschung, um den Forschungsstandort Deutschland und Europa aufzuwerten.

Chancen der Biotechnologie nutzen

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Biotechnologie stärker nutzen. Die Biotechnologie ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts zur Lösung verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen. Ihre Anwendungsbereiche sind vielfältig: Medizin (rote Biotechnologie), Pflanzenzüchtung beziehungsweise Landwirtschaft (grüne Biotechnologie) und Industrie (weiße Biotechnologie). Nicht zuletzt die Genschere „CRISPR-Cas9“ eröffnet völlig neue Möglichkeiten, da sie die Bearbeitung von DNA-Bausteinen in höchster Präzision ermöglicht. Mit Chancen und Risiken neuer Entwicklungen der Biotechnologie wollen wir offen und transparent umgehen. Wir lehnen pauschalisierende Verbote ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien. Mit einer Biotechnologie-Agenda wollen wir eine Grundlage für den Einsatz der Biotechnologie schaffen.

Wirksame Bekämpfung des Klimawandels, Schutz von Natur und Artenvielfalt und Nachhaltigkeit durch Innovation

Freiraum für nachhaltige Innovationen

Wir Freie Demokraten wollen Unternehmen beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele unterstützen, indem wir Chancen eröffnen und Innovationen fördern. Dabei setzen wir auf Wettbewerb und unternehmerische Kreativität statt auf staatliche Technologievorgaben und Planwirtschaft. Marktpreise sollten die von Konsum und Produktion verursachten Umweltkosten wiedergeben. Im Gegenzug müssen überflüssige finanzielle und bürokratische Belastungen abgebaut werden. Staatliche Vorgaben wie zum Beispiel Quoten für grünen Stahl werden dadurch überflüssig. Eine ganzheitlich nachhaltige Politik bedeutet für uns nicht nur den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch soziale und finanzielle Nachhaltigkeit.

„Green Deal“ für Wirtschaftswachstum nutzen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Fördermittel und Strukturhilfen aus dem „Green Deal“ der EU das Wirtschaftswachstum befördern und anhand der neuen Investitionskriterien der Europäischen Investitionsbank vergeben werden. Damit wollen wir die europäische Wirtschaft fit für die Umbrüche durch den Klimawandel machen. Investitionen in die Infrastruktur und Investitionen in neue Technologien sind dabei von entscheidender Bedeutung. Auch die sogenannten „Ermöglichungs- und Übergangsaktivitäten“, etwa Erdgas als Übergang von Kohle zu Wasserstoff, sind hierbei zu berücksichtigen; gerade auch mit Blick auf die unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

„Sustainable Finance“

Wir Freie Demokraten wollen die von der EU festgelegten einheitlichen Kriterien für Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft, die Taxonomie, zu einem rein freiwilligen, dynamischen Ansatz von Nachhaltigkeit weiterentwickeln. So sorgen wir für mehr Tempo bei Innovationen. Anleger sollen gemäß ihren Vorstellungen in nachhaltige Anlageformen investieren können. Dazu wollen wir die Anlagemöglichkeiten für Kapitalsammelstellen in Wagniskapital und Infrastruktur öffnen, um den Weg hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu finanzieren. Ob und wie weit jede Anlegerin und jeder Anleger die weiterentwickelten „Environmental, Social and Governance“-Faktoren bei der Kapitalanlage berücksichtigen will, muss jeder oder jedem selbst überlassen bleiben. Vor dem traditionell starken Mittelstand in unserem Land liegen herausfordernde Zeiten mit viel Investitionsbedarf. Die Finanzinstitute spielen bei der Finanzierung dieser Modelle eine wichtige Rolle. In der Finanzaufsicht müssen langfristige Risiken konsequent berücksichtigt werden. Die Vergabe von Krediten darf aber nicht an eine politische Einteilung von Geschäftsfeldern gekoppelt werden. Die bürokratische und umstrittene Taxonomie der EU-Kommission, die den Status quo zementiert und in einem Streit über einen technokratischen Ansatz versinkt, lehnen wir in dieser Form ab. Sie würde zu einer weitreichenden, granularen industriepolitischen Steuerung führen, die einer marktwirtschaftlichen Ordnung wesensfremd ist. Daher muss sie insbesondere mit Blick auf ihre Mittelstandstauglichkeit weiterentwickelt werden.

CO2 vermeiden

Wir Freie Demokraten wollen die deutsche Industrie durch Investitionen in Technologien zur CO₂-Vermeidung stärken. Dazu wollen wir Mittel des Klimaschutz-Investitions-Programms (KIP) nutzen. Selbst industrielle Prozesse, die bisher einen überaus hohen CO₂-Ausstoß aufweisen, lassen sich mit neuen Verfahren nahezu treibhausgasneutral gestalten. Forschung und Entwicklung bis hin zur Marktreife sind jedoch kostspielig und für die Unternehmen nicht ohne Risiko. Exemplarisch dafür stehen Pilotprojekte für innovative Verfahren, um den Kohlenstoff in der Stahlproduktion durch Wasserstoff zu ersetzen. Dadurch wird unsere Stahlindustrie mit all ihrer volkswirtschaftlichen Wertschöpfung klimafreundlich.

CO2 nutzen

Wir Freie Demokraten wollen eine echte CO₂-Kreislaufwirtschaft durch Förderung von „Carbon Capture and Utilization“-Technologien (CCU) schaffen. Das bietet nicht nur dem Klima einen Mehrwert. CO₂ wird zum Rohstoff und bringt damit Wirtschaftswachstum. Es gibt viele Möglichkeiten, das anfallende CO₂ als Rohstoff zu nutzen – beispielsweise in der chemischen Industrie als Ersatz für Erdöl in der Kunststoffproduktion. So entsteht eine CO₂-Kreislaufwirtschaft, die industrielle Prozesse klimafreundlich macht. Enormes Potential haben für uns CCU-Verfahren im Bereich „Power-to-X“, in denen synthetisches Gas, Wasserstoff oder auch Kraftstoffe wie Benzin und Diesel aus erneuerbarem Strom sowie CO₂ erzeugt werden.

CO2 technisch speichern

Wir Freie Demokraten wollen „Carbon Capture and Storage“ (CCS) in Deutschland endlich möglich machen. CO₂, das man weder vermeiden noch nutzen kann, muss nicht zwangsläufig in die Atmosphäre gelangen. Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um den Einsatz von CCS für nicht vermeidbare Prozessemissionen in der Industrie zu ermöglichen, und die Forschung sowie Entwicklung in dem Bereich massiv fördern. Ein Einsatz in der Energiewirtschaft hingegen ist aufgrund der begrenzten Speicherkapazitäten sowie der emissionsfreien Alternativen nicht sinnvoll. Sorgen der Bevölkerung wollen und müssen wir ernst nehmen, um eine gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

Sauberer Wasserstoff aus Sonnenenergie in Afrika

Wir Freie Demokraten wollen mehr Wasserstoff aus Sonnenenergie. Wir setzen dabei auf effizienten Klimaschutz mit großer Wirkung. Wir wollen dort ansetzen, wo große Mengen CO₂-Emissionen mit geringem Aufwand schnell vermieden werden können und wo künftig das größte Wachstum an Energiebedarf eintreten wird. Zum Beispiel kann Wasserstoff in Afrikas Sonnengürtel mit deutscher Technik zu unschlagbaren Preisen aus erneuerbaren Energien hergestellt werden. Im Gegensatz zum Umstieg auf Elektromobilität, bei der ein Großteil der Zulieferindustrie wegfällt, sichert die Umstellung auf Wasserstoff Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie. Gleichzeitig entsteht neue Wertschöpfung in Europa und Afrika.

EU-Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen

Wir Freie Demokraten wollen das beste Wasser in Flüssen, Seen, im Grundwasser und an Küsten. Dafür ist es wichtig, die Qualität von Gewässern genau bestimmen zu können. Die Bundesregierung muss die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) konsequent umsetzen, da sonst ein EU-Vertragsverletzungsverfahren droht. Das von der Bundesregierung vertretene „One out all out“-Prinzip verschleiert Verbesserungen in der Gewässerqualität: Danach bemisst sich die Qualität nur am schlechtesten bewerteten Kriterium, beispielsweise dem Fischbestand. Diese Schwarz-weiß-Betrachtung schafft keinerlei Anreize, besser zu werden. Wir wollen die Gewässerqualität anhand aller in der WRRL erwähnten Kriterien betrachten. Wir wollen dabei die Auswirkungen des Klimawandels besser einbeziehen.

Wasserversorgung bei Standards angleichen

Wir Freie Demokraten wollen die Informationsverarbeitung bei der Wasserversorgung zentralisieren, digitalisieren und vereinheitlichen. Auch Standards wollen wir deutschland- und europaweit harmonisieren, um Vergleichbarkeit zu schaffen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen den besten Zugang zu sauberem Wasser bekommen – egal, wo sie leben. Das Wasserversorgungssystem und insbesondere die kommunalen Wasserbetriebe in Deutschland sind in einem föderalen Staat historisch gewachsen. Auch wenn das im Prinzip gut ist, führt es zu einer Reihe von bürokratischer und kommunikativer Hürden im Wassermanagement. Diese wollen wir auflösen.

Sicherer Zugang zu sauberem Trinkwasser

Wir Freie Demokraten fordern, marktreife Lösungen wie Filtersysteme mit UV-C-Strahlen schnell und zeitnah für die breiten Märkte zugänglich zu machen, um weltweite hohe Standards bei der Versorgung mit sauberem Wasser sicherzustellen. Das entspricht dem sechsten Ziel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, Wasser und Sanitärversorgung für alle zu gewährleisten. Noch immer haben 2,2 Milliarden Menschen weltweit keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Wasser. Dort, wo der Zugang zu Wasser prekär ist, muss die politische Governance in den Blick genommen und ein sicherer Zugang gewährleistet werden. Die Entwicklung und schnelle Verbreitung technischer Lösungen für sauberes Wasser ist zentral. Daher sehen wir insbesondere in der internationalen Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit Potentiale.

Digitalisierung und Sicherheit in der Wasserversorgung vorantreiben

Wir Freie Demokraten wollen bei der Wasserversorgung eine rasche Überarbeitung und Umsetzung der IT-Sicherheitsstandards bei Betreibern kritischer Infrastrukturen (KIRITS) und eine bessere Anpassung der Regelschwellenwerte. Ebenso wollen wir den Informationsaustausch von Bund und Ländern verbessern. Wir wollen die Digitalisierung in der Wasserversorgung vorantreiben, um Versorgungssicherheit zu garantieren und den Wasserverbrauch sowie Schutz zu optimieren.

Konsequente Bußgelder gegen Abfallsünder

Wir Freie Demokraten wollen mit Bußgeldern und deren konsequenter Vollstreckung gegen Abfallsünder im öffentlichen Raum vorgehen. Wir wollen eine Vorbild- und Mitmachdynamik zum Wohle

und im Einklang mit der Umwelt anreizen. Die stärkere finanzielle Belastung von Verpackungsherstellern halten wir für den falschen Weg. Sie trifft am Ende auch die Konsumentinnen und Konsumenten, die ihre Abfälle im öffentlichen Raum ordnungsgemäß entsorgen. Wir finden: Vorbildliches Verhalten darf nicht finanziell bestraft werden.

Lärm- und Lichtemissionen

Wir Freie Demokraten wollen mehr Forschung zur Vermeidung von Lärm- und Lichtemissionen. Lärm und Licht in urbanen Räumen bedeuten Stress für Mensch und Natur. Welche Auswirkungen das nach sich zieht, ist wissenschaftlich noch nicht umfänglich belegt. Innovative Ideen wie angepasste Straßenbeleuchtung wollen wir unterstützen und fördern. Dabei dürfen wir unsere Umwelt und Sicherheit nicht aus den Augen verlieren.

Endlagerung in Deutschland – Bürgerbeteiligung sicherstellen

Wir Freie Demokraten wollen bei der Endlagersuche eine effektive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Interessensvertreter wollen wir in die Lage versetzen, Entscheidungen mit ähnlichen Mitteln wie die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH nachzuvollziehen und kritisch prüfen zu können. Ebenso muss die wissenschaftliche Arbeit der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH von externen Fachleuten geprüft werden. Das gilt insbesondere, wenn die Ergebnisse überraschend sind. Wir müssen uns der Verantwortung für die radioaktiven Abfälle stellen. Mit dem Standortauswahlverfahren ist ein wissenschaftsbasierter, transparenter und fairer Weg gefunden worden, um das bestmögliche Endlager für hoch radioaktiven Abfall in Deutschland zu finden.

Zoologische Gärten für Bildung und Artenschutz erhalten

Wir Freie Demokraten wollen weltweit vom Aussterben bedrohte Arten in deutschen Zoos und Tierparks erhalten. Dafür wollen wir den Ex-situ-Artenschutz (außerhalb des ursprünglichen Lebensraums) auch auf Bundesebene stärken. Ziel ist es, einen genetischen Pool zu erhalten, der eine spätere Auswilderung wieder möglich macht. Viele weltweit bedrohte Arten verfügen über einen heimischen Lebensraum, werden aber aufgrund der politischen sowie wirtschaftlichen Situation vor Ort bejagt und stehen vor dem Aussterben. Der Erhalt für diese Arten findet in Zoos und Tierparks weltweit statt.

Zoll stärken, illegalen Handel mit Wildtieren und Exoten verhindern

Wir Freie Demokraten wollen den Zoll stärken, um den illegalen Handel mit seltenen Arten zu beenden. Durch einheitliche und vereinfachte Regelungen im Wildtierhandel, am besten EU-weit, und einen effektiven Vollzug wollen wir das Ausweichen in den illegalen Handel verhindern. Seltene Arten stehen heute schon unter internationalem Schutz. Auch in Deutschland gibt es eine umfassende Gesetzgebung zum Schutz der Arten. Der Vollzug und die Überprüfung der Importe sind jedoch mangelhaft. Bund und Länder schieben sich die Verantwortung für die mangelnde Finanzierung der Kontrollen gegenseitig zu. Der Handel mit wilden und exotischen Tieren darf sich nicht in den illegalen Bereich verlagern.

Naturschutz auf Zeit statt Vermeidungspflege

Wir Freie Demokraten wollen dem Naturschutz auch beplante Flächen zumindest vorübergehend zur Verfügung stellen. Es ist bekannt, was getan werden muss, um seltene Arten anzusiedeln. Ebenso bekannt ist aber auch, was getan werden muss, um eine solche Ansiedlung zu verhindern. Durch die sogenannte Vermeidungspflege verhindern Eigentümerinnen und Eigentümer, dass Grundstücke unter Naturschutz fallen könnten. Naturschutz auf Zeit kann dafür sorgen, dass seltene Arten zumindest für eine begrenzte Zeit einen Lebensraum finden.

Biotope stärken und regionalen Artenschutz voranbringen

Wir Freie Demokraten wollen Biotope stärken und den regionalen Artenschutz voranbringen. Die Regionen in Deutschland sind so vielfältig, dass Umweltpolitik nur gelingen kann, wenn sie vor Ort immer wieder neu interpretiert und entwickelt wird. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Grenzen ökologischer Regionen zumeist nicht deckungsgleich mit den Landesgrenzen sind. Aus diesem Grund muss deutsche Umweltpolitik immer häufiger bi- und multilateral, vor allem aber als Teil einer europäischen Umweltpolitik verstanden werden, die wir aktiv mitgestalten und maßgeblich prägen wollen. Diese Arbeit werden wir unter der Berücksichtigung der Interessen von Land- sowie Jagd- und Forstwirtschaft fortsetzen: Das dient der Völkerverständigung, unterstützt Biodiversität sowie Artenschutz und fördert das Geschichtsbewusstsein der Menschen ebenso wie den sanften Tourismus. Deswegen müssen wir Anreize entwickeln, um gemeinsam mit kommunalen Körperschaften Biotope und Biotopverbünde zu entwickeln. Das betrifft vor allem die Einbeziehung des Offenlands, aber auch Wälder und Gewässer. Dabei sollen insbesondere auch die Wanderungsbewegungen verschiedener Tierarten, wie es zum Beispiel schon bei Wildkatzenwegen geschieht, erleichtert werden. Dafür müssen wir den im Bundeshaushalt neu geschaffenen Wildnisfonds und die gewonnenen Flächen für die biologische Vielfalt aktiv nutzen. Ein bloßer Ankauf von Flächen, die im Anschluss brachliegen, reicht nicht aus.

Kluger Umgang mit gebietsfremden Arten

Wir Freie Demokraten wollen einen wohlüberlegten Umgang mit gebietsfremden Arten. Ziel muss es sein, den größtmöglichen Nutzen zu schaffen, ohne das Gleichgewicht der heimischen Natur zu stören. Die restriktive Haltung gegenüber Neobiota erscheint auf den ersten Blick plausibel, um die heimische Flora und Fauna zu schützen. Das trifft bei invasiven Arten zu. Durch Klimaveränderungen sowie Verschiebungen im Nutzungsspektrum kann die aktive Ansiedlung gebietsfremder Arten aber helfen, die Waldgebiete und die Landwirtschaft Deutschlands für die Zukunft fit zu machen.

Mittelstand in Kreislaufwirtschaft stärken

Wir Freie Demokraten wollen die mittelständisch geprägte Kreislaufwirtschaft in Deutschland fit für die Zukunft machen und sie zu Investitionen in neue Technologien befähigen. Durch die geringen Rohölpreise sind die hergestellten Recycling-Produkte mit Neuware kaum konkurrenzfähig. Gleichzeitig müssen die Unternehmen in neue Technologien investieren, um die Recyclingquoten der EU zu erfüllen und beste Rezyklat-Qualitäten für die Industrie zu garantieren. Wir werden die Recyclingwirtschaft stärken, damit sie ihrer Rolle auch gerecht werden kann.

Europaweite Kreislaufwirtschaft schaffen

Wir Freie Demokraten wollen eine europaweit einheitliche Sammlung von Abfällen, um eine effiziente Kreislaufwirtschaft zu ermöglichen. In Europa ist die Sammlung von Abfällen noch immer so unterschiedlich, dass ein Handel damit nicht möglich ist. Zudem verhindern bürokratische Hürden oftmals den europaweiten Handel mit sekundären Rohstoffen. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die Sammlung von Abfällen zu harmonisieren, damit sich Investitionen in spezialisierte Recyclinganlagen schneller lohnen.

Mündige Verbraucher für mehr Ressourcenschonung

Wir Freie Demokraten wollen bei der Reparierbarkeit von Geräten eine Entscheidungsfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die meisten Ressourcen sind endlich. Deshalb sollte die spätere Verwertung bereits beim Herstellungsprozess mitgedacht werden. Wir begrüßen die Entwicklung hin zum modularen Aufbau und zu regelmäßigen Software-Updates. Dabei sollten neben dem Umweltschutz auch andere Aspekte wie die Sicherheit beachtet werden.

Weg frei für Innovationen bei der Eiweißversorgung

Wir Freie Demokraten wollen für In-vitro-Fleisch-Produkte eine zügige Lebensmittel-Zulassung auf EU-Ebene erreichen. Wir wollen die Zulassung von Tier- und Insektenmehl als Futtermittel für Nutztiere unter Berücksichtigung gesundheitlicher Belange. In-vitro-Fleisch wird im Labor aus Stammzellen von Nutztieren gezüchtet. Aktuell ist dieses Verfahren noch kostspielig. In der Zukunft kann diese innovative Technik aber eine Fleisch-Alternative für Verbraucherinnen und Verbraucher darstellen. Tier- und Insektenmehl können darüber hinaus herkömmliche Eiweißfuttermittel ressourcenschonend ergänzen. Für Insektenmehl gilt das besonders, wenn die Insekten mit Reststoffen gefüttert werden.

Moderne Politik für beste Weine

Wir Freie Demokraten wollen bessere Bedingungen für den Weinbau in Deutschland. Wir wollen die prägenden Steillagen in Deutschland konsequent erhalten. Dafür forcieren wir den Einsatz modernster Innovationen und Technik im Weinberg. Denn der Klimawandel erfordert dort eine Weiterentwicklung. Wir wollen die Verfügbarkeit von Wassermanagementsystemen, pilzwiderstandsfähige Sorten und moderne Pflanzenschutzmittel vorantreiben. Wir wollen die Marktchancen unserer guten deutschen Weine nutzen. Unsere Weine sind Exportschlager. Deshalb müssen Handelshemmnisse wie hohe Zölle abgebaut werden. Weinbau verbindet Menschen, schafft Wertschöpfung und prägt Kulturlandschaften.

Pflanzenschutz durch Innovationen ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Landwirtschaft auch in Zeiten des Klimawandels gesunde Pflanzen ernten kann. Wir fordern daher ein beschleunigtes Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert, sowie ein Update für das EU-Gentechnikrecht. Umweltdaten müssen europaweit einheitlich erhoben und eventuell notwendige

Gegenmaßnahmen verursachergerecht umgesetzt werden. Mittel für den Pflanzen- und Vorratsschutz schützen die Ernte auf dem Feld und im Silo. Die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft erfordert die Verfügbarkeit innovativer Pflanzenschutzmittel mit unterschiedlichen Wirkmechanismen. Wir wollen die Zulassungsprozesse sicherstellen, um gesunde Ernten zu erhalten. Neue Züchtungstechniken bieten mit hochpräzisen und kostengünstigen biotechnologischen Eingriffen umweltfreundliche Lösungen, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Widerstandsfähige Pflanzen können den Einsatz von Pflanzenschutz und Dünger erheblich verringern.

Zukunftschancen, Vielfalt, Zusammenhalt – Lebensqualität in städtischen und ländlichen Räumen

Nachhaltige Städte als Zentren zivilisatorischer Innovationen

Wir Freie Demokraten fordern eine Reform der Gemeindefinanzen. Dabei soll die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt werden. Kommunen soll ermöglicht werden, ihre vielfältigen Aufgaben zu erfüllen. Wir wollen ein dauerhaft gutes, friedliches und klimaneutrales Zusammenleben in Städten, Gemeinden und Siedlungen gewährleisten. Eine belebte Stadt der kurzen Wege braucht eine moderne öffentliche Infrastruktur von öffentlichen Räumen, Netzen und Kraftzentren, zu denen lebendige Ortskerne und Innenstädte, dezentrale Energieversorgung, schnelle Leitungen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, medizinische Zentren, Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren („Business Improvement Districts“), Spielplätze, Parks und eine bürgerorientierte Stadtverwaltung gehören.

Nationale Smart-City-Strategie

Wir Freie Demokraten fordern eine nationale Smart-City-Strategie. Die soll der Bund gemeinsam mit Ländern und Kommunen entwerfen, um die Vorteile vernetzter Datennutzung vor Ort greifbar zu machen. Mit den technischen Möglichkeiten der Erfassung, Vernetzung und Nutzung von Daten können wir Ziele der Stadtentwicklungspolitik besser erreichen. Prozesse im Verkehr, der Gesundheit, der Energie und der Umwelt können wir effizienter gestalten; das schont auch Ressourcen. Die Smart-City-Strategie muss die Anforderungen an den Informationsinhalt, die Detailtiefe und Qualität der zu erhebenden Daten sowie die Anforderungen mit Blick auf Datenschutz, Daten- sowie IT-Sicherheit und Stromversorgung definieren.

Baufreiheitszonen

Wir Freie Demokraten wollen Reallabore für experimentelles und innovatives Bauen abseits der strikten Bauvorschriften ermöglichen. Das Baurecht bildet ein enges Korsett für Kommunen, Architektinnen sowie Architekten, Ingenieurinnen sowie Ingenieure, Bauunternehmerinnen sowie Bauunternehmer und begrenzt deren Kreativität. Wir wollen auf kleinen Flächen auch beim Bau ein „Out of the box“-Denken ermöglichen. Bis auf Vorgaben zur Standsicherheit und zum Brandschutz sollen die einzigen Gesetze, die in den Reallaboren für den Wohnungsbau gelten, die Naturgesetze sein. Die positiven Erfahrungen aus den innovativen Bauten und Prozessen sollen den Weg in das reguläre Baurecht finden.

Bund als Vorbild bei digitalem und schnellem Bauen

Wir Freie Demokraten wollen mit dem Konzept des „Building Information Modeling“ (BIM) eine bessere Koordination der Planung von Bauprojekten und eine präzisere Steuerung des Bauablaufs erreichen. Alle relevanten Bauwerksdaten werden digital erfasst und kombiniert. Der Bund muss als Bauherr verstärkt auf den Einsatz von BIM setzen und die Verwendung entsprechender Konzepte bei der Unterstützung großer Bauprojekte mit Bundesmitteln zur Förderbedingung machen. Alle Grundstücke und Liegenschaften des Bundes, die nicht für Staatszwecke benötigt werden, müssen schnellstmöglich identifiziert, bereitgestellt und bevorzugt über beschleunigte Konzeptvergaben veräußert werden.

Teilwärmiete einführen – Klimaschutz für Mieter und Vermieter attraktiv machen

Wir Freie Demokraten wollen das Konzept der Teilwärmiete einführen. Die Vermieterin beziehungsweise der Vermieter soll für eine Basisversorgung mit Wärme zuständig sein. Der zusätzliche Verbrauch wird dann verbrauchsabhängig vom Mieter bezahlt. Der Vermieter profitiert bei Investitionen in den Klimaschutz, da die Kosten seiner Basisversorgung sinken. Der Mieter profitiert, indem seine verbrauchsabhängigen Kosten sinken. Damit lösen wir das Vermieter-Mieter-Dilemma bei Investitionen auf. Wir machen Investitionen in klimaschonende Wärmetechnologien für alle attraktiv. Darüber hinaus verhindert die Teilwärmiete, dass Verhaltensänderungen der Nutzer Investitionen in die CO₂-Reduktion überkompensieren (Rebound-Effekt).

Wohnungseigentumsgesetz reformieren – klare Regeln für Hausverwaltung

Wir Freie Demokraten fordern eine grundlegende Reform des Wohnungseigentumsgesetzes. Die soll für die Haus- und Wohnungsverwaltung einen abschließenden Aufgaben- und Befugniskatalog vorsehen, die Versammlung von Eigentümerinnen sowie Eigentümern modernisieren und dabei die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir wollen die Verwaltungsbefugnisse auf Basis eines gesetzlichen Aufgaben- und Befugniskatalogs regeln, von dem die Miteigentümerinnen aber per Beschluss abweichen können. Verwalterinnen und Verwalter fremder Wohnungseigentümergeinschaften sollen einen Sachkundenachweis benötigen, wenn sie vom gesetzlichen Katalog abweichen wollen. Umlaufverfahren und Versammlungen sollen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die zugleich die Mehrheit der Miteigentumsanteile repräsentieren, beschlussfähig sein. Die Wohnungseigentümergeinschaft soll über die verbindliche Nutzung einer Onlineplattform entscheiden können, in die alle Unterlagen digital einzustellen sind und über die Anträge sowie Abstimmungen erfolgen können. Auf diese Plattform hätten die Eigentümer jederzeit vollen Zugriff und umfassende Einsichtsrechte.

Zeit für ein Freiheitsmietkaufmodell

Wir Freie Demokraten wollen ein Freiheitsmietkaufmodell einführen, damit der Traum von den eigenen vier Wänden für Personen – und insbesondere für junge Familien – mit kleinen und mittleren Einkommen, die über kein oder kaum angespartes oder geerbtes Eigenkapital verfügen, Realität werden kann. Dabei werden Wohnungen auf Grundstücken der öffentlichen Hand in Form eines Public-Private-Partnership neu gebaut. Ihre Ausstattung und Grundrisse genügen dabei einfachen, aber nachhaltigen Standards. Der Bau erfolgt in modularer Bauweise, um erschwingliche Kosten zu garantieren. Durch die frühzeitige Eigentumsübertragung entsteht unmittelbar ein Vermögenswert, der für die Zukunft genutzt werden kann und einer breiten Gruppe von Menschen durch den Mietkauf – also über laufende Tilgungen der Kosten – die Schaffung von Wohneigentum und somit wieder eine echte Perspektive ermöglicht.

Neuaufgabe des „Goldenen Plans“ zur Sportstättenanierung

Wir Freie Demokraten wollen den sogenannten „Goldenen Plan“ zur Sanierung und Modernisierung von Sportstätten neu auflegen. Dabei sollen die Sportverbände eingebunden werden. Wir wollen verstärkt auf EU-Strukturfonds zurückgreifen und ein Hauptaugenmerk auf den Erhalt von Schwimmbädern sowie Kunstrasenplätzen legen. Mit verschiedenen Auflagen des sogenannten „Goldenen Plans“

aller staatlichen Ebenen wurden Sportstätten über viele Jahrzehnte hinweg in ganz Deutschland errichtet und saniert. Angesichts des massiven Sanierungs- und Modernisierungstaus sehen wir dringenden Handlungs- und Investitionsbedarf.

Games-Standort Deutschland stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für die Games-Branche verbessern. Dazu gehört eine belastbare Finanzierung durch eine effektive Games-Förderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Wir unterstützen Investitionen in Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Mit einem modernen Einwanderungsgesetz entsprechen wir der Mobilität der digitalen Wirtschaft. Damit setzen wir Wachstumsimpulse. Der Games-Standort Deutschland bleibt bislang hinter seinen Möglichkeiten.

Reform des Spitzensports

Wir Freie Demokraten wollen Deutschland im internationalen Vergleich bei der Leistungssportförderung konkurrenzfähiger machen. Durch eine Spitzensportreform wollen wir den Wettbewerb zwischen den einzelnen Standorten und Disziplinen anregen. Im Gegenzug muss es mehr Transparenz, mehr Objektivität und mehr Verlässlichkeit bei der Vergabe von Bundesmitteln geben. Dabei werden wir die angewandten Kriterien kritisch hinterfragen und auf deren Wirksamkeit hin überprüfen.

Kulturförderung – transparent, fair und unbürokratisch

Wir Freie Demokraten wollen Antrags- und Abrechnungsverfahren in der Kulturförderung vereinfachen sowie Förderrichtlinien des Bundes harmonisieren und vollständig digitalisieren. Die parallele Beantragung bei verschiedenen Fördereinrichtungen des Bundes wollen wir auf ein einzelnes zentrales Antragsverfahren mit einem gemeinsamen Mantelantrag reduzieren.

Diversität in Kultureinrichtungen fördern

Wir Freie Demokraten fordern mehr Diversität in Kultureinrichtungen. Dafür wollen wir auf den obersten Leitungsebenen von Kultureinrichtungen des Bundes sowie bei Jurys mit Bundesbeteiligung ein Rotationsprinzip einführen, das die Amtszeit jeweils auf maximal zweimal fünf Jahre begrenzt. Künftig sollen so maximal zwei Amtszeiten mit je vier Jahren möglich sein.

Masterplan für deutsche Auslandsschulen

Wir Freie Demokraten wollen einen Masterplan zur Neugründung deutscher Auslandsschulen beziehungsweise zur Aufwertung von Schulen mit Deutschprofil zu offiziellen deutschen Auslandsschulen entwickeln. In einem ersten Schritt soll die Verteilung und Ausstattung anerkannter deutscher Auslandsschulen analysiert werden. Dabei sollen historische Kulturverbindungen, die aktuelle Verteilung von Auslandsdeutschen und die Ziele – besonders hoch qualifizierter – deutscher Auswanderinnen und Auswanderer berücksichtigt werden. Das gilt auch für die strategischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Deutschlands. Die bereits vorhandenen Auslandsschulen einschließlich der Europaschulen wollen wir durch zusätzliche Lehrkräfte sowie Erweiterungsbauten stärken. Damit machen wir die deutschen Auslandsschulen zu einem strategischen Element auswärtiger Kulturpolitik.

Auch Kreative und Künstler durch das BMWi fördern

Wir Freie Demokraten wollen auch kreative und nichttechnische Innovationen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BWK) fördern. Darüber hinaus wollen wir ein „Innovationsprogramm für digitale Geschäftsmodelle“ auflegen – insbesondere für Freiberuflerinnen sowie Freiberufler und Selbstständige wie Darsteller, Musiker und Schriftstellerinnen sowie Schriftsteller. Bisher werden im BWK nur technische Innovationen unterstützt. Die vielfältigen Bereiche der Kultur- und Kreativwirtschaft bilden eine Branche mit fast 1,7 Millionen Erwerbstätigen. Die Branche schafft Innovationsimpulse, die uns aus der Krise führen und dem Strukturwandel einen bedeutsamen Schub verleihen können. Innovationen im Kreativsektor führen nicht zuletzt durch „Cross Innovation“ zu Entwicklungen in anderen Wirtschaftszweigen.

Künstlersozialkasse reformieren

Wir Freie Demokraten sprechen uns für eine Reform der Künstlersozialversicherung aus, die das bestehende Sicherungsniveau in der Künstlersozialversicherung weiterhin gewährleistet, aber vermeidet, dass für künstlerische Leistungen in Zukunft Beiträge gezahlt werden, wenn die Erbringer der Leistung gar nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung sind. Die Künstlersozialversicherung ist eine der tragenden Säulen der sozialen Absicherung vieler Kreativer. Wir wollen die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern verstetigen beziehungsweise bei Bedarf evaluieren und anpassen; auch mit Blick auf die von uns geforderten modernen Regeln für Selbstständige insgesamt.

Elektronische Tanz- und Clubkultur als immaterielles Kulturerbe unterstützen

Wir Freie Demokraten fordern, die elektronische Tanz- und Clubkultur als immaterielles Kulturerbe anzuerkennen. Bewerbungen im Rahmen des mehrstufigen Verfahrens werden wir gegenüber der UNESCO unterstützen. Elektronische Tanzmusik ist ein Fortschrittstreiber. Sie beflügelte und beflügelt insbesondere auch Kunst, Mode, Design und Architektur. Die elektronische Tanz- und Clubkultur erfüllt die Bedingungen, die an ein immaterielles Kulturgut hinsichtlich der Kontinuität gestellt werden. Sie verbindet, integriert, inspiriert und begeistert Menschen generationenübergreifend und unabhängig von der sozialen Herkunft weltweit.

Stiftung Preußischer Kulturbesitz umfassend reformieren

Wir Freie Demokraten fordern den umfassenden Reformprozess der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK). Diesen Prozess organisieren gleichermaßen externe Expertinnen sowie Experten, die Träger und Vertreterinnen sowie Vertreter der Stiftung. Dabei sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates vorrangig zu berücksichtigen. Die einzelnen Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz müssen künftig in der Lage sein, eigenverantwortlich, publikumsorientiert und jeweils als sichtbar eigenständige Marke zu agieren. In diesen Prozess müssen eingebunden sein: als externe Experten international erfahrene Museumsspezialistinnen und -spezialisten sowie Expertinnen aus den Bereichen Organisation, Change-Management und Marketing, Bund und Länder als Träger der Stiftung sowie Vertreter der Stiftung für die Binnenperspektive.

Blaubuch-Kultur aktualisieren und ausweiten

Wir Freie Demokraten wollen die Bestandsaufnahme national bedeutsamer Kultureinrichtungen von 2006 (Blaubuch) überarbeiten und auf alle 16 Bundesländer ausweiten. Wir wollen im Anschluss prüfen, ob weitere kulturelle Leuchttürme vom Bund gefördert werden können. Vor fast 15 Jahren wurde das Blaubuch das letzte Mal überarbeitet und die entsprechenden Schlüsse wurden daraus gezogen. Die Analyse muss aktualisiert und erweitert werden.

Gedenken an nationalsozialistische Verbrechen

Wir Freie Demokraten treten für die Rettung von Schloss Steinort in Polen (ehemals Ostpreußen) als authentischer Ort der Geschichte des militärischen Widerstands gegen Hitler ein. Deutschland trägt die historische Verpflichtung, dem Wiederaufflammen geschichtsvergessenen nationalistischen Gedankenguts und der Verdrängung nationalsozialistischer Verbrechen entgegenzutreten. Dazu gehört auch die Pflege besonderer Orte der deutsch-polnischen und gesamteuropäischen Verständigung. Wir befürworten, dass Deutschland die Finanzierung der Sanierung als Zeichen historischer Verpflichtung übernimmt und die baulichen Voraussetzungen für die Einrichtung eines dauerhaften Gedenks für den 20. Juli 1944 vor Ort schafft. Damit soll in unmittelbarer Nähe zum Ort des Attentatsversuchs an die mutigen Männer und Frauen erinnert werden, die zeigen wollten, „dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat“ (Henning von Tresckow, Briefe an Stauffenberg, Juli 1944).

Ausländische Fachkräfte für Tourismusbranche

Wir Freie Demokraten wollen ausländischen Fachkräften in der Tourismusbranche den Zugang zu Kindergeld- und Krankenkassenanträgen erleichtern. Sie müssen in deutlich mehr Sprachen zur Verfügung stehen. Hotellerie und Gastronomie sind Grundpfeiler des Tourismus. Ausländische Fachkräfte, insbesondere aus angrenzenden Nachbarländern, sichern das Überleben von Hotels und Restaurants. Für sie muss es einfacher werden, in Deutschland zu arbeiten – auch im Hinblick auf den massiven Fachkräftemangel. Mit Anträgen in der Muttersprache und schnellen, unkomplizierten Bearbeitungsvorgängen wollen wir das Arbeiten in der deutschen Tourismusbranche attraktiver machen.

Werbeoffensive für Reiseziele in Deutschland

Wir Freie Demokraten wollen touristische Regionen in Deutschland durch eine Werbeoffensive unterstützen. Dafür soll es ein Budget geben, um das sich Kommunen unkompliziert bewerben können. Gerade nach der Coronakrise muss es unser Ziel sein, Reiseregionen zu stärken. Innerdeutsche Reiseziele sind beliebt wie nie zuvor. Dieser Trend wird anhalten. Wir wollen touristisch attraktiven Regionen die Möglichkeit geben, ihre Besonderheiten gezielt zu vermarkten – mit positiven Effekten für viele weitere Wirtschaftszweige wie den Lebensmittelhandel, den stationären Handel sowie für Kulturschaffende und die Kreativwirtschaft.

Kulturtourismus ausbauen – Auslandsmarketing verstärken

Wir Freie Demokraten wollen die touristische Infrastruktur auch außerhalb der großen Metropolen ausbauen. Wir wollen die erfolgreiche Entwicklung im deutschen Tourismus fortsetzen und so die

kleinen und mittelständischen Unternehmen stärken. Die Position der Deutschen Zentrale für Tourismus wollen wir stärken und damit das Auslandsmarketing intensivieren. So wollen wir Deutschland und seine vielfältige Kultur durch gezielte gemeinsame Maßnahmen bekannter machen. Der Kulturtourismus ist ein wichtiger Faktor für den Erhalt deutscher Kulturgüter. Altstädte, Burgen und Schlösser werden durch ihn gestärkt. Durch die Einnahmen aus dem Tourismus stehen zusätzliche Mittel zur Erhaltung der Substanz zur Verfügung, sodass sich die Kulturgüter als Anlaufpunkt für Touristen erhalten lassen.